

Genehmigung am 31.10.2024 (genehmigt)

Protokoll 16

Stadtratssitzung
Donnerstag, 12.09.2024, 17.00 Uhr und 20.30 Uhr
Rathaus, Grossratssaal

Für das Wortprotokoll inkl. Audio siehe: <https://bern.recapp.ch/shareparl/>

Inhaltsverzeichnis

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr.....	2
2023.SR.0112.....	3
1 Begrüssung und Mitteilungen	
2024.SR.0153.....	3
2 Dringliche Motion Sarah Rubin (GB), Janosch Weyermann (SVP), Szabolcs Mihályi (SP), Mirjam Roder (GFL), Tom Berger (FDP): Das Lehrschwimmbecken im Kleefeld-Schulhaus soll erhalten bleiben	
2023.FPI.0096.....	8
3 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 – 2028 mit Budget 2025 (Abstimmungsbotschaft)	
Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.	31
Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr.....	32
2023.FPI.0096.....	33
3 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 – 2028 mit Budget 2025 (Abstimmungsbotschaft)	
Verschoben und eingereicht.....	85
Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr.	86

Anwesenheit in der Sitzung von 17.00 bis 19.00 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Muriel Graf	Matteo Micieli
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Dominic Nellen
Ruth Altmann	Matthias Humbel	Barbara Nyffeler
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Cemal Özçelik
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Mirjam Arn	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Ronja Rennenkampff
Tom Berger	Anna Jegher	Simone Richner
Natalie Bertsch	Raffael Joggi	Claudio Righetti
Lea Bill	Nora Joos	Mirjam Roder
Laura Binz	Barbara Keller	Sarah Rubin
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
Michael Burkard	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Christoph Leuppi	Bettina Stüssi
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Dominik Fitze	Simone Machado	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Esther Meier	Markus Zürcher
Thomas Glauser	Daniel Michel	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Mehmet Özdemir	Michael Ruefer
Salome Mathys		

2023.SR.0112

1 Begrüssung und Mitteilungen

Präsidentin: Geschätzte Kolleginnen, liebe Anwesende, herzlich willkommen zurück. Wir haben ja schon wieder eine kleine Pause gehabt und jetzt werden wir ein paar intensive Stunden zusammen verbringen. Ich hoffe, ihr freut euch alle so sehr auf die Budgetsession wie ich. Ich werde gleich am Anfang die Entschuldigungen bekanntgeben. Für beide Sitzungen entschuldigt sind Salome Mathys von der GLP, Gabriela Blatter von der GLP, Mehmet Özdemir von der SP und Michael Ruefer von der GFL. Wir haben ein neues Ratsmitglied, und zwar in der GB/JA!-Fraktion. Das ist Ronja Rennekampff. Herzlich willkommen, einen ganz guten Start. Es ist ein intensiver Start in die Budgetsession. Ich kann sagen, es ist eine meiner Lieblingsdebatten, und ich bin dann gespannt, was du dazu sagst nach diesen 2 Tagen.

Dann haben wir ein Ratsmitglied, das wieder zurück ist nach dem Mutterschutz. Herzlich willkommen zurück Debora Alder-Gasser von der EVP. Sie ist wieder unter uns nach 4 Monaten Unterbruch der Stadtratssitzungen.

Infos habe ich 2, neben den üblichen. Bitte denkt ans Badgen. Wegen der Vorstösse, das ist schon einmal wichtig, da müsst ihr jetzt gut zuhören, und zwar könnt ihr Vorstösse einreichen bis morgen Mittag um 12 Uhr. Dann wird morgen Vormittag Tom Berger die Sitzungsleitung übernehmen. Das heisst, ich bin heute Abend hier und morgen ab der Nachmittagssitzung wieder. Und was auch ganz wichtig ist: Wir haben jetzt eine Budgetsession. Wir werden die 2 Tage brauchen, um einen dringlichen Vorstoss zu besprechen und sonst das Budget. Also wir haben wirklich das Ziel, bis morgen Abend spätestens um 19.30 Uhr fertig zu sein. Ich habe schon von mehreren Seiten Rückmeldungen bekommen. Einige haben Angst, dass wir viel zu früh fertig sind. Andere haben Angst, dass wir vielleicht gar nicht fertig werden. Ich habe überhaupt keine Angst, sondern ich würde einfach sagen, wir nehmen uns das Ziel vor. Je früher wir fertig sind, desto früher kommen wir ins Wochenende. Aber es ist wirklich wichtig, dass wir in diesen 2 Tagen fertig werden.

Gut, dann starten wir, ich habe es schon gesagt, mit einer dringlichen Motion, die wir auf heute traktandieren mussten. Die Motion ist vom Gemeinderat bestritten. Ich erteile das Wort für die Einreichenden Janosch Weyermann.

2024.SR.0153

2 Dringliche Motion Sarah Rubin (GB), Janosch Weyermann (SVP), Szabolcs Mihályi (SP), Mirjam Roder (GFL), Tom Berger (FDP): Das Lehrschwimmbecken im Kleefeld-Schulhaus soll erhalten bleiben

Janosch Weyermann (SVP) für die Einreichenden: Ja, das ist jetzt ein bisschen schneller gegangen als erwartet. Worum geht es überhaupt? Zuerst möchte ich aber danken für die Dringlichkeitserklärung der Motion. Das ist eine Motion, bei der die Dringlichkeitserklärung sehr wichtig war. Denn, wenn sie nicht für dringlich erklärt worden wäre, dann hätte es vielleicht dazu geführt, dass wir erst über das Schwimmbecken, um das es in diesem Vorstoss geht, hätten beraten können, wenn das Schwimmbecken schon längst trockengelegt gewesen wäre. An dieser Stelle merci vielmals an das Büro für die Dringlichkeitserklärung. Worum geht es genau?

Es geht eigentlich darum, dass das Schwimmbecken im Kleefeld-Schulhaus aufgehoben werden soll. Das geht zurück auf einen Gemeinderatsbeschluss, der im Zusammenhang mit dem Neubau der Schwimmhalle im Neufeld gefällt wurde. Das ist schon länger her. Das wurde nicht ganz so publik in dem Sinn – da muss man sich vielleicht selber ein bisschen an der Nase nehmen jetzt als Motionär oder Mitmotionär –, denn das ist zwar publik gewesen, aber es hat einfach in einem Sätzchen in der Abstimmungsbotschaft gestanden, dass es Bestandteil dieser Vorlage ist. Darum appelliere ich an alle: Schaut das Abstimmungsbüchlein gut an. Dann fallen so Sachen früher auf und nicht so spät wie jetzt. Die Situation ist die, dass das Schwimmbecken jetzt aufgehoben werden soll. Und es hat eine Petition gegeben, die das verhindern wollte. Diese hat mittlerweile glaube ich 2000 Unterschriften. Die IG Kleefeld hat sich eingeschaltet, die Schulkommission Bümpliz, aber auch der Elternrat. Schwimmen ist etwas, das sehr wichtig ist. Es fördert die Gesundheit, es macht Spass, es ist Sport und es kann je nach Situation auch Leben retten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass Jugendlichen und Kindern der Sport, also das Schwimmen, bereits im frühen Alter nahegebracht wird und nicht vernachlässigt wird, wie das früher vielleicht der Fall war. Ich weiss zum Beispiel von meinen Grosseltern, dass die alle nicht schwimmen können oder konnten. Ich glaube, das ist etwas, das es so nicht mehr geben darf, dass ganze Generationen nicht mehr schwimmen können.

Und vielleicht noch den Hinweis: Wir haben jetzt die Motion, in der es eigentlich darum geht, mal eine Sanierungsvorlage zu bekommen vom Gemeinderat. Sarah Rubin vom Grünen Bündnis und ich haben vor ein paar Monaten bereits eine Kleine Anfrage eingereicht, in der es darum ging, einmal zu fragen, wie man zu dem Entschluss gekommen ist und was das Ganze kosten würde, wenn man es sanieren würde. Der Gemeinderat hat von 3 bis 5 Mio. Franken geredet. Jetzt, in der Antwort auf die aktuelle Motion, über die wir heute befinden, redet der Gemeinderat bereits von 7 Mio. Franken. Es ist ein bisschen komisch. Es erweckt etwas den Eindruck, dass der Gemeinderat selber nicht genau weiss oder vielleicht so ein bisschen ein Spiel spielt, um die Motion abzuschliessen. Wir sind der Meinung: Die Motion sicher so überweisen, damit man einen klaren Auftrag gibt, dass dem Stadtrat ein Vortrag vorgelegt werden kann. Und dann kann man zu diesem Zeitpunkt, wenn man der Meinung es ist, es sei zu viel, immer noch Nein stimmen, sich enthalten oder auf das WC gehen in dieser Zeit, wenn man sich nicht exponieren will. In dem Sinn bitte ich euch doch im Namen der Motionärinnen und Motionäre, die Motion für den Erhalt des Schwimmbeckens im Kleefeld zu unterstützen, damit die Kinder im Stadtteil Kleefeld nicht noch mehr benachteiligt werden gegenüber anderen Kindern in der Stadt, und weil Schwimmen etwas Schönes ist, etwas Verbindendes und etwas Wichtiges. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Janosch. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die Mitte-Fraktion, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Ich danke im Namen der Mitte-Fraktion den Motionärinnen und Motionären für diese wichtige Motion. Die Dringlichkeit wurde jetzt auch begründet. Man muss etwas behandeln, solange es überhaupt möglich ist, etwas zu ändern. Dass es notwendig ist, ist für uns von der Mitte-Fraktion ganz klar. Es gibt nämlich keine Alternative.

Wenn man sich vorstellt, dass die Kinder und Jugendlichen ins Neufeld gehen müssten, dann würden sie offenbar länger Tram und Bus fahren, als sie am Schluss schwimmen könnten. Es ist darum alternativlos und darum absolut notwendig, dass man das Lehrschwimmbecken erhält. Zweitens: Gerade im Bümpliz ist es wichtig, dass Kinder und

Jugendlichen in der Schule schwimmen lernen, weil das oft die einzige Möglichkeit ist. Janosch Weyermann hat gesagt, es geht dabei auch um lebensnotwendige Skills, Fähigkeiten, die man lernen kann. Und nicht zuletzt darf Bümpliz nicht vernachlässigt werden, wenn es um Infrastruktur und namentlich Sportinfrastruktur geht.

Im Namen der Mitte unterstützen wir auf jeden Fall diese Motion. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Béatrice. Dann kommt Szabolcs Mihályi für die SP-JUSO-Fraktion.

Szabolcs Mihályi (SP) für die Fraktion: Das Wichtigste zuerst: Bei diesem Vorstoss geht es eigentlich gar nicht alleine um Bümpliz. Es geht viel mehr beispielsweise um den Osten der Stadt und den Rest der Stadt. Gemäss Lehrplan 21 sollten alle Kinder von der ersten bis dritten Klasse das Schwimmen lernen. Im Osten der Stadt passiert das aktuell nicht, ausser die Eltern, die sich das leisten können, zahlen ihren Kindern privaten Schwimmunterricht. Das können auch im Osten nicht alle Eltern. Aus der dortigen Schulkommission höre ich, dass erst in der 4. Klasse mehr schlecht als recht Schwimmunterricht erteilt wird. Aber es hat gar keine Becken dafür in diesem Stadtteil. Die Kinder sollen doch bitte ins Wyler-Bad oder in die Länggasse in die Schwimmhalle. Einmal abgesehen davon, dass es eine grosse logistische und auch nervliche Herausforderung ist, 2 Dutzend Viertklässler aus Wittigkofen in die Länggasse und wieder zurückzubefördern –, wenn jetzt auch noch die Kinder aus Bümpliz, die öffentlichen Hallenbäder besetzen müssen, weil es ein Lehrschwimmbecken weniger gibt, wird die Gewährleistung des Schwimmunterrichts sicher nicht besser. Der Gemeinderat schreibt selber, Schwimmen sei in unserer Aare-Stadt eine Notwendigkeit und zweifellos auch eine Kultur. Aber warum gewährleisten wir dann nicht stadtweit Schwimmunterricht? Warum will hier der Gemeinderat in der Umsetzung unnötig Schwierigkeiten machen, wo er doch entgegen kantonalen Vorgaben schon jetzt den Auftrag nicht erfüllt? Noch zu den Kosten: Janosch Weyermann hat es schon gesagt. Es ist wirklich bemerkenswert, wie der Gemeinderat plötzlich die möglichen Kosten der Sanierung verdoppelt von geschätzten 3 bis 5 Mio. Franken auf 7 Millionen.

Wie gesagt, der Schwimmunterricht ist ein stadtweites Thema und entsprechend wahrscheinlich wäre auch bei einer Volksabstimmung eine Mehrheit. Die SP-JUSO-Fraktion wird diesen Vorstoss unterstützen.

Präsidentin: Danke, Szabolcs. Für die GB/JA!-Fraktion, Sarah Rubin.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Im August wäre in diesem Rat die interfraktionelle Motion "Die neugeschaffene Kapazität der Schwimmhalle Neufeld nutzen, um den obligatorischen Schwimmunterricht auszubauen" traktandiert gewesen; nicht zum ersten Mal. Und auch dieses Mal hat es nicht mehr gereicht, sie zu behandeln. Im Bericht zu dieser Motion sagt der Gemeinderat, dass er prüfen will, ob der Schwimmunterricht in der Stadt Bern moderat ausgebaut werden soll, was wir natürlich sehr begrüssen. Aber bevor man an das Ausbauen denken kann, muss man zuerst schauen, ob die Stadt dem aktuellen Ziel, also einer Jahreslektion in der 4. Klasse heute und auch in der Zukunft, überhaupt gerecht werden kann. Meine Vorredner*innen haben es schon angetönt. Bern ist bezüglich Schwimmflächen mit der neuen Halle zwar bessergestellt als vorher, aber nicht unbedingt für die Schulen. Der Schwimmunterricht ist für sie immer eine organisatorische Herausforderung respektive die räumliche Distanz spielt eine grosse Rolle. Ausserdem sind in den letzten Jahren die Schüler*innenzahlen bekanntlich immer noch am Zunehmen und das werden sie auch weiterhin. Und davon ist zum Beispiel auch in der Wasserstrategie der Stadt Bern nichts zu lesen. Es ist wohl nicht daran

gedacht worden. Der Gemeinderat spricht weiter in der erwähnten Motionsantwort davon, dass die Lehrschwimmbecken im Berner Westen sehr gut ausgelastet seien. Und dann folgt ein vermeintlich klarer, aber kleiner Zusatzsatz: Das Lehrschwimmbecken Kleefeld werde auf Ende des Schuljahres 2023/24 geschlossen, weil keine Sanierung geplant sei. Jetzt ist es schon etwas verschoben. Wir sind mittlerweile bei 2025/26, zum Glück.

Uns fehlen aber ein paar Begründungen. Wieso ist trotz sehr hoher Auslastung keine Sanierung geplant und wieso müssen dann die Schulen aus dem Berner Westen in das verhältnismässig weit entfernte Neufeld ausweichen? Wie sieht es mit den Schulen im Osten aus und wie sieht es dann aus, wenn das Hallenbad Weyerli wegen des Neubaus ein Weilchen ausfallen wird? Also, viele offene Fragen. Was wir wissen: Der Entscheid, das Kleefeld-Bad eingehen zu lassen, ist rein finanzpolitisch motiviert. Man könnte ja ein wenig sparen. Aber bei sehr gut ausgelasteter Infrastruktur ist es eine sehr kurz-sichtige Vorgehensweise, zum Leidwesen von Kindern, die nachher vielleicht nicht nun nicht von einem ausgebauten Schwimmunterricht profitieren können, sondern sogar um ihre Lektion, die kantonal vorgesehen wäre, bangen müssen.

Dass der Gemeinderat die Reduktion des schulischen Schwimmsports im Stadtteil 6 offen in Kauf nimmt, stösst also recht sauer auf. Für das Kleefeld ist das Bad natürlich auch ein Teil der Identität. Es haben über 2000 Menschen die Petition unterzeichnet. Sie wurde übrigens lanciert von einer Anwohnerin aus dem Kleefeld. Merci vielmals an dieser Stelle allen Miteinreichenden und dem Ratsbüro für die Erklärung der Dringlichkeit.

Präsidentin: Danke, Sarah. Dann kommt Ueli Jaisli für die SVP-Fraktion.

Ueli Jaisli (SVP) für die Fraktion: Ich bin selber wohnhaft im Kleefeld. Das ist ein Quartier respektive eine grosse Überbauung, in der wir einen sehr hohen Ausländeranteil haben. Und gerade in Bezug auf diesen Aspekt finde ich es wichtig, wegen der Leute, die aus dem Ausland kommen. Ich hatte gerade Leute aus der Mongolei. Die ist achteinhalbmal so gross wie die Schweiz, hat aber nur etwa 3 Mio. Einwohner. Dort gibt es ein einziges Bad und das ist in der Hauptstadt. Ausserhalb lernt niemand schwimmen. Also niemand kann das lernen, ausser eben in einem kalten See. Aber da geht niemand hin. Wir haben viele Leute aus dem Ausland, die einfach nicht schwimmen können. Im Gegensatz dazu können die, die in der Schweiz aufgewachsen sind, ein bisschen schwimmen. Und darum finde ich es einfach auch integrativ sehr wichtig, dass man alle schwimmen lehrt. So hatten wir es eigentlich auch im Lehrplan geplant, damit man dem nachkommen kann. Wir haben mit dem Kleefeld ein Quartier, das weiterwachsen wird. Zusätzlich sind weitere Wohnungen geplant und wir werden ein ziemlich grosser Teil von Bümpliz werden, wenn nachher alles einmal fertiggestellt ist. Darum ist es sehr wichtig, dass vor allem auch die Leute, die aus dem Ausland kommen, die nie die Gelegenheit hatten schwimmen zu lernen, es nachholen können, und so den Kindern aus der Schweiz gleichgestellt sind. Danke.

Präsidentin: Danke, Ueli. Gibt es noch Fraktionserklärungen? – Gibt es Einzelvoten? – Dann hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort.

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Dem Gemeinderat und auch mir ist es ein grosses Anliegen, dass die Stadtberner Schülerinnen und Schüler einen sicheren Umgang haben, wenn sie im Wasser sind, und dass sie auch schwimmen lernen. Daher steht auch für den Gemeinderat beim Schwimmen lernen die Sicherheit im Mittelpunkt.

Das Ziel verfolgt die Stadt Bern mit dem Schwimmbobligatorium, bei dem jedes Kind den Wassersicherheitscheck (WSC) machen muss – das kennen jene unter euch, die Kinder haben – und das spätestens bis Ende 4 Schuljahr. Daher kann man sagen, wir sind eigentlich in der Umsetzung des Lehrplans 21 in der Stadt Bern gut unterwegs. Und wer diesen Schwimmtest nicht besteht, kann einen kostenlosen Wiederholungskurs machen.

Mir ist bewusst, dass nicht alle Kinder in der Stadt Bern die gleichen Voraussetzungen haben, um schwimmen zu lernen. Das ist nicht nur beim Schwimmen so. Das ist an vielen Orten so und deshalb ist es auch eine wichtige Aufgabe, dass wir wirklich dafür sorgen, dass die Schulen unterstützend sind, dass alle Kinder schwimmen lernen, unabhängig davon, wie stark sie von den Eltern unterstützt werden können. Darum hat man auch in der Vergangenheit in den Schulkreisen Bümpliz und Bethlehem 3 Lehrschwimmbekken gebaut. Und die Kinder, die jetzt dort in die Schule gehen, haben den Vorteil, dass sie schon in der Unterstufe Schwimmunterricht haben, teilweise vom Kindergarten bis in die 6. Klasse, während in den anderen Schulkreisen immer nur die Schülerinnen und die Schüler während der 4. Klasse den Schwimmunterricht besuchen können. Das gönne ich selbstverständlich den Kindern im Berner Westen. Sie sind sonst in vielen Bereichen benachteiligt.

Damit es weiterhin so bleibt, dass alle Kinder schwimmen lernen können, müssen wir die Schwimmflächen, die wir haben, so gut bewirtschaften, dass auch der Schwimmunterricht möglich ist. Wir haben eben wie gesagt im Berner Westen schon 3 Lehrschwimmbekken: Kleefeld, Bümpliz und Bethlehem. Deshalb muss ich der Sprecherin der Mitte widersprechen. Es ist nicht so, dass die Kinder ins Neufeld müssen, sondern es wird weiterhin die Möglichkeit bestehen, dass wir im Schwimmbad Bümpliz und Bethlehem den Schwimmunterricht machen können. Es ist von Verschiedenen gefragt worden: Was sind denn die Gründe, dass der Gemeinderat, der selber schreibt, wie wichtig der Schwimmunterricht sei und dass die Becken alle gut ausgelastet seien, vorschlägt, das Becken im Kleefeld nicht zu sanieren? Der Grund sind die Finanzen. Die Finanzen sprechen halt dafür, dass wir nicht neue Investitionen aufnehmen können, die wir nicht in der Investitionsplanung haben. Und sowohl in der Wasserstrategie als auch in der Abstimmungsbotschaft zur 50 Meter-Schwimmbhalle hat der Gemeinderat festgehalten, dass er auch mit wachsenden Schülerinnen- und Schülerzahlen davon ausgeht, dass wir genug Fläche haben, damit die Kinder schwimmen lernen können. Daher habe ich die undankbare Aufgabe, euch einfach zu sagen: Es sind die finanzpolitischen Überlegungen, die den Gemeinderat dazu geführt haben, das Lernschwimmbekken nicht zu sanieren. Ich verstehe euer Anliegen. Ich verstehe auch das Anliegen der Petitionärinnen und Petitionäre, dass sie möchten, dass das Schwimmbekken erhalten bleibt. Aber der Gemeinderat hat auch die Aufgabe abzuwägen – und auf das werden wir ja den ganzen Abend zu reden kommen –, was finanzpolitisch in dieser Stadt Bern möglich ist. Daher beantrage ich euch im Namen des Gemeinderats, die Motion abzulehnen.

Präsidentin: Danke, Franziska. Wir kommen zur Abstimmung über die Motion als Richtlinie.

Abstimmung Nr. 005

2024.SR.0153: als Richtlinie

Annahme

Ja 59

Nein 11

Enthalten 1

Präsidentin: Ihr habt diese Motion erheblich erklärt.

2023.FPI.0096

3 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 – 2028 mit Budget 2025 (Abstimmungsbotschaft)

Präsidentin: Dann kommen wir jetzt zu der Beratung des Aufgaben- und Finanzplans 2025 bis 2028 mit dem Budget 2025. Wir starten mit der Grundsatzdebatte. Das ist eine Gesamtwürdigung inklusive Begründung von Anträgen und Planungserklärungen und ich erteile der Kommission das Wort. Für die Finanzkommission, Florence Pärli.

Grundsatzdebatte

Florence Pärli Schmid (JF) für die FIKO: Ich stelle heute für die FIKO übergeordnet das Budget 2025 und den Aufgaben- und Finanzplan 2026 bis 2028 vor. Das Fraktionsvotum für die FDP/JF werde ich auf ausdrücklichen Wunsch der FIKO nicht direkt an dieses Votum anhängen. Für das Geschäft zuständig waren in der FIKO neben mir Johannes Wartenweiler von der SP und Raffael Joggi von der AL. Wir werden am Schluss über das Budget 2025, über den Allgemeinen Haushalt und dazu auch noch über das Budget der Sonderrechnungen "Tierpark", "Stadtentwässerung" und "Entsorgung und Recycling" abstimmen. Auch abstimmen werden wir über das Budget des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik. Den AFP 2026 bis 2028 können wir zustimmend, neutral oder ablehnend zur Kenntnis nehmen. Der Gemeinderat schlägt für 2025 folgendes Budget vor: Allgemeiner Haushalt: 28 Mio. Franken Defizit; Sonderrechnung "Stadtentwässerung": 3 Mio. Franken Defizit; Sonderrechnung "Entsorgung und Recycling": 1,7 Mio. Franken Defizit; Sonderrechnung "Tierpark": Budget ausgeglichen; Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik: 5,5 Mio. Franken Defizit. Für den Gesamthaushalt schlägt der Gemeinderat also ein Defizit von 38,3 Mio. Franken vor. Der Steuerfuss für die Einkommens-, Gewinn-, Vermögens- und Kapitalsteuern der Stadt Bern soll bei 1,54 bleiben. Ebenso unverändert bleiben soll die Liegenschaftssteuer mit 1,5 Promille. Ich komme zu den Details für den Allgemeinen Haushalt. Für 2025 wird ein Steuerertrag von 611 Mio. Franken prognostiziert. Das sind 24 Mio. mehr als 2023 eingenommen wurden. Zum Wachstum beitragen sollen vor allem die Unternehmen. Im Vergleich zu 2023 sollen sie zusätzlich 50 Mio. Steuereinnahmen bringen. Dass trotz dieser rekordhohen Steuereinnahmen ein hohes Defizit resultieren soll, begründet der Gemeinderat wie folgt. Einerseits ist der Investitionsbedarf weiterhin sehr hoch. Etwa die Hälfte der notwendigen Investitionen entfallen auf Schulgebäude. Die Investitionen belasten die Rechnung mit Abschreibungen, Zinsen und Betriebskosten. Aus diesem Grund müssten 2025 auch wieder neue Schulden aufgenommen werden. Konkret wird 2025 mit einer Neuverschuldung von 80 Mio. Franken gerechnet. Ende 2025 würden die Bruttoschulden im Allgemeinen Haushalt auf 1,7 Mia. Franken steigen. Andererseits steigen auch die Ausgaben. Der Gemeinderat wolle die Lebensqualität in Bern weiter erhöhen und dafür sorgen, dass Bern eine lebenswerte und soziale Stadt für alle ist und bleibe. Bern wolle die gesellschaftliche Inklusion ihrer Bewohnerinnen und Bewohner ermöglichen und den Klimawandel durch eine forcierte Reduktion der Treibhausgase und Klimaanpassungsmassnahmen angehen. So ergeben sich beispielsweise neue zusätzliche

Ausgaben und also ein Leistungsausbau durch die Stadtratsbeschlüsse für die 1 zu 6 Betreuung für alle Kinder in den Tagesschulen und die Ausgaben für die Umsetzung des Gegenvorschlags zur Stadtklimainitiative. Auch der Teuerungsausgleich für das Personal kostet 2025 plus 3,4 Mio. Die Personalkosten steigen 2025 um netto 17,3 Mio. Franken. Der Anstieg der Personalkosten ist aber nicht nur auf den Leistungsausbau zurückzuführen, sondern auch auf das Stadtwachstum und die Digitalisierung Berns. Um 118,55 Stellen soll der Stellenetat der Stadt 2025 steigen. 50 dieser 118,55 Stellen werden durch Dritte – also durch den Kanton oder den Bund finanziert. Drittfinanziert sind beispielsweise Stellen bei "Schutz und Rettung Bern" im Asyl- und Flüchtlingsbereich und für Lehrpersonen. Weil die Steuereinnahmen wachsen, muss die Stadt Bern auch noch 13,5 Mio. Franken mehr an den kantonalen Finanz- und Lastenausgleich zahlen.

Ich komme zu den Werten für den AFP 2026 bis 2028. Auch für 2026 bis 2028 sind Defizite geplant. Der Gemeinderat begründet die Defizite mit den gleichen Gründen, die auch schon für das defizitäre Budget 2025 gelten, insbesondere also mit dem Stadtwachstum und dem Investitionsbedarf. So steigen denn auch 2026 bis 2028 die Schulden der Stadt Bern stark an. 2028 soll die Bruttoverschuldung auf 2 Mia. Franken gestiegen sein. Wegen der prognostizierten Defizite droht im 2028 zudem, dass unser Eigenkapital aufgebraucht ist. In solch einem Fall müssten gemäss kantonalem Gemeindereglement Sanierungsmassnahmen getroffen werden. Trotz dieser Aussichten sieht der Gemeinderat für 2025 bis 2028 keine Entlastungsmassnahmen vor.

Mit dem Budget 2025 und dem AFP 2026 bis 2028 hält der Gemeinderat keines seiner 4 Ziele der 2021 verabschiedeten Finanzstrategie ein. So ist beispielsweise für den Selbstfinanzierungsgrad in der Zeitspanne von 2023 bis 2028 ein Wert von 40,7% geplant. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 50% ist ungenügend, ab 50 bis 100% ist er vertretbar. Ist der Wert des Selbstfinanzierungsgrads unter 100%, gibt es eine Neuverschuldung. Laut dem Gemeinderat können wir eine Neuverschuldung verhindern oder sogar Schulden abbauen, wenn wir Überschüsse erzielen. Die Mehrheit der FIKO empfiehlt dem Stadtrat, das Budget trotz Defizit anzunehmen. Sie ist der Meinung, dass das Budget und die Neuverschuldung vertretbar seien. Man müsste wegen des Stadtwachstums, wegen der Klimakrise und wegen der Digitalisierung jetzt investieren. Ein grösserer Teil der Mitglieder der FIKO ist zudem der Ansicht, dass die Steuereinnahmen sehr sorgfältig gerechnet wurden. Sie ist zuversichtlich, dass wie 2022 und 2023 die Steuereinnahmen der Stadt Bern mindestens ein positives Resultat bescheren werden.

Die Mehrheit der FIKO beantragt für den AFP, dass bei den Investitionen eine Priorisierung gemacht wird. Die nötige Neuverschuldung für die Finanzierung der laufenden Investitionen solle, wenn immer möglich, so gelegt werden, dass die erwartete Zinsbelastung möglichst tief ausfalle. Das heisst, die laufenden Investitionen sollen so priorisiert werden, dass die sogenannte Bugwelle so flach wie möglich ausfällt. Das heisst, Einzelinvestitionen sollen im Hinblick auf den prognostizierten Zinssatz und die bereits geplante Neuverschuldung jährlich neu priorisiert werden. Zusammengefasst ist das Ziel des Antrags, dass die Stadt Bern trotz notwendiger Verschuldung eine möglichst tiefe Zinsbelastung hat.

Dann beantragt eine Mehrheit der FIKO wiederum für den AFP, dass die Baustandards überprüft werden sollen. Schliesslich beantragt eine Mehrheit der FIKO, dass die Stadt Bern künftig nicht nur von Moodys, sondern auch von anderen etablierten Agenturen ein Rating einholen kann.

Die Minderheit der FIKO beurteilt das Budget 2025 als verantwortungslos und weist es mit mehreren Anträgen zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurück, ebenso den

AFP 2026 bis 2028. Diesen nimmt sie negativ zur Kenntnis. Der FIKO-Minderheit ist vor allem wichtig, dass es kein weiteres Ausgabenwachstum gibt, beziehungsweise, dass der Leistungsausbau durch den Abbau nicht notwendiger Aufgaben kompensiert wird. Die Eindämmung des Ausgabenwachstums soll verhindern, dass die Schulden der Stadt Bern weiter unkontrolliert wachsen und sie in eine finanzielle Handlungsunfähigkeit hineintreiben.

Die Mehrheit der FIKO empfiehlt dem Stadtrat, das Budget 2025 anzunehmen und den AFP 2026 bis 2028 positiv zur Kenntnis zu nehmen. Auch empfiehlt eine Mehrheit der FIKO die Abstimmungsbotschaft zur Annahme.

Präsidentin: Danke, Florence. Wir kommen jetzt zu den Fraktionserklärungen. Für die Fraktion der AL/PdA, Raffael Joggi.

Raffael Joggi (AL) für die Fraktion: Die AL/PdA-Fraktion nimmt das Budget an und den AFP positiv zur Kenntnis und die Abstimmungsbotschaft auch, und das aus dem letztendlich einfachen Grund, dass die Stadt wächst, das Steuersubstrat wächst, das Steuersubstrat der natürlichen Personen wächst. RGM hat in den letzten 30 Jahren offensichtlich eine Stadt regiert und verwaltet, in der die Leute gerne leben und sogar weitere Einnahmen generiert werden. Es ist zwar nicht verwunderlich, aber doch etwas seltsam, dass sich jetzt Permutationen von Rückweisungsanträgen häufen, man solle das Budget zurückweisen aus wirklich allen nur möglichen, denkbaren Gründen. Man könnte fast meinen, die Strategie sei es, zurückzuweisen, um uns quasi ungeduldig zu machen, so dass man nachher plötzlich aus Flüchtigkeit doch noch das Budget ablehnen würde. Ich weiss nicht, welchen Sinn und Zweck es hat, den gleichen Quark in neuen Geschmacksrichtungen anzubieten. Weiter geht es nachher mit – ich würde sagen – giesskannenprinzip-artigen Sparvorschlägen. Das ist ja immer ein Bild, das gerne von der anderen Seite bemüht wird. Also, das heisst, es werden hier 1% oder 3% eingespart, aber global, über alles, ohne eigentlich jeglichen – wie soll ich sagen – Bezug auf die effektive Verwaltungstätigkeit oder die Realität. Es soll halt einfach gespart werden, und zwar in globo und auf unterschiedliche Arten; Hauptsache, es wird gespart, denn es wird zu viel Geld ausgegeben. Jetzt ist es so: Für die AL/PdA-Fraktion steht fest, dass wir in einem Kanton leben, der eine schlechte Steuerprogression hat und sehr schlecht umverteilt. Und somit liegt es eigentlich ganz klar im Handlungsspielraum der Stadt und von der Gemeinde, dass es nicht anders geht, als hier halt irgendwie kleinere Sachen unterstützen zu können. Es geht darum, die Ärmsten zu entlasten. Es geht eigentlich darum, das Geld dort zu holen, wo es ist, nämlich bei den Reichen und den Superreichen. Damit könnten wir uns das alles finanzieren. Wir sind in einer Lage, in der wir erhöhte Finanzierungsposten haben. Das wisst ihr alle: Mit den Schulhäusern und Eis und Wasser. Das Geld wäre da, aber wir können es halt nicht holen, weil es halt in diesem Kanton so ist, dass es quasi schon fast degressiv daherkommt – nicht ganz -, aber auf jeden Fall kann überhaupt nicht von einem ordentlichen Ansteigen der Steuerprogression die Rede sein. Es werden auch von bürgerlicher Seite oft mit Häme über bspw. einen Znünikiosk hemdsärmelige Witze gemacht. Man habe das früher auch selber organisieren können, dass die Stadt sicher nicht ein paar 1000 Franken in die Hand nehmen müsse, um das zu organisieren. Eben doch, weil der Gegenvorschlag, den wir zu bieten hätten, wäre, dass die Leute, die das sagen, von dort, wo das herkommt, von den wirtschaftsliberalen Kreisen vielleicht einmal zu den Grossratspartei-kolleg*innen gehen, um denen mit der satten Mehrheit zu sagen, dass sie die Steuerprogression anpassen sollen. Dann sind wir zumindest in unserer Fraktion der Meinung, dass man dann durchaus die Kinder mit gleichen Startchancen versehen kann, so wie

die Vorbeter des Neoliberalismus' das auch sehen – Robert Nozick und Konsorten. Denn die Startbedingungen sind entscheidend dafür, dass nachher keine moralische Schuld auf einem lastet, wenn einer mehr Geld verdient als der andere. Aber die Startbedingungen sind eben nicht genau gleich. Also geben wir diesen Leuten die gleichen Startbedingungen wie jene sie hatten, die heute vollmundig erklären, dass sie damals die Kioske auch selber verwalten konnten. Und dann können wir vielleicht auch wieder darüber reden, ob das jetzt sinnvolle 30'000 Franken sind oder nicht. Das zu dem. Es wird wohl den meisten klar sein, dass wir grosso modo die Anträge der bürgerlich-wirtschaftsliberalen Seite ablehnen. Eine Ausnahme bildet der Antrag 39, in dem es darum geht, gebundene, durch übergeordnetes Recht vorgeschriebene Ausgaben im AFP kenntlich zu machen. Wir sind unterschiedlicher Auffassung, daher werden wir Stimmfreigabe machen. Wir finden an und für sich Transparenz gut, wir wittern natürlich hier auch wieder ein Instrument, um damit Politik zu machen, die uns nicht entspricht. Aber so, wie er hier steht, könnte ein Teil von uns damit leben, dass er einfach transparenzfördernd ist.

Jetzt zu unseren Anträgen: Teils sind es schon fast Klassiker, ihr kennt sie schon. Neu ist sicher: die Kapital- und die Gewinnsteuer um 20% erhöhen. Das können wir vom Kanton aus, also 20% höher als die Steueranlage, über die wir heute Abend befinden. Vielleicht wird sie ja noch erhöht oder gesenkt, wer weiss. Jedenfalls hätte man da einen gewissen Spielraum, um die Unternehmens- und die Kapitalsteuer zu erhöhen. Wir sind der Meinung, dass wir in angespannten finanziellen Verhältnissen sind. Wir haben auch keinen Bock, Zinsen zu zahlen und der Zinsbetrag ist jedes Jahr relativ hoch. Damit könnte man natürlich bessere Sachen machen. Unsere Lösung ist aber tatsächlich, das Geld zu holen dort, wo es ist. Und darum: Dort wo es ist, das heisst, nicht bei den Leuten, die wenig verdienen, sondern bei denen, die viel verdienen. Also schlagen wir mit dem Antrag 8 wie letztes Jahr eine allgemeine Steueranlageerhöhung auf 1,7 vor, bei gleichzeitiger Umverteilung von 10 Mio. Franken zum Sozialamt. Das ist aber hier nicht aufgelistet. Wir würden das nur beantragen, wenn der Antrag 9 auch angenommen wird. Soll heissen, wir würden gerne die Steueranlage erhöhen, aber uns ist bewusst, dass das alle gleich trifft. Daher würden wir nachher die, die wenig verdienen und trotzdem Steuern zahlen, damit entlasten. So hat man wenigstens etwas, das in unserer Macht liegt, machen können, um so Geld dort zu holen, wo es ist.

Antrag 9 ist fälschlicherweise drin. Das ist ausnahmsweise nicht unser Fehler, aber der ist zurückgezogen.

Nachher der Klassiker "Moody's Rating": Wir sind froh, dass die FIKO das auch einsieht, so dass man es zumindest generisch formuliert. Das soll heissen, es muss jetzt nicht um jeden Preis Moody's sein. Es kann auch ein anderer geeigneter Rating-Anbieter sein. Trotzdem ist unsere Fraktion der Meinung, dass das generell nichts in einer Finanzstrategie zu suchen hat. Das ist schön und recht oder sinnvoll oder auch nicht, dass man so ein Rating bekommt, aber es ist kein Selbstzweck. Es gehört dort nicht rein.

Darüber hinaus sind wir generell der Meinung, dass die Finanzstrategie eigentlich mehr die Bürgerlichen nervös macht, als dass sie etwas bringt. Es werden Anträge geschrieben, dass irgendwelche Kennzahlen nicht eingehalten werden und sie werden einfach nicht eingehalten. Und es sind jetzt halt in Gottes Namen so im Umfeld, in dem wir uns befinden. Wir sind dafür, dass wir die Finanzstrategie eigentlich defenestrieren. Aber ja, das kennt ihr ja auch bereits.

Jedenfalls können wir den FIKO-Antrag 11 so annehmen, würden aber in der Ausmeh- rung FIKO-Antrag 14 vorziehen, auch, dass man eine Priorisierung macht, so dass die

Bugwelle der Zinsbelastung möglichst flach bleibt, so gut es geht. Als ein weiteres Kriterium dieser Priorisierung der Investitionen können wir damit leben.

Zur Finanzstrategie habe ich schon gesprochen. Noch zum FIKO-Minderheitsantrag, dass man die Massnahmen zur Energie- und Klimastrategie anständig finanzieren sollte – dafür sind wir selbstverständlich auch. Nicht dafür sind wir, Baustandards zu prüfen. Wir verstehen den FIKO-Mehrheitsantrag nicht. Baustandards sind Standards, und wenn man Standards diskutieren will, macht man das besser woanders. Also hält man sich besser daran. Ich glaube, das wäre es von meiner Seite. Merci vielmals.

Präsidentin: Merci, Raffael. Dann hat Ursina Anderegg für die GB/JA-Fraktion das Wort.

Ursina Anderegg (GB) für die Fraktion: Die GB/JA!-Fraktion steht hinter dem Budget und der Mehrjahresplanung des Gemeinderates. Wir sind überzeugt, dass der finanzielle Spielraum da ist. Er ist eng, aber er ist vorhanden. Er ist da und wir wollen anstehende Probleme anpacken.

Die Stadt verfügt – einfach so viel als kleine Ergänzung zum FIKO-Referat von vorhin, denn das haben wir durchaus auch diskutiert – über rekordhohe Reserven von über 100 Mio. Franken. Die Steuereinnahmen sind ebenfalls rekordhoch, und gleichzeitig investiert die Stadt so viel wie noch nie, um den Investitionsstau zu beheben und die berühmte Bugwelle bald zu überwinden. Ein budgetiertes Defizit von 28 Mio. Franken – darin ist man sich eigentlich relativ breit einig – ist jetzt nicht ein riesiges Defizit im Vergleich zu diesen 1,4 Mia. Franken, über die wir beim Gesamthaushalt reden. Man kann auch davon reden, dass man sich da in einem moderaten schwarzen Null-Rahmen bewegt und wir wissen ja auch, dass es dann in den Rechnungen immer noch Abweichungen gibt, allermeistens im positiven Sinn. Die Verschuldung ist höher als auch schon, das ist uns allen klar. Aus unserer Sicht ist sie aber wirklich im Moment noch in einem vertretbaren Bereich. Im Moment wird in der Schuldendiskussion vor allem argumentiert, dass wir uns die Zinsbelastung nicht leisten können. Offensichtlich können wir uns die aber leisten, denn wir tätigen schon länger grosse Investitionen und haben schon länger eine hohe Zinsbelastung und wir konnten gleichzeitig die Reserven ausbauen, um eben diese Investitionen tätigen zu können, die aber getätigt werden müssen.

Für uns ist vor allem auch klar, dass der Preis der Zinsen, den wir zahlen, sich natürlich umso mehr lohnt, weil der Gegenwert dieser Zinsbelastungen, die wir aktuell zahlen, eine Investition in die Zukunft ist. Wenn wir jetzt investieren, werden kommende Generationen entlastet, weil wir präventiv Kosten senken können, zum Beispiel in Bezug auf die Folgen der Klimakatastrophe oder indem weniger Menschen von Armut und psychischen Problemen betroffen sind.

Die GB/JA!-Fraktion schlägt deshalb in dieser Budgetdebatte eine leichte Korrektur des Budgets vor, weil wir Handlungsbedarf erkennen, Punkte, wo die Stadt mehr investieren muss, nämlich eben in den Klimaschutz, in die Bekämpfung von Biodiversitätskrisen. Es braucht verstärkte Präventionsmassnahmen bezüglich der psychischen Gesundheit, vor allem von Kindern und Jugendlichen. Und es braucht jetzt eine tatsächliche Verbesserung der prekären Arbeitsbedingungen von Kulturschaffenden, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern auch mit Ressourcen, und zwar so, dass die Vielfalt des kulturellen Angebots in dieser Stadt nicht gefährdet ist. Auf die einzelnen Anträge werden wir nachher in den Direktionsdebatten eingehen.

Bei der Budget- und AFP-Debatte handelt es sich um einen jährlichen Moment, an dem die Fraktionen sich über die Bücher beugen und prüfen, ob der Gemeinderat inhaltlich-

politisch die richtigen Prioritäten setzt und ob er finanzpolitisch aus ihrer Perspektive die sinnvollsten Hebel ansetzt, um eben zusammen die politischen Ziele auch erreichen zu können. Logischerweise haben wir hier drin alle unterschiedliche Antworten auf diese beiden Fragen und setzen unterschiedliche Schwerpunkte. Und das legen wir heute alle in die Waagschale und diskutieren darüber. Und eigentlich würden wir hier auf dieser Seite sehr gerne mit euch auf dieser Seite die inhaltlichen Ziele verhandeln. Aber leider ist es so, das sieht man an der Antragsliste, dass es recht schwierig bis unmöglich ist, mit euch inhaltlich den Moment zu nutzen und wirklich darüber zu diskutieren, wie wir die Stadt zusammen weiterentwickeln wollen. Ihr habt Anträge eingereicht, die irgendwelche über den Daumen gepeilte riesige Abbaupakete zur Folge hätten. Aber welche Leistungen ihr genau abbauen wollt, um diese hohen Sparbeträge zu erreichen, die ihr selber fordert – den Weg dazu zeigt ihr nicht auf. Ihr macht zwar 2, 3 Vorschläge, auf die komme ich dann noch zurück, mit denen ihr, wenn man das zusammenrechnet, aber bei weitem nie auf den Umfang kommt, den ihr eigentlich sparen wollt. Ihr werft ja in letzter Zeit den RGM-Parteien lauthals und bei jeder Gelegenheit vor, dass wir nicht verhandlungsbereit seien und uns im Parlament, im Gemeinderat erdreisteten, einfach das durchzuziehen, was wir wollten, ohne Rücksicht auf eure Ideen und Visionen. Erstens nennt sich das repräsentative Demokratie, wenn es Mehrheitsentscheide gibt, und zweitens ist es für uns wirklich sehr schwierig, mit euch in den Dialog zu treten, wenn ihr inhaltlich nicht auf den Tisch legt, was ihr genau sparen wollt, welche Investitionen ihr eben nicht tätigen wollt und auf welche grossen Projekte ihr verzichten wollt. Liebe bürgerliche Kolleg*innen, für uns grenzt das schon fast an Arbeitsverweigerung. Euch politisch fassen zu können, ist wirklich sehr schwierig. Ich gehe mal ein bisschen durch die Anträge durch, denn wir haben herauszufinden versucht, was ihr genau sparen wollt. Die FDP: Es wurde gesagt im Frühling 5 bis 10% des Allgemeinen Haushalts kürzen – oder nein – jetzt sind es irgendwie 3% aller freiwilligen Aufgaben, aber nur in 3 Direktionen. Ihr beantragt zusammen, dass man auf alle freiwilligen Aufgaben verzichten soll, sprich, dass die Stadt nur noch das machen soll, was der Kanton vorgibt. Dann beantragt ihr auch noch, dass es einfach ein ausgeglichenes Budget sein soll, egal, um welche Sparbeträge es geht. Die GLP möchte eine antizyklische Finanzpolitik, also sparen in guten Zeiten, obwohl ihr damals in den guten Zeiten die Steuern senken wolltet, weil die Reserven zu hoch waren. Und die SVP will heute Steuersenkungen vorschlagen, weil die finanzpolitische Lage megaschlimm sei in dieser Stadt.

Also ich weiss nicht so recht, wie es euch geht, aber uns fällt es beim besten Willen schwer drauszukommen, wie gross jetzt genau das Sparpaket ist, das so dringend geschnürt werden soll, und auf welchem Weg ihr genau dahinkommen wollt, wo ihr hinkommen wollt.

Ich habe es vorhin gesagt, ihr bringt ja vereinzelt inhaltliche Anträge. Das ist interessant. Denn zum gefühlten 5. Mal reden wir wieder über den Betreuungsschlüssel in den Tagesschulen. Das kann man natürlich immer wieder bringen. Darüber haben wir jetzt aber wirklich schon sehr viel diskutiert. Wir haben auch schon über das Personalreglement sehr viel diskutiert. Das Stimmvolk hat dazu letztes Jahr Ja gesagt. Dann ist ein neues Thema aufgepoppt, bei dem ich jetzt kein mega grosses Sparpotenzial sehe. Aber die FDP, glaube ich, schon; nämlich das mit diesen städtischen Fachstellen, die abgebaut werden sollen. Das ist natürlich euer gutes Recht, diese Abbauvorschläge zu machen. Es ist einfach dann immer sehr interessant, wenn es konkret wird, wenn es um Sinn und Zweck der Arbeit dieser Fachstelle geht, zum Beispiel, wenn das Problem des Antisemitismus', das leider im letzten Jahr wieder dramatisch an die Oberfläche gekommen ist, erkannt wird, eine sehr breite Mehrheit gefunden hat, dann werden zu

recht Forderungen laut, dass die Stadt alles dagegen unternehmen soll. Das wäre dann die Arbeit einer solchen Fachstelle, die ihr infrage stellt. Noch spezieller finde ich die Forderung für den Abbau der Fachstelle für Geschlechterfragen. Einige von euch da drin waren vor etwa 2, 3 Wochen mit mir zusammen auf einem Podium von Network. Das ist ein Netzwerk schwuler Unternehmer. Und dort waren wir uns durch das Band einig, auch die Queer-Community, die anwesend war, dass die Fachstelle eine sehr wichtige Arbeit für die queeren Menschen in der Stadt Bern leistet. Auch FDP-Vertretungen haben das gesagt. Der SVP-Vertreter hat gesagt, dass die Fachstelle sehr wichtig ist für die Community. Und jetzt kommt der Antrag, mit dem ihr die Fachstelle abbauen wollt.

Ich komme noch zu einem anderen Thema. In letzter Zeit - und das kommt heute wahrscheinlich auch wieder – wurde immer wieder vereinzelt gesagt, dass die Stadt in den letzten Jahren gar nicht gespart habe. Das ist wirklich sehr irritierend, nachdem wir jetzt eine Legislatur hinter uns haben, in der wir riesige Sparpakete geschnürt haben. Wir haben im Umfang von 50 Mio. Franken per Budget 2024 mit FIT 2 gespart. Das ist ein sehr grosser Betrag. Das ist übrigens 3,6% des Gesamthaushalts. Und wenn jetzt gesagt wird, das habe nicht stattgefunden, dann weiss ich auch nicht so recht, wo die Diskussionsgrundlage mit euch zusammen ist. Jetzt kommt dann aber wahrscheinlich, dass es gar nicht gespart worden sei, sondern einfach weniger mehr ausgegeben. Das ist ein Satz, der immer fällt von eurer Seite. Jetzt rede ich noch schneller als ich sonst schon rede. Ein paar Beispiele, was bei FIT 2 gespart worden ist. Es sind 238 Stellen abgebaut worden. Es wurden sehr viele Budgets gestrichen in vielen Bereichen. Das hat zu einem Leistungsabbau geführt. Zum Beispiel wird weniger Wohnbau gefördert. Es werden weniger Klima- und Energiestrategiemassnahmen umgesetzt, weniger Freiraumplanung, weniger Partizipation in den Quartieren, weniger Familienförderung, weniger Förderung alterspolitischer Massnahmen. Der Leistungsvertrag der Schuldensanierung wurde gekürzt. Die Selbstverteidigungskurse für Mädchen und junge Frauen wurden gestrichen. Weniger Abfalleimer werden geleert. Es gibt weniger Lernbegleitung trotz Schüler*innenwachstum, weniger funktionalen Unterhalt von Belangen in Grünflächen, weniger Verkehrsplanung, keinen Ökostrom für Strassenbeleuchtung, in der Kultur hat man Stipendien abgeschafft, einzelne Kredite gestrichen und Leistungsverträge gekürzt.

Vielleicht kann jemand von euch heute Abend einmal nach vorne kommen und sagen, was ihr denn eigentlich genau unter Sparen versteht, wenn das nicht sparen sein soll, denn das ist offensichtlich ein Leistungsabbau, den ihr einfach nicht anerkennt und wegleugnet. Ich komme zum Schluss zu den übergeordneten Anträgen zu unserem Abstimmungsverhalten: Wir haben einen übergeordneten Antrag eingereicht seitens GB/JA!, und zwar den Antrag 35 der FIKO-Minderheit. Es geht darum, dass der Gemeinderat nach der Verabschiedung der neuen Energie- und Klimastrategie auch die Mittel für die Umsetzung dieser Massnahmen im neuen AFP eingestellt hat. Dort geht es ja um einen gesetzlich festgelegten CO₂-Absenkpfad. Und wir gehen davon aus, dass es ein technokratischer Antrag ist, dass ihr alle mithelft, dass wir diese Ziele auch wirklich umsetzen. Der Steuererhöhungsantrag vder AL: Es ist bekannt, für uns sind Steuererhöhungen grundsätzlich kein Tabu. Wir finden aber, es braucht ein bisschen mehr Hand und Fuss, um zu sagen, wo genau der Handlungsspielraum erweitert werden soll. Unserer Ansicht nach haben wir den im Moment noch. Das können wir zu einem anderen Zeitpunkt gerne weiterdiskutieren. Die Finanzstrategie haben wir schon immer kritisiert. Jetzt sind veraltete Kennzahlen drin, die den Handlungsspielraum viel zu stark einschränken. Die kann aus unserer Sicht gerne in der Schublade verschwin-

den. Diesen Antrag nehmen wir an. Den Baustandard lehnen wir ab. Uns ist völlig unklar, was genau dort überprüft werden soll. Vor allem wurde das ja auch erst gerade im Rahmen von FIT gemacht. Es gibt diese Berichte, die sind aufgeschaltet, und wir wollen ja die Verwaltung nicht bemühen mit Berichten schreiben. Alle anderen inhaltsleeren Grundsatzsparanträge lehnen wir ab. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Ursina. Dann spricht Maurice Lindgren für die GLP/JGLP/EVP-Fraktion.

Maurice Lindgren (GLP) für die Fraktion: Ich nehme die Überraschung, die für die meisten wahrscheinlich keine ist, gerade vorweg: Die GLP/JGLP/EVP-Fraktion ist mit dem Budgetentwurf der Regierung für das Jahr 2025 sowie dem Finanzplan 2026 bis 2028 nicht zufrieden. Wir werden das Budget wie auch den AFP ablehnen oder unseren Unmut mit einer Enthaltung ausdrücken. Der Grund liegt vor allem im fehlenden Vertrauen in die Stadtregierung in finanziellen Belangen und das erkläre ich gerne näher. Mit seinen Worten und seinen Taten verwickelt sich nämlich der Gemeinderat in Widersprüche, Widersprüche, die kaum aufzulösen sind. Und damit ist auch klar, dass wir nicht mit gutem Gewissen der Stimmbevölkerung der Stadt Bern ein Budget zur Annahme empfehlen können. Und um diese Empfehlung geht es ja schlussendlich heute in diesem Rat. In Worten hat der Gemeinderat als Gesamtgremium sowie auch insbesondere Finanzdirektor Aebersold schon oft gesagt, dass die finanziellen Entwicklungen nicht zufriedenstellend oder gar ungenügend sind. Welche Worte waren das? Zum Beispiel wurde immer wieder gesagt, dass die Stadt Überschüsse im zweistelligen Millionenbereich braucht. Stattdessen wird jetzt mit zweistelligen Millionen Defiziten geplant für das Jahr 2025. Zum Beispiel hat der Gemeinderat mehrfach gesagt, dass die Stadt sich pro Jahr mit nicht mehr als 30 Mio. Franken verschulden solle, weil das nicht nachhaltig sei. Dank stattdessen wird mit einer Neuverschuldung von gegen 100 Mio. Franken geplant.

Zum Beispiel hat der Gemeinderat gewarnt vor einer Entwicklung, die zu einem Bilanzfehlbetrag führen könnte, so dass wir mehr Reserven brauchen, nämlich 120 statt 100 Mio. Franken und jetzt legt er uns einen AFP vor, der ab 2028 genau in so einem Bilanzfehlbetrag landen soll. Zum Beispiel hat der Gemeinderat gesagt, dass es jetzt Disziplin und Zurückhaltung braucht und streicht dann aber die Haushaltsverbesserungsmassnahmen im Umfang von 20 Mio. Franken aus dem AFP heraus mit dem Argument, es brauche sie ja gar nicht. Zum Beispiel führt er eine Finanzstrategie, die in allen Strategiepunkten verfehlt wird. Aber statt, dass es eine Diskussion gibt, wie die Finanzstrategie besser eingehalten werden könnte, steht eine Diskussion im Raum, die die Finanzstrategie abändern will. Anstatt also, dass man die Finanzen an die Strategie anpasst, will man die Strategie an die Finanzlage anpassen. Verkehrt geht es fast nicht mehr. Worte und Taten liegen weit auseinander. Weiter als jeder Brückenpfeiler in dieser Stadt. Und die Brücke wackelt auch noch. Worauf wartet der Gemeinderat also jetzt? Auf neue Rekordüberschüsse bei den Steuern, die die Rechnungsabschlüsse dann schon ins Positive retten? Darauf, dass der Grossteil der Investitionen gar nicht umgesetzt werden kann und damit die Neuverschuldung dann schon etwas kleiner ausfällt? Darauf, dass der Kanton ab 2028 kommt und es selber regelt, so wie in Köniz? Darauf, dass in den Wahlen im Herbst jemand ausserhalb von RGM in die Verantwortung geschickt wird bei den Finanzen und man dem die Schuld geben kann? Wartet der Gemeinderat darauf, dass das jemand glaubt? Das ist für uns keine seriöse Finanzplanung, jedenfalls nicht eine, die unsere Stimme in der Fraktion erhalten könnte. Ich wiederhole: Worte und Taten liegen weit auseinander. Sie schädigen damit

die Glaubwürdigkeit der Regierung und führen zu einem Verlust an Vertrauen zumindest ausserhalb RGM. Jetzt kommt noch die Stadtratsdebatte. Es liegen uns Ausbauanträge vor von dieser Seite vor allem und Ideen für Leistungen mit beachtlichem Volumen, die hier mehrheitsfähig sind, alleine von Rot-Grün. Dass von den gleichen Absendern aber keine Anträge vorliegen, die die Ausbauanträge kompensieren könnten, lässt Schlimmeres erahnen; nämlich, dass das Budget noch roter abschliessen wird, als es sowieso schon ist. Rot-Grün bestätigt damit das Klischee, das über sie herrscht, dass es viele Ideen gibt für neue Leistungen und Ausgaben, aber keine für die Finanzierung. Das Resultat dieser Politik ist relativ einfach: Mehr Schulden und kein Ende in Sicht. Dafür fehlen die Taten. Worte alleine reichen nicht. Da kann der RGM-Finanzdirektor noch lange dazu aufrufen, Mass zu halten. Dabei ist der Budgetvorschlag an sich ungenügend, und das RGM-Parlament wird ihm kaum folgen. Das verspricht wenig Gutes für die finanzielle Zukunft der Stadt Bern und wird den Handlungsspielraum der zukünftigen Generationen weiter einschränken. Dieser Handlungsspielraum, der dringend gebraucht wird zum Beispiel, um die Kosten der Klimamassnahmen, die auch bei Rot-Grün mehrheitsfähig sind, zu finanzieren; Klimamassnahmen, die noch gar nicht eingeplant sind, weder im Budget noch im AFP noch in der Investitionsplanung. Klimamassnahmen, die noch bitter nötig werden, dann wird aber das Geld fehlen beziehungsweise die Schulden werden noch weiter ansteigen. Es verspricht auch nichts Gutes für den Schuldendienst, weil wir die Zinsen werden bezahlen müssen und es nützt auch wenig, wenn die Mehrheit der FIKO Investitionen priorisieren oder die Rating-Agentur der Stadt Bern wechseln will. Es wird Geld kosten und damit den Handlungsspielraum einschränken, Ratingagentur hin oder her. Damit sind wir bei den Anträgen. Wir als Fraktion haben Rückweisungsanträge eingereicht, die die beschriebenen Mankos beheben wollen, den finanziellen Kurs der Stadt Bern korrigieren und damit das Prinzip der Nachhaltigkeit auch bei den Finanzen einführen.

Es sind einige, aber es fehlt mir leider die Zeit, alle einzeln zu begründen. Ich sage nur so viel: Wir verlangen, dass das, was in Worten gesagt wurde, jetzt in Taten umgesetzt wird. Wir verlangen zum Beispiel, dass wie einmal gesagt wurde, die 20 Mio.-Franken-Massnahmen wieder in den AFP hineingenommen werden. Wir verlangen zum Beispiel, dass die 30 Mio. Franken Neuverschuldung nicht überschritten wird. Wir verlangen, dass mit zweistelligem Millionenüberschuss geplant wird und einige weitere wie zum Beispiel das Versprechen von der antizyklischen Finanzpolitik, die RGM in der Coronakrise entdeckt hat, aber jetzt nichts mehr davon wissen will, darauf zurückzukommen.

Damit komme ich zu den weiteren Anträgen, die uns bis heute Mittag vorgelegt wurden. Wir haben die alle durchgeackert. Ich kann selbstverständlich auch bei denen nicht auf alle eingehen. Lasst mich kurz erklären, nach welchen Grundsätzen wir diese Anträge annehmen oder ablehnen.

Wir wollen in dieser Situation keine weiteren Budgetverschlechterungsanträge, und Planungserklärung, die das zur Folge haben, lehnen wir grundsätzlich ab. Die Anträge, die das verbessern, nehmen wir teilweise an. Anträge, die unter unserer Bagatellgrenze liegen, lehnen wir grundsätzlich ab. In einem Milliardenbudget sehen wir es nicht als Aufgabe des Parlaments, über Kleinbeträge zu reden. Es ist Aufgabe des Gemeinderates, die Details auszuarbeiten, und der Gemeinderat sollte uns ein ausgeglichenes Budget vorlegen und das Parlament sollte sich möglichst nur mit übergeordneten Fragen befassen. Und drittens lehnen wir Anträge, die wir als unsachlich erachten, ab, zum Beispiel, weil sie einen Vorstosscharakter haben und ein Thema aufnehmen, das man eigentlich nicht im Rahmen einer Budgetdebatte behandeln kann.

Für die Schlussabstimmung sind wir dann gespannt, um wie viel roter das Parlament das Budget noch macht. Wetten können gerne bei mir abgeschlossen werden. Unsere Zustimmung wird das aber unter diesen Umständen wie gesagt weder beim Budget noch beim AFP zur Folge haben.

Präsidentin: Danke, Maurice. Für die Mitte-Fraktion, Béatrice Wertli.

Béatrice Wertli (Mitte) für die Fraktion: Raffael, es gäbe im Fall schon einen Fall der Fälle, in dem auch die Mitte-Fraktion das Budget annehmen könnte. Aber auf die Rahmenbedingungen, die dazu nötig wären, komme ich noch. Es fehlt uns nicht an Fantasie und Optimismus. Im Votum unserer Fraktion geht es einmal darum, dass wir das Bild ein bisschen grösser betrachten. Das Budget zeigt ein Defizit von 26 Mio. Franken. Das sind 2,9% der Einnahmen. Einmalig ist das vielleicht nicht so katastrophal, aber in Kombination mit dem Finanzplan dann doch beruhigend. Erstens ist es Teil einer Serie, aber nicht einer guten Netflix-Serie, sondern Teil der Serie von Budget-Defiziten bis 2025. Der Selbstfinanzierungsgrad der Investitionen reicht nicht und das ist ebenfalls beunruhigend. Und die Folgen des Budgets, das uns jetzt präsentiert wird, ist einfach eine Neuverschuldung. Vielleicht ist ein Defizit von 26 Mio. Franken ein kleines Leck in einem grossen Boot und vielleicht versinkt das Boot nicht gerade sofort, aber je länger, desto schlimmer wird es. Und wenn wir es ignorieren, dann gibt es eben eine Katastrophe.

Es ist auch weiterhin keine Kurswende. Der Gemeinderat prognostiziert uns für 2028 einen Bilanzfehlbetrag. Und was ist die Folge davon? Das heisst, dass 2028 die kantonale finanzpolitische Schonfrist abläuft. Und der Gemeinderat sagt, der finanzpolitische Spielraum werde enger. Ich finde "eng" ein Wort, das es nicht ganz trifft. Er ist im Prinzip null und bei Spielraum Null ist das Spiel auch nicht mehr so interessant. Diese Sparaktionen werden also notwendig oder verordnet. Die Mitte fordert seit langem einen Kurswechsel, bisher vergeblich. Aber wir bleiben dran, denn wir haben Ausdauer. Die Umsetzung der Vorstellungen des Gemeinderates führt also zu neuen Schulden. Aber man kann vielleicht sagen, der Gemeinderat ist ja nicht allein schuld. Wenn wir die Aufstockungsanträge einmal zusammenzählen und anschauen, stellen wir fest, dass das Budget damit sicher auch nicht besser wird. Es kommt mir ein bisschen so vor, wie wenn wir jetzt in einem Zug wären, vorne sitzt der Gemeinderat und sagt: "Achtung ein Felsen kommt!" Und Felsbrocken liegen auf den Gleisen und hinten rufen Rot-Grün: "Noch etwas schneller und noch etwas mehr!" Das wird eben nicht besser.

Zu den Rückweisungsanträgen und Planungserklärungen: Erstens einmal: Nein, wir können dieser Finanzpolitik so weiterhin nicht zustimmen. Wir unterstützen die Rückweisung an den Gemeinderat, vor allem auch alle Anträge, bei denen wir in der FIKO in der Minderheit waren. Und wenn sie auch chancenlos sind, kann man doch sagen, dass die Minderheitsanträge zeigen, dass eine andere Finanzpolitik möglich wäre. Wir unterstützen auch die FIKO-Minderheit bezüglich der Planungserklärungen. Das könnte nämlich 2026 sogar eine Wende bringen, denn, wenn diese im Gemeinderat umgesetzt würden, könnten sie auch im Stadtrat Erfolg haben.

Die Minderheitsanträge werden angenommen und unterstützt. Wir lehnen hingegen diese Aufstockungsanträge ab. Wir unterstützen dort, wo sinnvoll, Kürzungsanträge. Und, vielleicht weil wir auch wissen, dass die Meinungen gemacht sind – wir haben es vorher wieder gehört –, wird es auch nicht zu jedem einzelnen Antrag eine Wortmeldung geben. Wir müssen ja nicht bis um 3 Uhr morgens debattieren.

Ich habe vorhin gesagt, es gebe schon eine Möglichkeit, und wir könnten uns auch vorstellen, dem Budget in der Schlussabstimmung zuzustimmen. Es fehlt uns nicht an

Fantasie und nicht an Optimismus. Die Voraussetzungen sind relativ simpel: Erstens: Das Budgetdefizit verschwindet. Zweitens: Wenn die Planungserklärungen der FIKO-Minderheit angenommen werden, dann wären doch die Rahmenbedingungen schon einmal ganz andere. Wir gehen realistischerweise davon aus, dass wir das Budget und die verfehlte Finanzpolitik der rot-grünen Mehrheit im Gemeinderat und Stadtrat ablehnen werden. Aber wir werden dranbleiben, denn es braucht eine nachhaltige Finanzpolitik für die Stadt. Wohlfahrt braucht Wohlstand. Und am liebsten machen wir die Finanzpolitik selber und möchten nicht, dass sie uns von irgendwo verordnet wird. Und falls jetzt vielleicht die Hoffnung entsteht, dass wir auch mögliche, notwendige Steuererhöhungen unterstützen – das machen wir nicht. Es ist eben die falsche Idee, dass man am Schluss sagt, wir seien finanziell so schlecht dran und hätten uns lange überlegt, was wir machen könnten, und nun erhöhten wir die Steuern. In diesem Sinn wird die Mitte-Fraktion die FIKO-Minderheitsanträge unterstützen, ebenfalls die Planungserklärung der FIKO-Minderheit, weitere Aufstockungsanträge ablehnen und so in die Debatte steigen. Vielen Dank.

Präsidentin: Danke, Béatrice. Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten? Vielen Dank. Niklaus Mürner für die SVP-Fraktion.

Niklaus Mürner (SVP) für die Fraktion: Wie die meisten vielleicht schon ein bisschen vermuten, lehnt die SVP das Budget ab. Den AFP nehmen wir negativ zur Kenntnis wie die Botschaft auch; und das aus folgenden Gründen: Wenn man angeschaut hat, wie das Budget und der AFP aufgebaut sind – Florence hat es vorher sehr schön gesagt –, sind wir 2028 eigentlich in Kantonshänden. Und es geht eigentlich hier darum, dass wir die Stadt selbstständig sein lassen wollen, dass wir sie retten, dass wir selber bestimmen, wie wir auch künftig unser Geld ausgeben wollen und wofür. Was passiert? Die Zinsen explodieren, werden explodieren. Und sie werden nachher jährlich in einer Höhe sein, dass man ein Schulhaus bauen könnte. Was passiert ohne Schulhaus? Die Kinder bekommen keine Schulbildung. Die, die keine Schulbildung haben, können dann nachher mit der Kohle, die wir verpufft haben, Schulden abzahlen. Das ist keine nachhaltige Finanzpolitik. Die Probleme sind auch klar auf der Ausgabenseite zu suchen. Wenn man wieder 120 neue Stellen schafft, dann ist das völlig verantwortungslos, wenn man immer noch sagt, man wolle dazu sparen. Wenn man nicht sparen will, und nicht will, dass man irgendwo etwas einspart, dann passiert halt, dass wir einfach den Finanzplan und das Budget ablehnen müssen, und zwar unisono zurückweisen, denn es ist im Budget nirgends auch nur ein Ansatz zu erkennen.

Es ist auch so, dass wir natürlich eine Steuersenkung eigentlich sehr begrüßen würden. Und warum? Es macht auf den ersten Blick wirklich wenig Sinn und ist ein bisschen absurd, dass man sagt, man wolle sparen und noch die Steuern senken, in dem Sinne die Einnahmeseite reduzieren. Aber wenn man dann eigentlich immer mehr ausgibt oder, wie wir sagen, immer mehr verschwendet, weil es eigentlich nachher den Stadtangestellten zugutekommt, dann soll der Bürger auch etwas davon haben. Und darum sind wir halt trotzdem nachher auch für eine Steuersenkung, damit die Bevölkerung auch profitieren kann.

Vielleicht noch schnell eine Korrektur: Wir fordern bei den Fachstellen nicht einen Abbau, sondern wir fordern, dass es intern kompensiert wird. Das ist ein grosser Unterschied. Und es geht eigentlich vor allem darum, dass es keine Zunahme gibt.

Was ich vorhin schon gesagt habe: Das Budget beinhaltet keine Sparmassnahmen und hätte eine kolossale Nettoverschuldung zur Folge. Und darum lehnen wir das Budget

ab. Ich will es jetzt nicht in die Länge ziehen, um Kosten zu sparen. Danke für eure Aufmerksamkeit.

Präsidentin: Merci, Niklaus. Dann kommt für die SP-JUSO-Fraktion Johannes Wartenweiler, der seine Redezeit mit Ingrid Kissling-Näf teilen wird.

Johannes Wartenweiler (SP) für die Fraktion: Das Budget des Gemeinderats hat ein Defizit von 27,9 Mio. Franken. Wir werden vermutlich morgen Abend mit leicht mehr rausgehen, aber es bleibt bei diesen plus/minus knapp 30 Mio. Franken. Die SP-Juso-Fraktion steht für solide Finanzen und sieht die auch mit dem Budget 2025 nicht in Gefahr, ungeachtet dessen, was ihr hier jetzt alles schwarz an die Wand gemalt habt. Wir gehen davon aus, dass die Stadt Bern das kann und das verträgt. Die SP-Juso-Fraktion trägt das Budget mit sowie den AFP 2026-2820. Wir sind überzeugt, dass wir mit dem Budget weitere Schritte für eine soziale und ökologische Stadt mit umfassender Teilhabe der Bevölkerung machen können. Zur Begründung ein paar Punkte: Der allgemeine Haushalt und die 4 Sonderrechnungen schliessen mit einem Defizit von 38 Mio. Franken. Das sind insgesamt ein bisschen mehr als 2% der Gesamtsumme von 1,59 Mia. Franken, und das ist nicht nur in absoluten Zahlen vertretbar. Das liegt auch im Rahmen der Budgetgenauigkeit. Zweitens die strategischen Ziele des Gemeinderates: Wir haben dazu die Kommissionssprecherin gehört. Ich möchte hinzufügen, dass der Gemeinderat sich diese Ziele gesetzt hat. Aus unserer Sicht sind die vier Eckwerte Budget, Eigenkapital, Selbstfinanzierung und Verschuldung finanzpolitische Richtlinien. Demgegenüber gibt es politische Prioritäten, welche diese Richtlinien relativieren. Weder verlangen wir eine sklavische Befolgung im Sinn der bürgerlichen Parteien noch eine Abschaffung oder eine Anpassung, wie das die AL fordert. Das Budget ist defizitär und das Eigenkapital bewegt sich am unteren Rand der Richtwerte. Dazu ist zu sagen: Beim Budget zählt vor allem die Rechnung am Schluss. Und zweitens: Beim Eigenkapital könnte man fairerweise auch noch die 150 Mio. Franken dazuzählen, die wir in den beiden Spezialfinanzierungen "Schulen" und "Eis und Wasser" eingestellt haben. Zur Selbstfinanzierung und Verschuldung wird Ingrid Kissling-Näf noch einige Worte zur Würdigung der städtischen Investitionen sagen. Für uns ist die Finanzpolitik kein Selbstzweck. Wir steuern zwischen Bedürfnissen und Wünschen einerseits und finanziellen Beschränkungen und man macht das anders als Bund und Kanton. Schauen wir zum Bund. Dort sehen wir einen abstrusen Tanz um die Schuldenbremse, mit der es Bundesrat Villiger und den Bürgerlichen gelungen ist, die Bundesfinanzen unter die finanzpolitische Knute zu zwingen. Aber wie auch Cédric Wermuth heute treffend gesagt hat: Der Staat ist keine Excel-Tabelle. Schauen wir zum Kanton. Dort gibt die bürgerlich dominierte FIKO den Tarif durch, legt Verschuldungsquoten fest, setzt Kürzungen durch und nimmt dabei auch den Bruch politischer Versprechen in Kauf, und das alles für minimale Steuersenkungen. Und so funktionieren wir hier nicht. Die zusätzlichen Ausgaben entfallen grob in 3 Blöcke: Erstens das Wachstum der Stadt, wie es der Gemeinderat formuliert, kostet. Wir brauchen mehr Schulraum, wir brauchen mehr Lehrkräfte, wir brauchen mehr Infrastruktur und so weiter. Das schlägt im Budget 2025 mit 6 bis 10 Mio. Franken zu Buche. Zweitens. Wir geben mehr an den Kanton ab, weil wir ein leistungsfähiges Zentrum sind. Davon profitiert er und die Gemeinden in der Peripherie. Zusätzliche Kosten: 20 Mio. Franken. Zusätzlich kommen jetzt noch Ausgaben von etwa 11 Mio. dazu, die der Gemeinderat und das Parlament in Eigenregie beschliessen. 4,5 Millionen davon gehen für die Frauen-EM drauf, der ihr alle mit wehender Fahne zugestimmt habt. 600'000 Franken braucht das gebeutelte Personal

des EKS, des Amts für Erwachsenen- und Kinderschutz. Von grosser Kelle kann keine Rede sein.

Wir sehen, dass der Gemeinderat im Finanzplan weiterhin rote Zahlen schreibt. Wir legen uns aber nicht aufgrund von AFP-Zahlen fest, sondern wir verfolgen die Entwicklung Jahr für Jahr. Und es ist Aufgabe des Gemeinderates, den Finanzhaushalt zu führen. Er hat auch im Budget 2025 auf Sparmassnahmen und zusätzliche Einnahmen verzichtet.

Es ist das letzte Budget vom Michael Aebersold und ich habe nachgerechnet: Vom Budget 2017 bis zur Rechnung 2023 haben sich statt Defiziten von 116 Mio. Franken Überschüsse von 90 Mio. Franken eingestellt. Das Delta beträgt also rund 200 Mio. Franken. Der Kassenwart hat nicht alles falsch gemacht, wenn er das am Ende seiner Amtszeit präsentieren kann. Das gibt Spielraum und dafür sollten wir merci sagen.

Ich komme zu den Anträgen: Alle bürgerlichen Anträge im Einflussbereich der FIKO, soweit Ingrid nicht dazu Stellung nimmt, lehnen wir ab: die Rückweisungen, die zusätzlichen Einsparungen, die schwarze Null, der Personalstopp, Beschränkungen auf kantonale Standards etc. Diese Anträge können zwar bürgerliche Gewissheiten bestärken, die Stadt Bern bringen sie aber keinen Schritt weiter. Wir lassen uns auch bei den steuerlichen Anträgen von den Bürgerlichen finanzpolitisch nicht die Hände binden. Das widerspricht jeder politischen Logik und wir lehnen auch die Anträge der AL auf Steuererhöhung ab. Hingegen nehmen wir den Antrag der AL an, wonach die Bonität der Stadt Bern von einer Rating-Agentur zu überprüfen ist, die nicht zwingend Moodys sein muss. Wir nehmen ebenfalls einen Antrag an, der die Baustandards überprüft, mit dem Ziel, so viel Geld wie möglich in die Köpfe zu stecken statt in Beton. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Johannes. Dann kommt Ingrid Kissling-Näf ebenfalls für die SP-JUSO-Fraktion.

Ingrid Kissling-Näf (SP) für die Fraktion: Wir haben jetzt schon einige Analysen gehört über unsere Finanzsituation. Mir fällt eigentlich nur ein Bild ein, nämlich das Bild, dass wir ganz hart am Wind segeln. Das heisst, wir versuchen, mit den bestehenden Geldern das Optimum herauszuholen, damit die Stadt weiter attraktiv sein kann und dass auch ein sozialer und ökologischer Umbau und eine entsprechende Solidarität möglich ist. Dieses "hart am Wind segeln" – was heisst das? Fakt ist, dass wir auch bei den Eckwerten der Finanzstrategie wirklich an die Grenze gehen. Das heisst, dass wir dort auch irgendwo in einen kritischen Bereich kommen. Die SP steht, das hat mein Vorredner bereits gesagt, ganz klar hinter diesem Budget, ist aber auch der Meinung, dass wir im Sinne des Wohles unserer Bürger und Bürgerinnen den Handlungsspielraum, den wir haben, für die Finanzen wirklich voll ausnutzen müssen. Für uns heisst das auch, dass wir wahrscheinlich jetzt an einer gewissen Schwelle sind, über die wir nicht mehr hinausgehen können und dass wir uns wahrscheinlich auch so, wie es heute ist, über die verschiedenen Finanzzahlen nicht mehr hinwegsetzen können, aber im Prinzip noch daran sind, das voll und ganz auszunützen. Konkret heisst dies, dass wir versuchen, diese Investitionen nicht einfach aufzuschieben, sondern das zu machen, was wir wirklich tun müssen. Das heisst Investitionen in Eis und Wasser. Es heisst auch Investitionen in Schulhäuser, nur ein paar Stichwörter: Ka-We-De, Goumoëns, das Gaswerkareal – alles wichtige Projekte –, Stöckacker Schwabgut.

Das bedeutet für den Selbstfinanzierungsgrad, dass wir eigentlich nur 62,7 Mio. Franken finanzieren können, das heisst, einen Selbstfinanzierungsgrad von 43% haben. Und das ist natürlich tatsächlich kritisch. Also über längere Frist können wir das ganz

sicher nicht halten, aber zum jetzigen Zeitpunkt scheint uns das Risiko möglich beziehungsweise können wir das im Moment eingehen. Das gleiche gilt für den Brutto-Verschuldungsanteil. Der Brutto-Verschuldungsanteil ist eine wichtige Messgrösse auch im Sinne der Finanzstrategie. Und da erreichen wir die 140%, die auch in dieser Strategie als kritisch angeschaut werden. Das heisst, wir versuchen den Handlungsspielraum vollumfänglich auszunützen. Und in diesem Sinne stehen wir voll und ganz hinter dem Kurs des Gemeinderates, der, wie uns scheint, für die Stadt auch eine gewisse Wohlfahrt bietet, eine gewisse Leistung bietet, auf die wir sonst eben verzichten müssten.

Ich fasse deshalb nochmals zusammen. Also wir stehen hinter dem eingeschlagenen Kurs, weisen aber auch klar daraufhin, dass wir mit dem Kurs an eine Obergrenze gehen, die wir wahrscheinlich künftig nicht überschreiten dürfen. Das gesagt zu haben, möchte ich zum Schluss noch auf 4 Finanzanträge eingehen, die von relativ grosser Bedeutung sind für die Diskussion, die wir heute Abend führen. Das ist der Finanzantrag 14 und wir würden als Partei, als SP, den Antrag annehmen. Wir sind auch der Meinung, dass die laufenden Investitionen, und das ist wirklich ganz wichtig, weiter priorisiert werden müssen, damit dort eine möglichst tiefe Zinsbelastung zu erreichen ist. Wir lehnen hingegen den Antrag 16, also die FIKO-Minderheit, ab. Dort ist vorgesehen, die Obergrenze bei 30 Mio. Franken Neuverschuldung anzusetzen. Das werden wir ablehnen. Ebenfalls ablehnen werden wir den Antrag 25, wo es darum geht, den Brutto-Verschuldungsanteil bereits jetzt auf eine Obergrenze von 140% festzusetzen. Und den Antrag 30 werden wir auch ablehnen. Dort geht es darum, dass der Selbstfinanzierungsgrad der Neuinvestitionen bei 70% liegen soll. Es ist nicht so, dass wir nicht die Notwendigkeit der Vorgaben der Eckwerte der Finanzstrategie einsehen, aber wir sind der Meinung, die Rechnung 2024 abzuwarten und auf der Basis der Rechnung 2024 noch einmal zu schauen, wie dann beim nächsten Budget wiederum die Finanzgrössen festgesetzt werden müssen.

Präsidentin: Vielen Dank, Ingrid. Für die GFL-Fraktion, Francesca Chukwunyere.

Francesca Chukwunyere (GFL) für die Fraktion: Auch die GFL-Fraktion hat das Budget 2025 mit integriertem Aufgaben- und Finanzplan eingehend geprüft und mit einer gewissen Besorgnis zur Kenntnis genommen, dass in sämtlichen Planjahren im AFP mit Defiziten gerechnet wird. Aus Sicht der GFL-Fraktion ist die lange Defizitperiode, die die ganze nächste Legislatur prägen wird, besorgniserregend. Im Jahr 2028 könnte das Eigenkapital aufgebraucht sein und die Stadt ohne Finanzreserven dastehen. Wir haben aber gleichzeitig festgestellt, dass die Defizite und somit die Zunahme der Verschuldung auf nachvollziehbare Faktoren zurückzuführen sind. Diese liegen einerseits insbesondere in der steigenden Anzahl Schüler*innen und den damit verbundenen Betriebsfolgekosten. Und andererseits anerkennt und begrüsst die GFL-Fraktion den Umstand, dass der Gemeinderat unter Federführung der PRD den langjährigen Investitionsstau in den Planjahren 2025 bis 2028 energisch abbaut und die Infrastruktur, namentlich von Schul- und Sportanlagen, mit massiven Investitionen saniert. Mit diesen Investitionen wird die Zukunft gestaltet und die hohe Lebensqualität in der Stadt erhalten und gestärkt. Letztlich wird damit der Grundstein für ein anhaltendes gesundes Wachstum der Stadt Bern gelegt, was sich wiederum in höheren Steuereinnahmen auszahlen wird. Dass unsere Stadt wachsen soll, war lange unbestritten. Dass damit mehr Infrastruktur wie Schulen und so weiter benötigt wird, ist eine logische Folge dieser Entwicklung. All diese Investitionen sind gerechtfertigt und bieten heute den Bürgerin-

nen und Bürgern dieser Stadt einen handfesten Gegenwert für die einbezahlten Steuern. Wir unterstützen deshalb den vorliegenden AFP. Die GFL-Fraktion hat sich auch mit allen Anträgen befasst, die vom Stadtrat zum Budget des Gemeinderates gestellt wurden.

Wir werden sämtliche Rückweisungsanträge ablehnen. Anträge, die darauf abzielen, den Gemeinderat entweder zu einer völligen Abkehr von der Finanzstrategie oder aber auf eine genaue Einhaltung dessen einzuschwören, lehnen wir ebenfalls ab. Die Begründung: Die Strategie gibt eine Zielvorgabe vor, an der man sich orientiert, die aber jeweils pragmatisch an die tatsächlichen Realitäten angepasst werden muss. Sonst ist sie nämlich lebensfeindlich. Ohne eine solche navigiert man aber punktuell und planlos durch die Gegend. Ob man dabei seine Bonität an Moodys orientieren soll oder an sonstigen seriösen Ratings, scheint uns dabei nicht matchentscheidend. Damit bei den Investitionen im Baubereich einerseits das Augenmass gewahrt bleibt, müssen die Baustandards überprüft und andererseits die Eckwerte der Klimastrategie gewahrt werden. Angesichts dieser hohen Investitionen in Verbindung mit der Neuverschuldung ist unseres Erachtens eine besondere Zurückhaltung bei zusätzlichen Ausgaben erforderlich. Mit Ausnahme von wenigen Anträgen, zu denen wir im Einzelnen noch zu gegebener Zeit ausführlich Stellung nehmen werden, lehnen wir alle Anträge ab, die auf einen Leistungsausbau der Stadt abzielen; dies auch im sozialen Bereich. Wir sind der Meinung, dass die Stadt Bern gerade auch im Vergleich mit dem Kanton über einen sehr hohen Standard an Unterstützungsangeboten für gesellschaftlich benachteiligte Personengruppen verfügt. Es gilt, diese Standards in Zukunft aufrechterhalten zu können, ohne deshalb die Steuern erhöhen zu müssen.

Wir schätzen diesbezüglich die Aufrichtigkeit der Anträge der AL/PdA-Fraktion. Hier wird nicht nur ein Ausbau staatlicher Leistungen eingefordert, sondern folgerichtig auch eine Steuererhöhung beantragt. Unser Umkehrschluss ist es, beides abzulehnen. Wir lehnen aber auch alle Anträge ab, die einen Leistungsabbau der Stadt fordern, gerade deshalb, weil wir stolz auf die Leistungen der Stadt sind und diese weiterführen wollen; gerade auch, wenn sie zum Beispiel im sozialen oder ökologischen Bereich über kantonale Richtlinien hinausgehen.

Den Antrag, der eine transparentere Darstellung der städtischen Ausgaben beabsichtigt, unterstützen wir, weil erst eine solche Darstellung eine echte Diskussion darüber ermöglicht, was denn städtische respektive staatliche Aufgaben sind und was nicht. Genau diese Grundsatzfrage liegt einer ganzen Anzahl von Anträgen der FDP zugrunde. Wir sind sehr gern bereit, diese Frage anhand konkreter Postulate und Motionen zu diskutieren. Kurz oder knapp vor der Budgetdebatte eingereichte Anträge lehnen wir ab. Die beiden Anträge, die darauf abzielen, die Handlungsfähigkeit der GPK innerhalb eines Milizparlaments zu erhöhen, werden wir annehmen. Dem finanziell grössten Ausreisser werden wir im Kulturbereich zustimmen, nämlich dem Antrag 75 der SBK. Dort geht es darum, dass wir einen Fehlentscheid dieses Parlamentes korrigieren werden. Denn dazumal, als wir den Menschen im Kulturbereich anständige Löhne zugestehen wollten, haben wir irgendwie vergessen, dass deshalb wahrscheinlich viel weniger Projekte genehmigt werden können. Wir haben einfach nicht zu Ende gedacht und deshalb werden wir dieser Korrektur beizustimmen. Wir werden es später noch ausführlicher begründen. Fazit: Solange die Summe der Budgetanträge aus dem Stadtrat nicht zu einem Defizit von mehr als 30 Mio. Franken führen, wird die GFL-Fraktion das Budget mittragen. Merci für das Zuhören.

Präsidentin: Danke, Francesca. Für die FDP/JF-Fraktion, Florence Pärli.

Florence Pärli Schmid (JF) für die Fraktion: Ich und die Fraktion FDP/JF sehen – und man sieht es auch dem Kleid an – sehr rot. Und ich spreche leider damit nicht das herzige rote Minimotorboot an, das mein Mann zusammen mit Freunden auf dem Neuenburgersee hat, sondern das Budget 2025 und den AFP 2026 bis 2028 der Stadt Bern. Trotzdem brauchen die Stadt Bern und das Boot beide dringend eine Sanierung und beide werden durch Rot geprägt. Wir haben es heute schon öfters gehört: Für 2025 sind allein im Allgemeinen Haushalt rote Zahlen und also ein Defizit von 28 Mio. Franken vorgesehen. 2026, 2027 und 2028 soll es so negativ weitergehen mit den Finanzen. Und darum wird 2028 das Eigenkapital aufgebraucht sein. Die Stadt Bern manövriert sich mit diesen Zahlen direkt in eine finanzpolitische Handlungsunfähigkeit und in eine Steuererhöhung hinein. Ich weiss, eine Steuererhöhung macht einem grossen Teil von euch in diesem Raum nicht Bauchweh, weil aus eurer Sicht eine Steuererhöhung ja immer nur die Reichen trifft. Nur in Bern gibt es nicht so viele Reiche. Wir sind eine Stadt des Mittelstands. Die Steuererhöhung würde also den Mittelstand treffen, der ohnehin schon einen grossen finanziellen Teil des Landes trägt, ohne Anspruch auf Prämienvorbilligungen oder sonstige Entlastungen. Aber Steuererhöhungen treffen eben auch die Armen, die die jetzt eigentlich schon nicht mehr über die Runde kommen, die zum Beispiel von Ergänzungsleistungen leben. Ja, wer Ergänzungsleistungen (EL) bezieht, bezahlt in Bern jetzt schon Steuern, und teilweise gar nicht so knapp, obschon der Bezug von EL eigentlich ein Leben am Existenzminimum voraussetzt. Und dabei sind die roten Zahlen überhaupt nicht nötig beziehungsweise selbstverschuldet. Mit budgetierten 622 Mio. Franken wird die Stadt Bern 2025 120 Mio. Franken mehr an Steuern einnehmen als noch 2015, also vor 10 Jahren. Das ist ein Plus von 24% in nur 10 Jahren. In der gleichen Zeit wird die Bevölkerung aber nur um etwa 5% gewachsen sein. Etwa im gleichen Ausmass wie die Steuern, um 23%, haben in den letzten Jahren aber eben auch die Personalkosten zugenommen. Die Zunahme wäre noch grösser, wenn Kühlewil noch Bern gehören würde. Der Fakt, dass die Personalkosten mit 23% zu 5% überproportional zum Bevölkerungswachstum angewachsen sind, spricht dafür, dass die Stadt Bern sehr viele Aufwände hat, die nicht, wie der Gemeinderat behauptet, wachstumsbedingt sind. Nein, der Anstieg von 67 Mio. Franken Personalkosten in nur 10 Jahren liegt zu einem sehr grossen Teil an einem massiven Leistungsausbau. Nur die Bevölkerung merkt von diesem Ausbau nichts, weil er mehrheitlich ideologisch getrieben ist. So haben zum Beispiel ein paar Personen bei der Verkehrsplanung erst gerade in einem Partizipationsprojekt in der Begegnungszone bei der ehemaligen Lehmann-Metzgerei in der Länggasse die schon bestehenden grossen Kreise am Boden mit kleineren Kreisen übermalt. Diese groteske Aktion wird viel Arbeitszeit gekostet haben, und ist, wenn auch im Kleinen, ein anschauliches Beispiel einer unnötigen Verschleuderung von Steuergeldern, das den Steuerzahlenden gegenüber ein Affront ist, so wie es eben auch die unzähligen Projekte sind, die die Stadt Bern ausführt, obschon sie auf privater oder auf Kantons- und Bundesebene schon wahrgenommen werden oder nicht ausgeführt werden müssten. Ihr kennt mittlerweile mein Lieblingsbeispiel, dass auch Teenager in der Stadt Bern in der Tagesschule neu 1 zu 6 anstatt 1 zu 10 betreut werden sollen. Oder soll ich bei diesem Betreuungsverhältnis eher sagen: "überwacht" werden? Hier sind wir im Grossen. Dieses Betreuungsverhältnis wird jedes Jahr mehrere Millionen Franken kosten.

Auf jeden Fall sieht die Stadt Bern für das 2025 auch weiterhin nur Leistungsausbau vor. Obschon die Verwaltung der Stadt Bern über 4'000 Angestellte hat, werden für die Erledigung von Aufgaben einfach immer neue Leute eingestellt, anstatt dass erstmal überprüft wird, ob von den Direktionen ausgeführte Leistungen erstens) überhaupt nötig sind und zweitens) wirklich der Bevölkerung zugutekommen, zweitens, ob man Projekte

nicht zugunsten anderer dringender Dinge zurückstellen oder gar ganz kompensieren könnte, und drittens, ob nicht Synergien genutzt werden könnten, viertens, ob Abläufe optimiert werden könnten.

Wir investieren hohe zweistellige Millionenbeträge in die Digitalisierung. Die Investition in die Informatik sollte doch die Massnahmen massiv effizienter machen. So fordert Kultur Stadt Bern mit einer Selbstverständlichkeit mehr Mittel für die Beratung für die Gesuche zur Kulturförderung. Wenn der Gesuchprozess Beratung braucht, ist der Gesuchprozess zu kompliziert. Dann muss man an diesem Prozess arbeiten und nicht zusätzlich Leute einstellen, um die Gesuchstellenden zu beraten. Apropos Kultur: Kultur ist wichtig. Aus diesem Grund wird sie von der Stadt Bern auch mit fast 38 Mio. Franken pro Jahr alimentiert. Vor 10 Jahren waren es mit rund 30 Mio. Franken 8 Mio. weniger, die in die Kultur geflossen sind. Auch hier hat ein massiver Ausbau stattgefunden. Wer anderes behauptet, kann oder will die Jahresrechnungen nicht lesen. So, genug mit negativ sein. Die Stadt Bern ist die schönste Stadt der Welt. Wir haben eine riesige Lebensqualität und es ist sehr wichtig, dass wir die Lebensqualität auch in der Zukunft aufrechterhalten können. Mit dem Budget 2025 und dem AFP 2026 bis 2028 ist die Lebensqualität aber gefährdet. Gemessen am Umsatz der Stadt Bern mögen die geplanten Defizite nicht gross erscheinen. Ich möchte aber wieder das rote Boot zum Vergleich bemühen. Auch ein vermeintlich kleines Loch im Rumpf führt über kurz oder lang zum Absaufen. Erstens, weil kontinuierlich Wasser ins Boot läuft, und zweitens, weil der Rumpf durch das Loch anfängt, morsch zu werden. Löcher in Booten werden aus diesem Grund so bald wie möglich geflickt. Wir dürfen es also nicht so weit kommen lassen, dass wir in der Stadt Bern ein Defizit in der Rechnung haben. Im Moment ist das Wasser ruhig. Wir sind ja noch in einer guten konjunkturellen Ausgangslage, aber es ziehen Wolken am Himmel auf. Die Absätze sind am Sinken. China geht es wirtschaftlich nicht gut, den USA und Deutschland schon länger nicht mehr. Es ist gar nicht klar, dass die Unternehmenssteuern so hoch bleiben, wie sie jetzt sind und dass das hohe Lohnniveau gehalten werden kann. Wir wissen auch, dass vor allem handwerkliche Betriebe oder produzierende Unternehmen zunehmend genug haben von den sich laufend verschlechternden Bedingungen in Bern und es nicht sicher ist, dass sie bleiben. Wir müssen die Löcher der Stadt Bern also jetzt stopfen, damit wir saniert in einen Sturm fahren können und auch mit weniger als ständig neuen Rekordsteuereinnahmen klarkommen könnten.

Auch zum Absaufen führen könnten die riesigen Schuldenberge, die die Stadt Bern anhäufen will. Um mehr als 80 Mio. Franken sollen sie 2025 wachsen und über 2 Mia. Franken hoch sollen sie Ende 2028 im Allgemeinen Haushalt sein, über 4 Mia. Franken hoch im Gesamthaushalt. In nur 10 Jahren hätten sich die Schulden also verdoppelt. Die Schulden haben nicht nur hohe Zinsbelastungen zur Folge. 2028 werden 66 Mio. Franken an Zinsen veranschlagt, fast doppelt so viel, wie wir für die Kultur ausgeben. Und ich halte an dieser Stelle fest: Zumindest Ursina zahlt offenbar lieber Geld an Banken als an die Kultur. Nein, Schulden müssen auch einmal abbezahlt werden und abzahlen der Schulden geht eben nur, wenn die Stadt Bern Überschüsse erzielt. Dass der Gemeinderat seine eigene Finanzstrategie in keinem einzigen Punkt einhält und dass er trotz der sehr düsteren Finanzaussichten kein Haushaltspaket schnüren will, empfinde ich und die Fraktion FDP/JF mehr als unverantwortlich. Es scheint, als lasse der Gemeinderat ein schwach sinkendes Schiff ins Meer hinausfahren, selbst bleibt er aber zurück am Land.

Die Fraktion FDP/JF weist das Budget 2025 also zurück und nimmt den AFP 2026 – 2028, so wie er jetzt ist, negativ zur Kenntnis. Die Fraktion FDP/JF verlangt, dass so schnell wie möglich ein Haushaltspaket geschnürt wird, das vorsieht, dass weniger mehr

ausgegeben wird und das aufzeigt, wie die Verschuldung in den Griff zu bekommen ist. Im Sinne der eigenen Finanzstrategie darf der Selbstfinanzierungsgrad von 70% nicht unterschritten werden.

Die entsprechend gestellten Minderheitsanträge der FIKO wird die Fraktion FDP/JF also annehmen. Und dann hat der Gemeinderat für 2025 ein Budget vorzulegen, das mindestens ausgeglichen ist. Dafür hat er Leistungen zu kürzen, die übergeordnete Anforderungen übersteigen, und er hat auf Leistungen zu verzichten, die schon von Dritten erbracht werden.

Diese Leistungen sind vor allem in der TVS, der BSS und der PRD zu kürzen. Die Direktionen haben im Gegensatz zur FPI und zur SUE proportional deutlich weniger eingespart.

Für die Entlastung des Budgets darf die Bevölkerung nicht mit höheren Steuern oder Gebühren belastet werden. Entsprechende Anträge lehnt die Fraktion FDP/JF entschieden ab. Und jetzt noch eine Replik zu den vorherigen Voten. Wir sind zwar erst in der Grundsatzdebatte, aber so viel zu den Anträgen: Wir fordern nicht die Abschaffung von Fachstellen, sondern einen Verzicht auf den geplanten Leistungsausbau. Bitte lest unsere Anträge genauer. Es wird uns vorgeworfen, dass wir keine konkreten Sparmassnahmen vorsehen. Erstens machen wir das und fordern ganz grundsätzlich, dass auf den vorgesehenen Leistungsausbau verzichtet wird und zweitens wäre es nicht zielführend, ohne die konkreten Abläufe und Details der Verwaltung zu konkret zu werden. Für mehr Details bräuchten wir mindestens einen Sitz mehr in der Regierung. Maurice hat es gesagt: Wir sind für Leitlinien und Leitforderungen zuständig, für die detaillierte Ausarbeitung ist der Gemeinderat zuständig.

Dann wird uns vorgeworfen, mit uns sei keine sachliche Diskussion möglich. Um zu diskutieren, müsste man eben zu Gesprächen eingeladen sein. Zumindest, als es um die Zukunft der KITAS der Stadt Bern ging, ist das ja bekanntlich nicht der Fall gewesen. Und abschliessend noch ein Kommentar zur Leistung des Gemeinderats in den letzten 2 Legislaturen: Einverstanden, unser Eigenkapital ist noch nicht aufgebraucht. In der Amtszeit der Gemeinderäte ist in den letzten Legislaturen die Verschuldung der Stadt Bern aber um mehr als 500 Mio. Franken gestiegen. Mit Schulden eine vermeintlich gute Finanzpolitik zu machen, schafft man halt mit links. Merci.

Präsidentin: Merci, Florence. Wir sind bei den Einzelvoten. Paula Zysset.

Paula Zysset (JUSO), Einzelvotum: Ich werde für die JUSO zu den Anträgen 7, 8, 10 und 19 der AL-PdA Stellung nehmen, weil wir uns dort anders verhalten werden als unsere Fraktion.

Zum Antrag 7: Wir werden dem Antrag zustimmen. Gerade in Zeiten, da der bürgerliche Kanton alle Hebel in Bewegung setzt, um die Steuern für Unternehmen zu senken, ist es wichtig, dass wir als Stadt dagegenhalten. Wir haben auch schon in der letztjährigen Budgetdebatte gesagt, dass wir es wichtig finden, die Stadtfinanzen auch von der Einnahmeseite her zu denken. Mit dem Ansatz, die Steueranlage für juristische Personen 20% höher anzusetzen als die allgemeine Gemeindesteueranlage, kann man die kantonalen gesetzlichen Möglichkeiten in diesem Bereich ausschöpfen und schafft der Stadt auch zusätzlichen finanziellen Spielraum.

Beim Antrag 8, einer allgemeinen Erhöhung der Steueranlage auf 1,7, werden wir uns allerdings enthalten. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass man zuerst den Spielraum bezüglich der juristischen Personen nützt und nicht von Anfang an eine Steuererhöhung auf alle Menschen abwälzt. Wir sehen auch aktuell die finanzielle Not nicht,

diese Erhöhung jetzt vorzunehmen. Für die Zukunft wollen wir uns dem aber nicht verweigern und finden nach wie vor, dass dies eine wichtige finanzpolitische Stossrichtung ist, die hier in der Stadt zu wenig mitgedacht wird. Darum werden wir uns enthalten. Den Antrag 10 zur Streichung des Eckwertes "Moody's-Rating" werden wir annehmen. Wir sehen zwar, dass das Rating den Startvorteil bringt, sehen aber, wie die Antragsteller auch, nicht ganz, was das aussagen soll, wo man doch das beste Rating hat, obwohl man die eigenen finanzstrategischen Ziele weit verfehlt. Wir sind der Meinung, dass man solche Ratings kritischer betrachten sollte. Bonitätseinschätzungen und das Vertrauen in sie haben in der Vergangenheit schon nicht unerhebliche Rollen in der Finanzkrise gespielt. Mit der Streichung dieses Eckwertes kann man dem oft auch fragwürdigen Verfahren und Geschäften von Rating-Agenturen und Bonitätsbewertungen etwas entgegensetzen. In logischer Folge werden wir auch dem Antrag 19 der AL/PdA zustimmen. Was bringt eine Finanzstrategie, die man sowieso nicht einhält? Eine neue, realistische Strategie, die nicht auf Schuldenangst und Sparwut beruht, würden wir begrüßen.

Präsidentin: Merci, Paula. Dann kommt Johannes Wartenweiler.

Johannes Wartenweiler (SP), Einzelvotum: In vielen grundsätzlichen Fragen sind wir uns zwischen links und rechts vermutlich nie einig und das ist vermutlich auch richtig so und das wird auch so bleiben. Ich möchte einfach ein paar Sachen, konkret 2, 3, einfach noch in den Raum stellen und fragen, ob ihr das wirklich so gemeint habt. Ihr behauptet, wir gäben Geld aus, das niemandem nützt. Ich weiss nicht, wie ihr auf diese Idee kommt. Wir versuchen immer und überall vor allem, Geld dorthin zu bringen, wo es direkt Nutzen für die Leute hat. Und das heisst, zum Beispiel für ein Projekt wie Publi-Bike, bei dem ihr seht, wer alles mit diesen Velos herumfährt und ihr sicher auch zu denen gehört, die sie nutzen. Oder eben der Betreuungsschlüssel von 1 zu 6 statt 1 zu 10: Sagt mir bitte, das nütze niemandem. Denn was gibt es fast nicht weniger als Kinder in der Stadt, die zur Schule gehen. Tut nicht so, als würden wir nur ein paar Bürokraten und Bürokratinnen bedienen mit dem Geld, das wir ausgeben. Das ist einfach falsch. Zweitens behauptet ihr, die Digitalisierung müsste billiger werden. Leider ist es nicht so, dass die Digitalisierung alles billiger macht. Sie macht gewisse Prozesse einfacher. Aber das, was damit verbunden ist, ist nicht einfacher, sondern aufwändiger und teurer. Und deswegen könnt ihr euch auch dort keine Hoffnungen machen, dass die Digitalisierung irgendwann wirklich Geld einschenken wird. Und das Dritte: Wir sind beim Schiff. Hier sind wir uns vielleicht nur einig in der Frage, dass es ein Schiff gibt. Für uns fährt das Schiff in relativ komplizierten Verhältnissen, aber es fährt seriös und solid und es wird auch in Zukunft fahren, und von einem Loch, das es bald einmal zum Absaufen bringen wird, sehen wir weit und breit nichts. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Hanno. Dann kommt Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP), Einzelvotum: Zuerst möchte ich der Verwaltung danken für die geleistete Arbeit und auch die Arbeit in Zukunft. In meinen Augen ist die Verwaltung nicht das Problem. Das Problem sitzt aufgereiht in der Reihe hinter mir. Es ist ein Gemeinderat, der es in den letzten Jahren geschafft hat, 1,5 Mia. Franken Schulden anzuhäufen. Logisch, Investitionen müssen getätigt werden. Wir es haben vorhin gehört, die Wunschliste ist lang, Sozialausgaben sollen sein, Kultur soll ein bisschen Geld haben, der Klimaschutz darf natürlich nicht zu kurz kommen. Das ist schön und gut. Aber ihr dürft nicht vergessen, dass wir in dieser Stadt in den letzten paar Jahren X

Debakel hatten, die hätten verhindert werden können. Ich rufe in Erinnerung: Das Altersheim Kühlewil. Bis 2020 für 30,8 Mio. Franken umgebaut/saniert, ein Jahr später hat man es für 12 Mio. Franken verkauft. Das sind auch Fehlbeträge. Das ist Geld, das fehlt, das müsst ihr eben sparen. Das tut eben dann weh und dann gibt es eben nachher Schulden. Weiter geht es. Citysoftnet: Ebenfalls ein Millionendebakel. Und wer hat es zu verantworten? Ihr hier drüben. Wir haben immer gewarnt vor solchen Sachen. Dasselbe gilt für Base4Kids. Wer waren die Kritiker? Das seid nicht ihr gewesen. Ihr habt uns verhöhnt, als wir gesagt haben, die Übung gehe nie auf. Dasselbe gilt auch – die Liste ist lang ich kann euch X Beispiele geben. Das nächste Beispiel wirft etwa die Frage auf, warum man im Westen von Bern ein Grundstück kauft für 3 Mio. Franken und darauf nur einen Spielplatz realisieren will – Geld, das man für anderes brauchen oder schlicht einsparen könnte. Andere Sachen: Zum Beispiel das Brunnengut, das man einfach für 300'000 Franken abgegeben hat, obwohl es in den Büchern mit fast 1 Mio. Franken steht und einen Verkehrswert von ungefähr 1,5 Mio. Franken hat, sprich Geld, das man einfach mit vollen Händen zum Fenster hinauswirft. Die Liste wird trotzdem nicht kleiner. Es geht hinten und vorne nicht auf, das weiss einer, der im ersten Lehrjahr ist. Das lernt man in der ersten Woche in der Berufsschule, dass das nie aufgehen kann in einem Betrieb. Das sollte der Gemeinderat auch wissen. Ich würde euch darum bitten, vielleicht einmal eine Lehre nachzuholen und einmal die Berufsschule zu besuchen, denn so kann es nicht weitergehen. Und vorher wurde gesagt, wir hätten ja keine Rezepte, wir hätten gar keine Ideen, wie wir die Schulden abbauen könnten. Doch, die haben wir. Es wurde vorhin von allen aufgezeigt, was wir bieten. Wir verlangen ganz klar die Vereinfachung der Prozesse und Abläufe directionsübergreifend, die Digitalisierung voranzutreiben, Nice-to-have-Projekte zurückzustellen, sich wirklich auf die Kernaufgaben zu konzentrieren, um die Schulden nachhaltig sanieren zu können, damit die Stadt Bern finanziell vielleicht einmal wieder auf Rosen gebettet sein wird. So wie ihr weitermacht, so wie wir weiterfahren, laufen wir fadengerade in einen Hammer hinein. Deshalb bitte ich euch ganz klar, das Budget heute Abend abzulehnen oder spätestens morgen.

Präsidentin: Danke, Janosch. Dann kommt Ursina Anderegg.

Ursina Anderegg (GB), Einzelvotum: Ich rede nicht mehr so lange wie vorhin. Ich will einfach noch versuchen, die Debatte in diesem Wahljahr wieder zu versachlichen. Vielleicht rasch: Béa Wertli, einfach eine fachliche Richtigstellung deiner Aussage, dass die Stadt irgendwie 2028 ein Problem mit dem Kanton bekommt. HRM2 des Kantons sieht vor, dass nach dem Zeitpunkt eines Bilanzfehlbetrags die Gemeinde 3 Jahre später einen Plan vorlegen muss, wie sie 8 Jahre nach dem ersten Finanzfehlbetrag den Haushalt wieder ausgleichen kann. Also bin ich jetzt nicht so sicher, dass wir 2028 an dem Punkt sind – ziemlich sicher nicht. Ich finde die Drohung, jetzt komme dann gerade der Kanton, ehrlich gesagt ein bisschen bemühend. Und zum Schluss einfach noch rasch einen kleinen poetischen Beitrag beziehungsweise ein kleines Zitat im Kontext irgendwelcher vermeintlich kaputter Boote, die da irgendwo herumschwimmen. Ich mache es auf Hochdeutsch, dann klingt es ein bisschen besser. "Wer rechnen kann, weiss, dass wir Ende 2021 bankrott sein werden. Drei Zahlen sind zu addieren. Das Ergebnis 2019 weist ein Defizit von rund 17 Mio. Franken auf. Das Defizit für das Jahr 2020 wird wohl zwischen 30 und 50 Mio. Franken liegen. Das prognostizierte Defizit für 2021 liegt trotz Sparmassnahmen bei rund 37 Mio. Franken. Damit werden wir Ende 2021 über kein Eigenkapital mehr verfügen." Das Zitat ist von Bernhard Eicher, ehemaliger FDP-

Stadtrat, aus der Budgetdebatte 2020. Heute haben wir Reserven von über 100 Mio. Franken.

Präsidentin: Merci, Ursina. Wenn es keine Einzelvoten mehr gibt –? Thomas Glauser.

Thomas Glauser (SVP), Einzelvotum: Es ist jedes Jahr die gleiche Debatte. Man will wieder mehr ausgeben, als man einnimmt. Seit 2019, da ich im Stadtrat bin, sind einfach die Ausgaben/Kosten gestiegen, gestiegen, gestiegen. Es ist immer alles bewilligt worden, nichts hinterfragt worden. Die Zinswende hat das Schulden machen nicht kostenlos gemacht. Seitdem wir die Zinswende haben, kostet Schulden machen relativ viel Geld. Im nächsten Jahr werden wir 53 Mio. Franken Schulden haben. Das bedeutet 2,3 Mio. Franken rein an mehr Zins, die wir werden zahlen müssen.

Ich frage mich halt schon manchmal. Man will Sachen machen, Fachstellen, die der Kanton bereits hat. Die Stadt fährt zum Teil immer so ein bisschen eigene Wege. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir jetzt die Bremse ziehen. Letztes Jahr hat es eine Volksabstimmung gegeben über das Budget. Und dabei ist herausgekommen, dass 56,4% der Bevölkerung Ja zum Budget gesagt haben. 56,4% haben letztes Jahr bei der Budgetabstimmung Ja gesagt. Da hat es trotzdem sicher sehr viele links-grüne Wähler, die das gleich sehen wie wir, die in der Minderheit sind. Und es könnte dann vielleicht mal sein, dass das Budget abgelehnt wird. Und ich ermahne euch, diese Anträge nicht alle anzunehmen. Ein Beispiel ist zum Beispiel, dass die Stadt auch wieder neue Stellen schafft. Einerseits führt man FIT 2 ein. Den Leuten, die in der Verwaltung arbeiten, kann man einen herzlichen Dank aussprechen. Die sparen, die werden dazu geknechtet, dass sie sparen. Vielleicht schafft man sogar Stellen ab. Und wir im Parlament machen wieder viele Schulden, schaffen neue Stellen, die unnötig sind, blasen das Zeug auf und sie müssen dann darunter leiden. Ich denke, das ist nicht die richtige Finanzpolitik in der Stadt Bern. Machen wir eine richtige Finanzpolitik, die attraktiv wird für den Steuerzahler, aber auch für alle, sodass wir auf eine gute Finanzpolitik in der Stadt hinarbeiten können.

Präsidentin: Danke, Thomas. Dann hat jetzt Gemeinderat Michael Aebersold das Wort.

Michael Aebersold, Direktor FPI: Nachdem sich mutmasslich plus/minus der halbe neue Gemeinderat jetzt schon zu den Finanzen geäussert hat, bin ich natürlich sehr happy, dass jetzt auch der bisherige Gemeinderat noch zu Wort kommt.

Ich habe draussen, das möchte ich gerade einleitend festhalten, ein schwarzes Velo auf dem Rathausplatz und nicht ein rotes Motorboot auf dem Neuenburgersee, sehe aber nicht schwarz. Ich sehe auch nicht rot. Ich möchte aus aktuellem Anlass kurz auf die Motion eingehen, die ihr vorhin überwiesen habt und einfach meinem Erstaunen Ausdruck geben, GLP ausgeschlossen. Es kommt vor, dass der Gemeinderat doch hie und da versucht, Prioritäten zu setzen, dort wo es möglich ist und wo es nötig ist. Wir haben begründet, dass man darauf verzichten kann, weil es in 15 Minuten Gehdistanz in Bümpliz ein solches Becken gibt, dass wir 50 Mio. Franken in ein super Weyerli investiert haben. Und jetzt kommt euch nichts Besseres in den Sinn, als hier grossmehrheitlich gerade wieder noch einmal 7 Mio. zu investieren. Betriebskosten, Unterhaltskosten sind darin nicht eingeschlossen. Also das ist für mich nicht konsequent. Es ist auch nicht das erste Mal, dass die Priorisierungen des Gemeinderates rückgängig gemacht werden, beispielsweise beim Lorrainebad. Jetzt komme ich eben zum AFP und wie immer hier zu einer Wasserstandsmessung. Ich mache ja das immer im Rahmen des Budgets. Wie in den letzten Jahren üblich, will ich euch mitteilen, dass wir heute

davon ausgehen, dass das Budget 2024 plus/minus erreicht wird. Das heisst, wir erwarten das Defizit von rund 40 Mio. Franken und ich sage euch jetzt heute hier klar und deutlich: Erwartet nicht das Wunder, dass wir dann plötzlich doch noch 20 oder 30 oder noch mehr Millionen mehr Steuereinnahmen haben, die Korrekturen haben wir gemacht. Das heisst aber auch, liebe Stadträtinnen und Stadträte, jede zusätzliche Ausgabe, die ihr heute hier drin beschliesst, können wir nicht aus der laufenden Rechnung, aus dem Cashflow, zahlen, sondern die führt zu einer Verschuldung. Ich komme jetzt zum AFP 2025 – 2028, den ich doch unter die Attraktivität dieser Stadt stelle, der zeigt, wie hochattraktiv wir sind. Und es wurde gesagt: Bei Ausgaben von 1,4 Mia. Franken ist ein Defizit von 28 Mio. 2%. Es ist einfach im Rahmen der Ungenauigkeit. Es ist schon so, dass wir gegenüber dem Vorjahresbudget die Steuereinnahmen um über 40 Mio. nach oben korrigieren können. Wir machen das mit gutem Wissen und Gewissen im Wissen darum, dass wir jetzt ausgereizt haben, was da möglich ist, und entsprechend etwa 600 Mio. Franken Steuereinnahmen erwarten. Wir gehen davon aus, dass es ein weiteres Wachstum gibt, dass wir zusätzliche natürliche Personen haben, die in die Stadt reinkommen und dort ist die Entwicklung sehr erfreulich und das ist alles eine positive Entwicklung, die für den Gemeinderat eine direkte Folge der Attraktivität dieser Stadt Bern ist. Wir wachsen, sind cool als Wohn- und Wirtschaftsstandort. Die Stadt Bern ist extrem finanzstark. Ich komme dann darauf zurück. Das heisst nicht, dass wir sorglos sein können, aber wir sind extrem finanzstark. Wir unterstützen, wir finanzieren den Kanton zu einem grossen Teil, der übrigens heute Nachmittag hier wieder eine Lex Bern verabschiedet hat, die ich skandalös finde, wobei ich nicht verstehe, dass auch die bürgerlichen Grossrätinnen und Grossräte hier drin einfach zustimmen, damit man im Rahmen des FiLaG, dem Finanz- und Lastenausgleich, der Stadt Bern auch wieder Geld wegnehmen kann, das man anderen dann zustellen will. Das verstehe ich wirklich nicht. Ich habe alle Grossräte informiert. Offensichtlich hat es nichts genützt. Zu den hohen Investitionen muss ich einfach auch etwas sagen. Das ist so. Wir haben bereits letztes Jahr 160 Mio. Franken ausgegeben, real existierend ausgegeben, und zwar nicht, weil wir einfach gerne ein bisschen investieren. All diese Projektinvestitionen haben übrigens in den Volksabstimmungen zwischen 80 und 90% Zustimmung. Ja, eigentlich würde ich das Gleiche erwarten beim Budget – wenn dann die Rechnung kommt, oder, der Wirt mit der Rechnung. Sie ist dann ein bisschen tiefer, aber immerhin doch eine gute Zustimmung. Wir haben jetzt noch höhere Ausgaben geplant – 190 Mio. Franken. Im Vorjahr waren es 183 Mio. Franken. Wir wissen, dass wir nicht ganz so viel investieren werden. Wir haben eine Ka-We-De, zu der, glaube ich, hier drin alle oder fast alle sagen: Super, machen wir das. Das sind 26 Mio. Franken, die wir nächstes Jahr zahlen müssen. Wir haben die Volksschule Goumoëns, für die wir auch fast 20 Mio. Franken zahlen, im Tiefbau 35 Mio. Franken, auch dann zum Teil Klimamassnahmen, also, alles Sachen, die wichtig sind, wegen derer wir einfach im Moment nicht darum herumkommen, uns neu zu verschulden. Es ist so. Im Moment rechnen wir gemäss Planung – die Realität sehen wir ja dann Ende 2025 – mit rund 80 Mio. Franken. Zu den neuen Aufgaben, dem Leistungsausbau von 11,1 Mio. Franken: Es kommt immer die Geschichte, das Bevölkerungswachstum sei kleiner, also warum? Ich habe hier drin X mal gesagt, dass, wenn wir ein Schülerinnen- und Schülerwachstum von 20% haben über 10 Jahre, bedeutet das neuen Schulraum, mehr Kinderbetreuung, mehr Geld in den Finanz- und Lastenausgleich. Die Digitalisierung ist genannt worden, die Klimamassnahmen sind genannt worden, für all das müssen wir investieren. Ich bin überzeugt, dass das gute Investitionen sind, gerade wenn man sieht, was aufgrund des Klimawandels passiert, diese grossen Schäden. Das kostet dann mehrere Milliarden. Wenn wir das damit vermeiden können, tun wir gut daran, jetzt im Moment dort auch

zu investieren. Und etwas, das halt auch Tatsache ist. Der Kanton. Wir zahlen jedes Jahr mehr in den Lastenausgleich von heute auf morgen. Vom letzten Jahr zum jetzigen sind das 14 Mio. Franken mehr, die die Stadt Bern dem Kanton in den Finanz- und Lastenausgleich zahlt. Ich will mich nicht beklagen, aber ich will betonen, dass der finanzielle Spielraum eng bleibt. Nichtsdestotrotz: Wenn ihr euch die Mühe gemacht habt, die Planjahre des letzten Jahres zu vergleichen mit diesem Jahr – wir sind in allen Plänen besser als noch vor einem Jahr, trotz dieser hohen Ausgaben.

Wir erfüllen im Moment die Vorgaben der Finanzstrategie nicht. Auch das sage ich immer wieder. Wir haben diese in einer äusserst schwierigen Zeit gemacht. Man hätte, wie andere Städte es getan haben, sagen können: Wir sind zufrieden, wenn wir einen Steuerzehntel Bilanzüberschuss haben. Wir sind zufrieden, wenn wir 200% Bruttoverschuldung haben. Das haben wir nicht gemacht. Das machen wir auch bei den Klimazielen nicht. Wir haben ambitionöse Ziele, von denen wir im Moment wissen, dass es verdammt schwierig und zum Teil fast nicht möglich ist, die einzuhalten. Aber es soll der Leuchtturm sein, der uns, der der Stadt über die nächsten Jahre die Richtung zeigt; auch bei kleinen Ausgaben, auch wenn es nur 100'000 sind, wenn es 50'000 sind, wenn es in eine Investition von 7 Mio. ist.

Ich möchte noch zu den übergeordneten Anträgen etwas sagen, also zu all diesen Rückweisungen verbunden mit Auflagen. Ich habe es gesagt, wenn die FDP und die SVP zuerst, bevor wir in die Budgetdebatte gehen, Mehrausgaben beschliessen, dann sollten eigentlich die meisten dieser Anträge zurückgezogen werden. Steuern: Ich glaube, dort, wo wir sind, ist ein guter Ort. Wir sind extrem tief mit 1,54. Das muss ich euch auch sagen. Ich war kürzlich in Oberburg und dann haben wir über Finanzen gesprochen. Oberburg hat über 4 Mio. Franken für eine Kita investieren müssen bei einem Budget von 12 Mio. Franken. Jetzt könnt ihr das einmal mal 100 rechnen, dann ist das die Grössenordnung der Stadt Bern oder dann investieren wir 400 Mio. Franken. Und dann habe ich gefragt: Was habt ihr für einen Steuersatz? – Die haben 1,84. Du kannst den Kopf schon schütteln, es ist so, die haben einen Steuersatz von 1,84. Ich muss sagen, wenn die Stadt Bern diesen Steuersatz in den letzten 4 Jahren gehabt hätte, hätten wir jetzt fast eine halbe Milliarde auf der hohen Kante. Wir wollen das nicht. Unser Ziel ist es, mit dem tiefen Steuersatz – wir gehören zu den 20 tiefsten Steuersätzen im Kanton – durchzukommen und das braucht einen Effort von allen. Entlastungspaket: Auch das habe ich gesagt. Wir haben es einmal drin gehabt, wir sind überzeugt: Im Moment braucht es das nicht. Wir müssen schauen, wie die Rechnung 2024 abschliesst. Es wird ganz entscheidend sein. Irgendwann wird ein Entlastungspaket wieder ein Thema sein. Ich trete nicht deswegen nicht an, weil ich mich dieser Diskussion nicht stelle. Aber 2025 wird das sicher ein Thema sein, wenn wir dann wissen, wie die Rechnung abgeschlossen hat.

Investitionen, Bruttoverschuldung: Das sind alles nicht realistische Anträge. Priorisierung der Zinslast: Das machen wir sowieso. Diese Vorgaben haben wir, dass wir schauen, dass nicht einfach sämtliche Schulden im gleichen Jahr refinanziert werden müssen. Und also, die Baustandards: Wenn wir diese wieder überprüfen müssen, ist das wirklich reine Beschäftigung. Das haben wir im Rahmen von FIT gemacht. Ja, dann kommt mir ein bisschen in den Sinn: "Und täglich grüsst das Murmeltier". Also, ich wäre euch sehr dankbar, wenn ihr den nicht annehmt. Pensionskassenpersonal ist, glaube ich, selbstredend. Immer wieder neu: Die Stadt Bern kann bei den Löhnen nicht unbedingt mithalten. Wir haben attraktive Arbeitsbedingungen, was die Arbeitszeit, was die Ferien, den Elternurlaub anbetrifft, aber das macht uns auch aus. Und daran wollen wir und müssen wir auch festhalten. Zur Finanzstrategie habe ich mich geäussert.

Ich bin viel zu schnell gewesen, bin aber trotzdem jetzt fertig und freue mich jetzt auf die weitere Debatte. Danke.

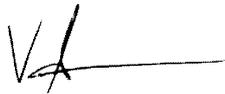
Präsidentin: Merci vielmals, Michael. Ich sage noch etwas dazu, wie wir nach der Pause fortfahren. Wir haben sehr viele Anträge. Und direkt nach der Pause werden wir über die übergeordneten Anträge abstimmen. Und wie ihr auf der Antragsliste seht, hat es einzelne Anträge, die entweder grau oder blau hinterlegt sind. Und diese werden jeweils gegenübergestellt. In anderen Abstimmungen sage ich jeweils noch ein Stichwort dazu, damit alle wissen, wo wir sind. Aber ihr könnt euch vorstellen, dass ich das bei 130 Anträgen nicht mache. Das heisst, es wird sehr grosse Konzentration brauchen. Ich werde jeweils die Nummer sagen und von wem der Antrag ist, und das werden wir nach der Pause probieren. Wir starten direkt um 20.30 Uhr und ich rate allen pünktlich zu sein. Aber ihr wisst selbst. Ich denke, es wird sich lohnen. Dann wünsche ich euch allen einen guten Appetit und bin später.

Schluss der Sitzung: 18.58 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.11.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

08.11.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER
Redaktion: Anita Flessenkämper

Anwesenheit in der Sitzung von 20.30 bis 22.35 Uhr

Stadtrat anwesend

Valentina Achermann, Präsidentin

Yasmin Amana Abdullahi	Muriel Graf	Matteo Micieli
Janina Aeberhard	Lukas Gutzwiller	Szabolcs Mihályi
Timur Akçasayar	Bernadette Häfliger	Tanja Miljanovic
Debora Alder-Gasser	Bernhard Hess	Niklaus Mürner
Lena Allenspach	Thomas Hofstetter	Dominic Nellen
Ruth Altmann	Matthias Humbel	Barbara Nyffeler
Emanuel Amrein	Stephan Ischi	Cemal Özçelik
Ursina Anderegg	Seraphine Iseli	Florence Pärli Schmid
Mirjam Arn	Ueli Jaisli	Halua Pinto de Magalhães
Oliver Berger	Bettina Jans-Troxler	Ronja Rennenkampff
Tom Berger	Anna Jegher	Simone Richner
Natalie Bertsch	Raffael Joggi	Claudio Righetti
Lea Bill	Nora Joos	Mirjam Roder
Laura Binz	Barbara Keller	Sarah Rubin
David Böhner	Ingrid Kissling-Näf	Judith Schenk
Michael Burkard	Fuat Köçer	Chandru Somasundaram
Francesca Chukwunyere	Nora Krummen	Ursula Stöckli
Sibyl Eigenmann	Anna Leissing	Irina Straubhaar
Nik Eugster	Christoph Leuppi	Bettina Stüssi
Jelena Filipovic	Corina Liebi	Johannes Wartenweiler
Sofia Fisch	Maurice Lindgren	Lukas Wegmüller
Dominik Fitze	Simone Machado	Béatrice Wertli
Katharina Gallizzi	Denise Mäder	Janosch Weyermann
Franziska Geiser	Esther Meier	Markus Zürcher
Thomas Glauser	Daniel Michel	Paula Zysset

Stadtrat entschuldigt

Gabriela Blatter	Mehmet Özdemir	Michael Ruefer
Salome Mathys		

Gemeinderat

Alec von Graffenried PRD	Michael Aebersold FPI	Marieke Kruit TVS
Reto Nause SUE	Franziska Teuscher BSS	

Stadtkanzlei

Claudia Mannhart, Stadtschreiberin
Nora Lischetti, Vizestadtschreiberin

Ratssekretariat

Nadja Bischoff, Leiterin Ratssekretariat
Mago Flück, Ratsweibel
Franck Brönnimann, Stv. Ratsweibel
Cornelia Stücker, Sekretariat

2023.FPI.0096

3 Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2025 – 2028 mit Budget 2025 (Abstimmungsbotschaft)

Fortsetzung Grundsatzdebatte

Präsidentin: Herzlich willkommen zurück, liebe Kolleg*innen, liebe Medienschaffende, liebe Besuchende und Zuhörende, wie vor der Pause angekündigt, kommen wir jetzt gerade direkt zu den Abstimmungen. Sie können also die Antragsliste hervorheben. Wie bereits gesagt, ich werde jeweils die Nummer des Antrags sagen und wer ihn eingereicht hat. Ich werde auch nicht sagen, ob es ein Budgetantrag ist oder eine Planungserklärung. Und was auch noch wichtig ist: Es geht immer nach dem gleichen Prozedere. Wenn es eine Gegenüberstellung gibt, ist das Erste, was ich sage, immer Grün. Und das Zweite, was ich sage, ist immer Rot. Genau, wenn es Verwirrung gibt oder etwas unklar ist, sage ich es noch einmal oder wiederhole es. Sie sehen auch, wir fangen natürlich von oben bis unten an, aber sie sehen, dass die Zahlenteile wie ein bisschen durchmischt sind. Wir fangen zum Beispiel mit Nummer 3 an. Das ist so. Beim ersten Versand haben wir einfach alle, die reingekommen sind nummeriert und nachher beim zweiten und dritten Versand haben wir die Nummerierung vorgesetzt und nachher dort eingeordnet, wo es Sinn ergeben hat. Ich hoffe, das ist klar so weit. Dann fangen wir an mit einer Gegenüberstellung: Wer den Antrag der FIKO-Minderheit Nummer 3 annehmen will, drückt Grün, wer den Antrag Nummer 4 der FIKO-Minderheit will, drückt Rot.

Antrag

3 FIKO-Minderheit

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Budget wird mit folgendem Auftrag an den Gemeinderat zurückgewiesen:

- 1) Das Budget einer antizyklischen Finanzpolitik zu unterlegen, um in den kommenden Planjahren Überschüsse zu erzielen;
- 2) Massnahmen zu ergreifen, um das Budget **jährlich um CHF 20 Mio. zu entlasten**;
- 3) Die Budgetplanung auf vorsichtigeren Prognosen, insbesondere im Bereich der Steuereinnahmen, zu stützen.

4 FIKO-Minderheit

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Budget 2025 wird vom Stadtrat an den Gemeinderat zur Überarbeitung auf ein **ausgeglichenes Budget** mit folgenden Auflagen zurückgewiesen:

1. Sparmassnahmen werden grundsätzlich aufwandseitig vorgenommen.
2. Auf die Einführung oder Erhöhung von Steuern und Gebühren ist zu verzichten.

92 SVP

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Geschäft sei an den Gemeinderat zurückzuweisen mit der Auflage, den Steuersatz von 1.54 auf 1, 49 zu senken; das Budget 2025 darf **kein Defizit** ausweisen; es dürfen keine neuen Aufgaben (ohne Kompensation) übernommen werden; es sei eine Verzichtsplanung insbesondere bei Investitionen vorzulegen, dabei sei zu priorisieren, welche Ausgaben vorangestellt werden sollen; dies unter Angabe der entsprechenden Gründe.

Abstimmung Nr. 006

2023.FPI.0096: Antrag 3 vs. Antrag 4

Antrag 3 obsiegt

Ja	64
Nein	5
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag Nummer 3 angenommen. Das heisst, der obsiegende Antrag ist der Antrag Nummer 3. Den stellen wir dem Antrag der SVP gegenüber: Wer den Antrag Nummer 3 bevorzugt, drückt Grün, wer den Antrag der SVP bevorzugt, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 007

2023.FPI.0096: Antrag 3 vs. Antrag 92

Antrag 3 obsiegt

Ja	60
Nein	7
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag Nummer 3 hat 60 Stimmen bekommen, der Antrag der SVP 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 3 der FIKO-Minderheit.

Abstimmung Nr. 008

2023.FPI.0096: Antrag 3

Ablehnung

Ja	23
Nein	45
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir kommen zur nächsten Gegenüberstellung, und zwar Antrag Nummer 6 der FIKO-Minderheit, dort drückt ihr Grün und wer für den Antrag Nummer 93 der SVP ist, drückt Rot.

Antrag

6 FIKO-Minderheit

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Die vom Gemeinderat beschlossenen zusätzlichen, freiwilligen und nicht von Dritten (Bund und Kanton) finanzierten Stellen sind vollumfänglich intern zu kompensieren. Gemäss Budget 2025 geht es um 35.05 Stellen mit einem Aufwand von CHF 2'130'496.

93 SVP

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Dem Gemeinderat sei die Auflage zu erteilen, allfällige neuen Stellen vollumfänglich mit den vorhandenen Stellenprozenten zu kompensieren.

Abstimmung Nr. 009

2023.FPI.0096: Antrag 6 vs. Antrag 93

Antrag 6 obsiegt

Ja	62
Nein	6
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag Nummer 6 der FIKO-Minderheit. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 6 der FIKO-Minderheit.

Abstimmung Nr. 010

2023.FPI.0096: Antrag 6

Ablehnung

Ja	15
Nein	54
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über den Rückweisungsantrag der FDP/JF-Fraktion, Antrag Nummer 1.

Antrag

1 FDP/JF

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Budget 2025 ist zur Ausarbeitung einer mindestens ausgeglichenen Rechnung an den Gemeinderat zurückzuweisen. Dafür hat er:

- 1) Leistungen zu kürzen, die übergeordnete Anforderungen (von Kanton oder Bund) übersteigen.
- 2) Auf Leistungen zu verzichten, die bereits vollständig oder in ähnlicher Weise durch Dritte erbracht werden.
- 3) Keine zusätzliche Belastung der Bevölkerung durch Steuern oder Gebühren vorzusehen.

Abstimmung Nr. 011

2023.FPI.0096: Antrag 1

Ablehnung

Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag der FDP/JF-Fraktion, Antrag Nummer 2.

Antrag

2 FDP/JF

Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Budget 2025 ist zur Anpassung an den Gemeinderat zurückzuweisen. Er hat bei der TVS, der BSS und der PRD auf jeweils 3% freiwillige Leistungen zu verzichten und/oder diese zu optimieren, sodass das Budget mindestens ausgeglichen wird.

Abstimmung Nr. 012

2023.FPI.0096: Antrag 2	
Ablehnung	
Ja	16
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 5 der FIKO-Minderheit, ebenfalls einen Rückweisungsantrag.

Antrag
5 FIKO-Minderheit
Budget, übergeordnet

Rückweisung: Das Budget sei mit der Auflage zurückzuweisen, dass es bei gleichbleibender Steueranlage der Finanzstrategie des Gemeinderats vom Juni 2021 besser entspricht.

Abstimmung Nr. 013

2023.FPI.0096: Antrag 5	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	46
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 7 der AL-PdA.

Antrag
7 AL-PdA
Budget, übergeordnet

Die Steueranlage für die Gewinn- und Kapitalsteuern der juristischen Personen ist gegenüber der allgemeinen Steueranlage der Gemeindesteuern um 20 Prozent höher festzusetzen.

Abstimmung Nr. 014

2023.FPI.0096: Antrag 7	
Ablehnung	
Ja	10
Nein	59
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag Nummer 7 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 8 der AL.

Antrag
8 AL
Budget, übergeordnet
Die Steueranlage ist auf 1,7 festzusetzen.

Abstimmung Nr. 015

2023.FPI.0096: Antrag 8	
Ablehnung	
Ja	5
Nein	64
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Antrag Nummer 3 ist zurückgezogen, das ist der gleiche wie der Antrag Nummer 7. Es gibt eine Gegenüberstellung des Antrags Nummer 10 der AL-PdA, der ist Grün, gegenüber dem Antrag Nummer 11 der FIKO. Der ist Rot.

Antrag
10 AL/PdA
Eckwerte, übergeordnet
Der strategische Eckwert der Finanzplanung "Moody's-Rating von Aa1" ist ab PJ 2025 zu streichen.
11 FIKO
Eckwerte, übergeordnet
Zu Kapitel 2.3.3: Anpassung Strategischer Eckwert der Finanzplanung:
Steuerungsbereich Kapitalstruktur und Verschuldung:
~~Die Stadt strebt weiterhin ein Moody's-Rating von Aa1 an.~~ **Die Stadt Bern strebt weiterhin ein sehr gutes Bonitäts-Rating durch eine allgemein anerkannte Agentur an.**

Abstimmung Nr. 016

2023.FPI.0096: Antrag 10 vs. Antrag 11	
Antrag 11 obsiegt	
Ja	7
Nein	65
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist Antrag Nummer 11 der FIKO mit 65 Stimmen. Der Antrag Nummer 10 der AL-PdA hat 7 Stimmen bekommen bei 0 Enthaltungen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 11.

Abstimmung Nr. 017

2023.FPI.0096: Antrag 11	
Annahme	
Ja	70

Nein	1
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 11 ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 12 der FIKO-Minderheit.

Antrag

12 FIKO-Minderheit

Eckwerte, übergeordnet

Zu Kapitel 2.3.1: Neuer Eckwert zum Steuerungsbereich Erfolgsrechnung ist wie folgt aufzunehmen: **Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2026 vor, spätestens 2027.**

Abstimmung Nr. 018

2023.FPI.0096: Antrag 12	
Ablehnung	
Ja	26
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 12 ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 13 der FIKO-Minderheit.

Antrag

13 FIKO-Minderheit

Eckwerte, übergeordnet

Zu Kapitel 2.3.1: Neuer Eckwert zum Steuerungsbereich Erfolgsrechnung ist wie folgt aufzunehmen: **Die Stadt hält sich bei neu zugeordneten Aufgaben in der Regel an den vorgegebenen Mindeststandard im Kanton Bern. Sie geht nicht darüber hinaus.**

Abstimmung Nr. 019

2023.FPI.0096: Antrag 13	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 14 der FIKO.

Antrag

14 FIKO

Eckwerte, übergeordnet

Zu Kapitel 2.3.2: Ergänzung Strategischer Eckwerte der Finanzplanung: Steuerungs-
bereich Investitionen und Selbstfinanzierung: **Die laufenden Investitionen sind jähr-
lich wiederkehrend im Hinblick auf eine möglichst tiefe Zinsbelastung zu priori-
sieren.**

Abstimmung Nr. 020

2023.FPI.0096: Antrag 14	
Annahme	
Ja	48
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 15 der FIKO-
Minderheit.

Antrag

15 FIKO-Minderheit

Eckwerte, übergeordnet

Zu Kapitel 2.3.2: Neuer Eckwert der Finanzplanung: Steuerungs-
bereich Investitionen und Selbstfinanzierung: **Über den gesamten Planungshorizont ist ein Selbstfinan-
zierungsgrad von mindestens 50% einzuhalten.**

Abstimmung Nr. 021

2023.FPI.0096: Antrag 15	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 16
der FIKO-Minderheit.

Antrag

16 FIKO-Minderheit

Eckwerte, übergeordnet

Zu Kapitel 2.3.3: Neuer Eckwert der Finanzplanung: Steuerungs-
bereich Kapitalstruktur und Verschuldung: **Ab dem Planjahr 2027 ist der Aufwand so zu kürzen, dass die
Grenze von 30 Millionen Franken Neuverschuldung nicht überschritten wird, dies,
ohne diejenigen Investitionen zu kürzen, die im wachsenden Schaden stehen.**

Abstimmung Nr. 022

2023.FPI.0096: Antrag 16	
Ablehnung	
Ja	25
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Es gibt eine Gegenüberstellung des Antrags Nummer 17, das ist FDP/JF, SVP, Mitte. Wer den bevorzugt, drückt Grün und wir stellen ihn dem Antrag Nummer 18 gegenüber, ebenfalls von den gleichen Einreichenden. Wer den bevorzugt, drückt Rot.

Antrag

17 FDP/JF, SVP, Mitte

Planjahr, übergeordnet

Die Arbeitgeberbeiträge BVG sollen 50% betragen. Personalreglement und Verordnung sind entsprechend anzupassen.

18 FDP/JF, SVP, Mitte

Planjahr, übergeordnet

Die Arbeitgeberbeiträge BVG sollen analog der Regelung beim Kanton Bern 58% betragen.

Abstimmung Nr. 023

2023.FPI.0096: Antrag 17 vs. Antrag 18

Antrag 18 obsiegt

Ja 33

Nein 40

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 18 ist der obsiegende. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 18.

Abstimmung Nr. 024

2023.FPI.0096: Antrag 18

Ablehnung

Ja 18

Nein 56

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 18 ist abgelehnt. Es gibt wieder eine Gegenüberstellung der Anträge Nummer 19, 20 und 21. Wir fangen an mit dem Antrag AL/PdA Nummer 19, der ist Grün, gegenüber dem Antrag FDP/JF Nummer 20, der ist Rot.

Antrag

19 AL/PdA

Planjahr übergeordnet

Die Finanzstrategie ist ab PJ 2025 nicht weiter zu verfolgen.

20 FDP/JF

Planjahr, übergeordnet

Der Gemeinderat hat einen AFP 2026-2029 vorzuweisen, der die Finanzstrategie vom Juni 2021 einhält.

21 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Die Finanzstrategie im AFP ist so anzupassen, damit ein Umgang mit der Neuverschuldung gefunden werden kann. Der Gemeinderat wird beauftragt strategische Eckwerte für folgende Parameter zu definieren: - Wie viele Jahre die Neuverschuldung noch dauern soll; - Wie der steigende Schuldendienst finanziert werden kann; - Wie die angehäufte Schuldenlast wieder auf ein definiertes Niveau abgebaut werden kann.

Abstimmung Nr. 025

2023.FPI.0096: Antrag 19 vs. Antrag 20	
Antrag 19 obsiegt	
Ja	46
Nein	27
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 19 der AL-PdA ist obsiegend. Das heisst, wir stellen den Antrag der FIKO-Minderheit Nummer 21 gegenüber. Wer für den Antrag der AL-PdA ist, drückt Grün. Wer für die FIKO-Minderheit ist, drückt Rot.

Abstimmung Nr. 026

2023.FPI.0096: Antrag 19 vs. Antrag 21	
Antrag 19 obsiegt	
Ja	41
Nein	32
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag Nummer 19 der AL-PdA. Wir stimmen ab über den obsiegenden Antrag Nummer 19 der AL-PdA.

Abstimmung Nr. 027

2023.FPI.0096: Antrag 19	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Es gibt wieder eine Gegenüberstellung der Anträge 22, 23 und 24. Wer für den Antrag der FIKO-Minderheit, Nummer 22 ist, 20 Mio. Franken, drückt Grün. Wer für den Antrag der FDP-JF ist, drückt Rot.

Antrag

22 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Ab dem Planjahr 2027 (oder für den AFP) sind Entlastungsmassnahmen im Umfang von jährlich 20 Millionen Franken vorzusehen, so wie sie der Gemeinderat bereits einmal eingeplant hatte.

23 FDP/JF

Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat hat ein Entlastungspaket mit Wirkung ab 2026 vorzulegen, dass mindestens eine ausgeglichene Rechnung vorsieht. Folgende Anforderungen sind für das Paket vorzusehen:

- 1) Die Entlastung muss ausgabenseitig sein.
- 2) Sie darf dringend benötigte Investitionen für Kernaufgaben der Gemeinde (insbesondere Schulraum) nicht tangieren.
- 3) Für die Entlastung müssen prioritär Leistungen, die bereits durch Private oder Dritte vollständig oder in ähnlicher Weise angeboten werden, gestrichen werden.
- 4) Die Entlastung muss gleichmässig von den Direktionen vorgenommen werden. Von den Direktionen im Rahmen von FIT II bereits getätigte Entlastungen werden jeweils angerechnet.
- 5) Die Bevölkerung darf nicht durch höhere Steuern oder Gebühren belastet werden.

24 FIKO

Minderheit Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat legt ein Haushaltsverbesserungspaket mit Wirksamkeit ab 2026 vor. Das Paket muss vorsehen, dass die Stadt 2026 bis 2028 keine Defizite schreibt

Abstimmung Nr. 028

2023.FPI.0096: Antrag 22 vs. Antrag 23

Antrag 22 obsiegt

Ja	42
Nein	29
Enthalten	1

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag der FIKO-Minderheit, 20 Mio. Franken. Wir stellen der Antrag der FIKO-Minderheit, 20 Mio. Franken, der ist Grün, dem Antrag der FIKO-Minderheit, kein Defizit, gegenüber, der ist Rot.

Abstimmung Nr. 029

2023.FPI.0096: Antrag 22 vs. Antrag 24

Antrag 22 obsiegt

Ja	50
Nein	24
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag FIKO-Minderheit mit 20 Mio. Franken. Wir stimmen ab über den Antrag FIKO-Minderheit mit 20 Mio. Franken.

Abstimmung Nr. 030

2023.FPI.0096: Antrag 22

Ablehnung

Ja	25
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 94, der Antrag der SVP.

Antrag
94 SVP

Planjahr übergeordnet

Gemäss AFP erbringt die Stadt Bern Leistungen über dem gesetzlichen Minimum und den kantonalen Vorgaben. Dies führt zu Mehrausgaben. Dazu ist die Stadt nicht verpflichtet. Künftig sind solche Mehrausgaben im AFP separat auszuweisen und zu begründen.

Abstimmung Nr. 031

2023.FPI.0096: Antrag 94	
Ablehnung	
Ja	26
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 25 der FDP/JF, SVP, GLP/JGLP/EVP und die Mitte.

Antrag
25 FDP/JF, SVP, GLP/JGLP/EVP, Mitte

Planjahr übergeordnet

Zur Stabilisierung des Bruttoverschuldungsanteils soll der Gemeinderat dem Stadtrat in Zukunft Aufgaben- und Finanzpläne (AFP) vorlegen, welche der Vorgabe folgen, dass der Bruttoverschuldungsanteil in den jeweils ersten beiden Planjahren die Obergrenze von 140% nicht überschreiten darf.

Abstimmung Nr. 032

2023.FPI.0096: Antrag 25	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 26 der FDP/JF, SVP, Mitte.

Antrag
26 FDP/JF, SVP, Mitte

Planjahr übergeordnet

Im AFP ist festzuhalten, dass die Wirtschaftsförderung ein wichtiges Ziel ist und es ist aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen dieses erreicht werden soll.

Abstimmung Nr. 033

2023.FPI.0096: Antrag 26	
--------------------------	--

Ablehnung

Ja	27
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag 27 der FDP/JF, SVP, Mitte.

Antrag

27 FDP/JF, SVP, Mitte

Planjahr übergeordnet

Die Wochenarbeitszeit soll für Angestellte der Stadt Bern grundsätzlich auf 42 Stunden angehoben werden.

Abstimmung Nr. 034

2023.FPI.0096: Antrag 27

Ablehnung

Ja	18
Nein	55
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 28 der FDP-JF.

Antrag

28 FDP/JF

Planjahr übergeordnet

Im AFP 2026-2029 ist auf folgende Leistungen zu verzichten:

- 1) Leistungen, die übergeordnete Anforderungen (von Kanton oder Bund) übersteigen.
- 2) Leistungen, die bereits vollständig oder in ähnlicher Weise durch Dritte erbracht werden.

Abstimmung Nr. 035

2023.FPI.0096: Antrag 28

Ablehnung

Ja	18
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir kommen zum Antrag Nummer 29 der FDP/JF.

Antrag

29 FDP/JF

Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat darf in den Jahren 2026-2029 keine Steuererhöhung vorsehen und/oder vorschlagen.

Abstimmung Nr. 036

2023.FPI.0096: Antrag 29

Ablehnung

Ja	27
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 30 der FDP/JF.

Antrag

30 FDP/JF

Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat wird aufgefordert, 2025 einen AFP vorzulegen, der in allen Planjahren einen Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von mindestens 70% vorsieht.

Abstimmung Nr. 037

2023.FPI.0096: Antrag 30

Ablehnung

Ja	27
Nein	46
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 31 der FIKO-Minderheit.

Antrag

31 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat wird beauftragt, Anpassungen für das Planjahr 2028 vorzunehmen, damit weiterhin ein Bilanzüberschuss besteht.

Abstimmung Nr. 038

2023.FPI.0096: Antrag Nummer 31

Ablehnung

Ja	27
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 32 der FIKO-Minderheit.

Antrag

32 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Der teuerungsbereinigte Personalaufwand der Stadt Bern darf maximal proportional zum Bevölkerungswachstum ansteigen.

Abstimmung Nr. 039

2023.FPI.0096: Antrag 32	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 33 der FIKO-Minderheit.

Antrag
 33 FIKO-Minderheit
 Planjahr übergeordnet
 Der Gemeinderat wird beauftragt, eine konsequente antizyklische Finanzpolitik in sämtlichen Planjahren des AFP 2026-2029 umzusetzen und entsprechende Anpassungen vorzunehmen.

Abstimmung Nr. 040

2023.FPI.0096: Antrag 33	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	46
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 34 ebenfalls FIKO-Minderheit.

Antrag
 34 FIKO-Minderheit
 Planjahr übergeordnet
 Der Gemeinderat wird beauftragt, den AFP 2026-2028 dahingehend anzupassen, dass spätestens im Planjahr 2028 und fortfolgend sämtliche strategischen Ziele der Finanzstrategie der Stadt Bern erreicht werden können.

Abstimmung Nr. 041

2023.FPI.0096: Antrag 34	
Ablehnung	
Ja	27
Nein	47
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 35 der FIKO-Minderheit.

Antrag

35 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat stellt ab 2026 die Mittel für die Umsetzung sämtlicher Massnahmen der neuen Energie- und Klimastrategie ein, um sicherzustellen, dass die Absenkpfade gemäss Klimareglement erreicht werden können.

Abstimmung Nr. 042

2023.FPI.0096: Antrag 35

Annahme

Ja 56

Nein 16

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 36 der FIKO.

Antrag

36 FIKO

Planjahr übergeordnet

Baustandards überprüfen.

Abstimmung Nr. 043

2023.FPI.0096: Antrag 36

Annahme

Ja 45

Nein 28

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 37 FIKO-Minderheit.

Antrag

37 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Die Stadt verzichtet auf Steuer- und Gebührenerhöhungen.

Abstimmung Nr. 044

2023.FPI.0096: Antrag 37

Ablehnung

Ja 19

Nein 56

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag Nummer 37 ist abgelehnt.

Präsidentin: Gut, wenn die Hälfte dem Rückkommen zustimmt, dann würden wir noch einmal über den Antrag Nummer 35 abstimmen. Wir stimmen jetzt zuerst darüber ab, ob wir noch einmal über den Antrag Nummer 35 abstimmen.

Abstimmung Nr. 045

2023.FPI.0096: Rückkommen

1/2-Quorum erreicht

Ja	48
Nein	23
Enthalten	4

Präsidentin: Ihr habt dem Rückkommen zugestimmt. Wir stimmen erneut über den Antrag Nummer 35 der FIKO-Minderheit ab.

Antrag

35 FIKO-Minderheit (Rückkommen)

Planjahr übergeordnet

Der Gemeinderat stellt ab 2026 die Mittel für die Umsetzung sämtlicher Massnahmen der neuen Energie- und Klimastrategie ein, um sicherzustellen, dass die Absenkpfade gemäss Klimareglement erreicht werden können.

Abstimmung Nr. 046

2023.FPI.0096: Antrag 35

Annahme

Ja	45
Nein	26
Enthalten	2

Präsidentin: Ihr habt den Antrag Nummer 35 angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 38 der FIKO-Minderheit.

Antrag

38 FIKO-Minderheit

Planjahr übergeordnet

Auf eine Steuererhöhung ist zu verzichten. Der Gemeinderat legt auch in den kommenden vier Jahren jeweils einen Aufgaben- und Finanzplan vor, welcher eine Steueranlage von höchstens 1.54 vorsieht.

Abstimmung Nr. 047

2023.FPI.0096: Antrag 38

Ablehnung

Ja	35
Nein	40
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 39 der FDP/JF, SVP, GLP/JGLP/EVP, und die Mitte.

Antrag

39 FDP/JF, SVP, GLP/JGLP/EVP, Mitte

Planjahr übergeordnet

Im AFP soll bei den Aufwänden eine Differenzierung in "gebunden" und "durch übergeordnetes Recht vorgeschrieben" ersichtlich sein. Gemäss Gemeinderat gebundene Ausgaben sind in Zukunft nach national / kantonal und kommunal (Stadtratsbeschlüsse/Reglemente) separat auszuweisen.

Abstimmung Nr. 048

2023.FPI.0096: Antrag 39

Annahme

Ja	39
Nein	36
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 95 der FDP/JF.

Antrag

95 FDP/JF

Planjahr übergeordnet

In künftigen Budgets und AFP seien die einzelnen Fachstellen der Stadt Bern inkl. ihren Aufgaben und ihren Aufwänden übersichtlich aufzulisten.

Abstimmung Nr. 049

2023.FPI.0096: Antrag 95

Ablehnung

Ja	36
Nein	38
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 96 der SVP.

Antrag

96 SVP

Planjahr übergeordnet

Die Stadt priorisiert ihre Ausgabenpolitik und beschränkt sich prioritär auf die notwendigen Ausgaben. Wünschenswerte Ausgaben dürfen nur getätigt werden, wenn die Finanzlage dies zulässt und daraus keine Neuverschuldung resultiert.

Abstimmung Nr. 050

2023.FPI.0096: Antrag 96

Ablehnung

Ja	19
Nein	55

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 97 der SVP.

Antrag

97 SVP

Planjahr übergeordnet

Der Personalaufwand sei nicht zu erhöhen und eine sukzessive Verminderung in den nächsten 2 Jahren, um insgesamt 1 % zu prüfen.

Abstimmung Nr. 051

2023.FPI.0096: Antrag 97	
Ablehnung	
Ja	19
Nein	56
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 98 der SVP.

Antrag

98 SVP

Planjahr übergeordnet

Die Stadt ermöglicht vermehrt Wohneigentum, Stockwerkeigentum und höherwertiges Wohnen an guten Wohnlagen.

Abstimmung Nr. 052

2023.FPI.0096: Antrag 98	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	54
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 99 der SVP.

Antrag

99 SVP

Planjahr übergeordnet

Die Stadt reduziert ihre hohen Wachstumsziele und setzt sich prioritär für die Interessen und Bedürfnisse der ansässigen Bevölkerung und für den Erhalt der noch vorhandenen Grünflächen ein.

Abstimmung Nr. 053

2023.FPI.0096: Antrag 99	
Ablehnung	
Ja	9

Nein	66
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 100 der SVP.

Antrag
100 SVP

Planjahr übergeordnet

Die Stadt schliesst keine Leistungsverträge mit Organisationen ab, die Personen aus ideologischen Gründen ausschliessen, indem die Sicherheit dieser Personen nicht gewährleistet wird.

Abstimmung Nr. 054

2023.FPI.0096: Antrag 100	
Ablehnung	
Ja	8
Nein	63
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind durch mit dem ersten Block der Abstimmungen und bevor wir jetzt zur Direktion BSS kommen, haben wir noch einen Ordnungsantrag: Tom Berger.

Tom Berger (FDP): Was hat er echt jetzt wieder vor? Keine Angst, es ist nichts Schlimmes. Der Stadtpräsident hat mich gebeten, den Ordnungsantrag zu stellen, damit wir die Verhandlungsordnung dahingehend anpassen, dass die PRD als letzte Direktion behandelt wird. Dies aus dem einfachen Grund, weil der Stadtpräsident morgen Vormittag eine wichtige Sitzung hat und bei der Behandlung seiner Direktion potenziell nicht im Saal ist.

Valentina Achermann für die Danke, Tom. Wir stimmen ab über den Ordnungsantrag.

Ordnungsantrag
Berger

Die Verhandlungsordnung ist dahingehend anzupassen, dass die PRD als letzte Direktion behandelt wird.

Abstimmung Nr. 055

2023.FPI.0096: Ordnungsantrag	
Annahme	
Ja	47
Nein	20
Enthalten	3

BSS

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen, das heisst wir passen die Verhandlungsordnung so an, dass wir die PRD am Schluss behandeln werden. Wir fahren jetzt fort mit der Beratung der BSS und ich erteile der Kommission das Wort, Barbara Keller.

Barbara Keller für die SBK: Die SBK hat an ihrer Sitzung vom 12. August 2024, den AFP 2025 bis 2028 mit Budget 2025 der Dienststelle BSS beraten. 3 Delegationen haben sich im Rahmen der Delegationsbesuche vertieft mit der Dienststelle befasst. Das hat auch die Basis unserer Diskussion gebildet. Einleitend zu einigen Herausforderungen und generellen Fragestellungen: Eine Entwicklung, die sich sichtbar auf das Budget aufschlägt, sind wiederum die steigenden Schüler*innenzahlen. Damit verbunden die Schule, Sozialarbeit und das Thema der psychischen Gesundheit, sowohl bei Erwachsenen, aber auch bei Jugendlichen und Kindern. Natürlich sieht man einen Anstieg bei den Kosten der Tagesbetreuung. Der Grund liegt in der Veränderung des Betreuungsschlüssels, wo auf 1 zu 6 aufgestockt worden ist, was natürlich auch mehr Kosten verursacht. Ich gehe jetzt auf die einzelnen Dienststellen ein und werde dort Kommissionsanträge begründen, sowohl Mehrheits- als auch Minderheitsanträge. Ich beginne mit der Fachstelle für Migration- und Rassismusbekämpfung. Die Fachstelle für Migration- und Rassismusbekämpfung wird anfangs 2025 ein Partizipationsprozess beginnen, um einen neuen Schwerpunkt-Plan bis Ende 2025 auszuarbeiten. Die Beratungsstunden bei der Fachstelle sind angestiegen. Ein grosses Thema wären Beratungen für Kinder. Dieses Bedürfnis kann aber heute nicht abgedeckt werden. Es existiert keine klare Ansprechstelle für Kinder, die Mobbing oder Rassismus erfahren.

Zum Minderheitsantrag: Eine Kommissionsminderheit, Antrag Nummer 40, verlangt, dass das Budget für die Fachstelle um 25'000 Franken zu erhöhen sei. Der Stadtrat hat den Prüfungsbericht zum Partizipationspostulat "Haus der transkulturellen Bewegungen" zurückgewiesen mit dem Auftrag, die Ausgangslage, um die Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten in Bern besser abzuklären. Damit das Postulat umgesetzt werden kann, braucht es jedoch eine Aufstockung der Kapazitäten. Deshalb ist der Minderheitsantrag eingegangen, damit die Fachstelle ihrem Auftrag gerecht werden kann. Auch im Schulamt ist der Handlungsspielraum der Stadt sehr gering. Die Belastung der Schüler*innen ist jedoch hoch. Ich komme hier direkt zu den Anträgen und beginne mit dem SBK-Antrag 47. Der ist von der Kommissionsmehrheit überwiesen worden. Er verlangt, dass die Mittel für die individuelle Begleitung von Kindern und Jugendlichen erhöht werden. Die Lernbegleitung ist eine einfache Massnahme zur Förderung der Chancengleichheit in den Schulen. Die Eltern müssen pro Lektion einen Beitrag von 5 Franken zahlen. Irgendwann sind aber die vorhandenen Mittel verteilt. Allerdings zeigt sich bei der Verteilung über die Stadtteile, dass es sehr viele Ungleichheiten gibt. Das heisst, das Angebot ist nicht in allen Schulkreisen gleich gut etabliert und gleich niederschwellig. Der Antrag 48, der von der Kommissionsminderheit überwiesen worden ist, will mit 140'000.- Franken sicherstellen, dass das Angebot der Lernbegleitung spezifisch auch auf die Oberstufe ausgerichtet wird.

Beim Schulamt ist ebenfalls die Planungserklärung 49 als Minderheitsantrag der Kommission verabschiedet worden. Er verlangt die flächendeckende Einführung des Angebots "Jedem Kind ein Instrument" (JeKi). Das Angebot gibt es eigentlich schon, es hat aber nicht richtig und nicht flächendeckend eingeführt werden können. JeKi ermöglicht es den Kindern unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem sozialen Umfeld und ihren finanziellen Mitteln Musikunterricht zu besuchen.

Ich komme jetzt zum Gesundheitsdienst. Der Gesundheitsdienst hat uns informiert, dass es heikle Situationen bei der psychiatrischen Versorgung von Kindern und Ju-

gendlichen gibt und sich diese auch noch verschärft. Die Möglichkeiten der Einflussnahme der Stadt Bern sind aber begrenzt. Die Gesundheitsversorgung fällt grundsätzlich in die Zuständigkeit der Kantone. Diesbezüglich ist der schulärztliche Dienst extrem wichtig, beispielsweise weil der eine Sprechstunde für Jugendliche mit psychischen Problemen anbietet. Ich komme jetzt auch hier zu den Anträgen. Zuerst eine Pauschalbemerkung, die ich bei jedem Antrag einzeln wiederhole. Die Stadt Bern ist an sich nicht für die Gesundheitsversorgung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen zuständig. Die Stadt kann aber vor allem präventiv eingreifen. Prävention ist sowohl bei den Kindern wie auch bei den Erwachsenen wichtig. Es wurden viele Anträge, die zwar fachlich durchaus begründend sind, deshalb nicht als Kommissionsmehrheit überwiesen, weil wir sie aus finanzpolitischen Gründen abgelehnt haben. Die Kommissionsmehrheit war der Meinung, dass es gut ist, wenn solche Programme punktuell eingesetzt werden können und bei besserer finanzieller Lage wieder ausgeweitet werden. Ich werde jeweils Budgetanträge und Planungserklärungen zum selben Thema zusammen besprechen.

Ich fange mit dem Antrag 54 der SBK-Minderheit an, der verlangt das Budget zu erhöhen, damit das Präventionsprogramm "zWägl" durchgeführt werden kann. Es handelt sich um ein Präventionsangebot zur Stärkung der Selbstwirksamkeit und der Selbstständigkeit von Jugendlichen. Das Programm geht über 8 Wochen und mit den beantragten Geldern ist es möglich, das Programm in allen 8. Klasse durchzuführen. Der Antrag 55 der SBK-Minderheit verlangt, dass das Budget aufgestockt wird, um 30% zusätzliche Stellenprozente für das gesundheitsfördernde Schulhausznüni. Der Bedarf nach dem Angebot wäre bei 2-3 weitere Schulen vorhanden, die das Schulhausznüni derzeit nicht anbieten können.

Der Antrag 56 der SBK-Minderheit will das Programm schrittweise aufstocken. Das Programm dient der Begleitung von Familien und Kindern von Geburt an. Es richtet sich an Familien, bei denen man früh weiss, dass sie Unterstützung und eine ressourcenorientierte Begleitung brauchen. Der Bedarf ist grösser als er bislang gedeckt werden kann. Antrag 57 der SBK-Minderheit, will das Angebot digitales Gleichgewicht an allen Schulen durchführen können. Das Angebot macht für Jugendliche erlebbar, wie sie mit digitalen Medien umgehen und sich an ihre eigenen vorgegebenen Screentimes halten. Das Angebot ist heute auch beschränkt und mit der beantragten Aufstockung von 125'000.- Franken wäre eine flächendeckende Einführung an allen Schulen möglich. Bei Antrag 58 der SBK-Minderheit soll das Budget erhöht werden, sodass das Angebot Pausenkioske in Zusammenarbeit mit dem Trägerverein für die Offene Jugendarbeit der Stadt Bern (toj) bei allen interessierten Schulen durchgeführt werden kann. Zusammen Essen, Trinken und Teilen fördert die Gesundheit der Jugendlichen.

Antrag 59 der SBK-Minderheit will das Budget der Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderung um 160'000.- Franken erhöhen. Bei der Fachstelle für Menschen mit Behinderung hat es eine Ausweitung von ihren Arbeitsschwerpunkten von 3 auf 7 gegeben. Diese Fachstelle wurde nicht ausgebaut und hinkt daher mit ihrer Arbeit hinten her. Die Mehrheit anerkennt die Wichtigkeit der Fachstelle für Menschen mit Behinderung und will auf keinen Fall, dass das Thema irgendwie untergeht. Jedoch hat sich die Fachstelle einen Fokuswechsel aufgesetzt und will sich mehr auf die psychische Gesundheit konzentrieren. Da die Fachstelle aber heute nicht mehr Geld zur Verfügung hat, heisst das, dass sie bei anderen Themen, zum Beispiel beim behindertengerechten Bauen oder beim Verkehr etwas zurückfahren muss oder sich eben auch besser mit anderen Verbänden vernetzen muss, damit dieser Bereich abgedeckt werden kann. Abschliessend zum Gesundheitsdienst noch einmal: All diese Angebote sind

enorm wichtig und eine flächendeckende Einführung von all diesen Präventionsmassnahmen kann sich die Stadt aktuell nicht leisten. Der Kanton ist in vielen Fällen zuständig. Deshalb lehnt die Kommissionsmehrheit viele von diesen Anträgen ab. Ja, jetzt blinkt es, das heisst, ich kann noch wie lange sprechen?

Die Präsidentin macht darauf aufmerksam, dass sie noch 30 Sekunden Sprechzeit hat. Das heisst, ich mache sehr schnell. Es gibt noch eine Planungserklärung 53 der SBK-Minderheit, die die Deckelung der Betreuungsgutsprachen will. Aus der Kommissionsminderheit hat es keinen Sinn gemacht, dass man das an der Bevölkerungsstruktur anpasst, weil das Budget nicht an demografischen Trends angepasst werden soll, sondern dass es wirklich dort beansprucht werden kann, wo es die Leute brauchen. Beim Sportamt hat eine Kommissionsmehrheit 220'000 Franken vorgesehen für die Wiederaufnahme der Förderbeiträge an die Sportvereine. Das SBK empfiehlt euch mit 7 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung, dem Stadtrat das Budget 2025 der Dienststelle BSS zu genehmigen und der bereinigte AFP 2025 bis 2028 ebenfalls positiv zur Kenntnis nehmen.

Präsidentin: Danke, Barbara. Wir sind bei den Fraktionserklärungen. Für die GB/JA!-Fraktion, Anna Jegher.

Anna Jegher (JA!) für die Fraktion: Sarah Rubin und ich teilen uns das Fraktionsvotum zur BSS. Ich werde zuerst zur Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen, zum Sozialamt und zum Familienquartier der Stadt Bern ein wenig Stellung nehmen und Sarah wird danach noch zum Schulamt, Gesundheitsdienst und Sportamt Stellung nehmen. Wir haben uns auch dieses Jahr als GB/JA!-Fraktion finanzpolitische Schwerpunkte gesetzt. Einer dieser Schwerpunkte ist die Sozialpolitik, besonders bei den Massnahmen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit der städtischen Bevölkerung sehen wir sehr dringenden Handlungsbedarf. Es gibt aktuell viele sozialpolitische Herausforderungen und wir finden es wichtig, dass sich die Stadt Bern den stellt. Verantwortung für die städtische Bevölkerung übernehmen, das heisst eben nicht zu sparen, um jeden Preis. Verantwortung zu übernehmen heisst, hinzusehen und sich solidarisch um die Probleme der Menschen zu kümmern.

Kommen wir zuerst zur Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen. Ich möchte dort gerade vorwegnehmen, dass wir unseren Antrag Nummer 41 zugunsten des Antrags 42 der JUSO zurückziehen. Wir finden es sehr wichtig, dass die Fachstelle genug Mittel zur Verfügung hat, um auch gerade in der aktuellen Zeit ihrer Aufgabe gerecht werden zu können. Der JUSO-Antrag ist dort noch einmal umfassender, und es scheint uns deshalb sinnvoll, diesen zu unterstützen. Seit dem 7. Oktober 2023 haben Vorfälle aufgrund von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus auch in der Stadt Bern zugenommen. Wir haben auch im Stadtrat entsprechende Diskussionen geführt und sämtliche Parteien in diesem Rat sind der Meinung gewesen, dass man mehr dagegen unternehmen muss. Ich erinnere euch an dieser Stelle auch gerne an die 2 Vorstösse, die diesen März eingereicht worden sind. Diese Motion wurde unter anderem von der FDP, der Mitte, der GLP, der GFL und der SP eingereicht. Die Interpellation hat auch die SVP miteingereicht. Die vorliegenden Anträge sind die logischen Konsequenzen aus dieser Debatte. Auch wir sind der Meinung, dass man mehr gegen Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus machen soll. Die Fachstelle kann aber nicht einfach mit den bestehenden Ressourcen einen neuen Schwerpunkt übernehmen. Dass das nicht funktioniert, zeigt sich bei der Fachstelle für Menschen mit Behinderungen, wo man genau das gemacht hat und die neuen Schwerpunkte halt einfach nicht umgesetzt werden können. Es braucht das richtige Fachwissen und genug Zeit, damit sinnvolle

Massnahmen ergriffen werden können und die Arbeit überhaupt wirkungsvoll ist. Entweder will man, dass die Stadt eine Aufgabe übernimmt und dann stellt man konsequenterweise auch das entsprechende Geld ein oder man will halt, dass die Stadt nichts tut. Aber dann muss man das auch genau so sagen. Heuchlerisch ist aber zuerst aufzuschreien, dass zu wenig gegen Antisemitismus unternommen wird und dann, wenn es darum geht, tatsächlich den Auftrag zu erweitern und die entsprechenden Mittel einzustellen, gleich dagegen zu sein. Zum Thema grosse Reden halten oder wirklich etwas machen gehört auch der Antrag 40. Wir werden den ebenfalls annehmen. Es ist sehr wichtig, dass Instrumente wie die Partizipationsmotion beziehungsweise das Postulat, das mehr Mitbestimmung zum Ziel hat, auch zu einer tatsächlichen Mitbestimmung führen und entsprechend müssen auch die Ressourcen vorhanden sein, um diese Anliegen zu prüfen.

Weiter zum Sozialamt: Bei Antrag 44 und 46 von uns, geht es darum, die Öffnungszeiten der Wohnberatungsstelle auszuweiten, damit mehr Menschen Zugang zur Beratung haben. Obwohl es diese Beratungsstelle erst seit Anfang Jahr gibt, ist die Nachfrage schon jetzt extrem hoch und diese Beratungsstelle entsprechend stark ausgelastet. Angesichts des aktuellen Wohnungsmarkts in dieser Stadt und der Konsequenz, dass es für viele Leute extrem schwierig ist, eine Wohnung zu finden, ist dieses Angebot aus unserer Sicht unerlässlich. Beim Antrag 124 geht es ebenfalls um ein sehr wichtiges Angebot. Die Arbeit der Jugend-Notschlafstelle Pluto ist extrem wertvoll. Das zeigt sich nicht zuletzt auch in einer hohen Nachfrage nach diesem Angebot. Solange die Finanzierung nicht geklärt ist, ist die Option, dass die Stadt notfalls einspringt, ganz klar die bessere, als dass das Angebot wegfallen würde. Pluto schliesst eine Lücke in der Unterstützung von jungen Menschen in extrem vulnerablen Situationen und wir können es uns ganz einfach nicht leisten, die Lücke offenzulassen. Als letztes noch zur Abteilung Familie und Quartier Stadt Bern (FQSB): Die Anträge 50 51 und 52 sind nötig, damit das Angebot des Trägerverein für die offene Jugendarbeit (toj) kann gewährleistet werden. Gerade im Bereich der psychischen Gesundheit hat die Jugendarbeit eine extrem wichtige Rolle in der Prävention, wie auch in der Früherkennung. Besonders die aufsuchende Jugendarbeit muss dort zwingend gestärkt werden. Nachher noch zum Antrag 53, der die Deckelung des Budgets für Betreuungsgutssprachen im Altersbereich aufheben will. Es macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn, das Budget eines Angebots, das Armutsbekämpfung zum Ziel hat, aus Spargründen deckeln zu wollen, anstatt es den demografischen Veränderungen anzupassen. Wenn die Beträge zu tief sind, um Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen, hat man ganz einfach das Ziel dieser Massnahme verfehlt. Das war es von meiner Seite.

Präsidentin: Merci vielmals, Anna. Dann für den zweiten Teil des Fraktionsvotum, Sarah Rubin. Du hast noch 3 Minuten.

Sarah Rubin (GB) für die Fraktion: Ich spreche in diesen 3 Minuten zum Schulamt und zum Sportamt und für den Gesundheitsdienst wende ich das Tricklein an, dass ich nachher noch das Einzelvotum mache, sonst reicht es nicht. Zum Schulamt: Dort sind die Anträge zur Budgeterhöhung bei der Lernbegleitung, zu denen ich zuerst spreche. Im August haben wir hier die SP-Interpellation "Volksschule und Chancengerechtigkeit, dein Wohnort bestimmt, was du wirst", diskutiert. Vor diesem Hintergrund ist es etwas irritierend, dass die SP die niederschwellige Lernhilfe nicht unterstützen will, obwohl diese das Ziel hätte, eben die Chancengerechtigkeit zu fördern. Das Budget der Lernhilfe hat vor 20 Jahren noch 440'000.- Franken betragen. Im Moment sind es keine

300'000.- Franken mehr und das trotz massiv mehr Schüler*innen. Auch mit der Aufstockung würde der Betrag pro Kind immer noch tiefer ausfallen als damals. Die Anträge zur Tagesbetreuung FDP-JF sind schwer nachvollziehbar für uns. Es wird zum X-ten-Mal gefordert, was im Parlament wiederholt keinen Stand gehabt hat. In der Oberstufe sind nicht viele Jugendliche in der Tagesbetreuung. Aber die, die es sind, die brauchen die Tagesbetreuung und die brauchen die gleiche hochstehende Betreuung wie jüngere Kinder. Es ist eine Tagesstruktur, während der zum Beispiel Beziehungsarbeit und wichtige Gespräche und auch Unterstützung zu Themen wie die Berufswahl stattfinden. Viele Jugendliche haben das Zuhause nicht und sind deswegen gerade in einer Tagesbetreuung. Und schon sind wir bei der Prävention zu Gunsten der psychischen Gesundheit. Auf das komme ich dann im Einzelvotum zurück. Dann gibt es beim Schulamt noch den Antrag JeKi. Hier geht es uns einerseits um die Chancengerechtigkeit in der musikalischen Bildung. Andererseits braucht es diese Planungserklärung gerade deshalb, weil sich der Gemeinderat wiederholt geweigert hat, die überwiesene Motion vollumfänglich umzusetzen. Das ist demokratiepolitisch bedenklich. Beim Sportamt ist es einfach der Antrag, bei dem wir uns sehr über die gute Resonanz freuen, nämlich über die Sportvereinsförderung. Auch das wird vielen Kindern und Jugendlichen zugutekommen. Vereinssport ist ein wichtiger und gesundheitsfördernder Teil ihres Lebens. Und auch da sind wir wieder bei einem von unserem Kernanliegen angelangt nämlich der Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen.

Präsidentin: Merci, Sarah. Dann kommt David Böhner für die AL-PdA-Fraktion.

David Böhner (AL) für die Fraktion: Die Fraktion AL/PdA unterstützt sämtliche Budgetanträge, die einen Leistungsausbau im BSS vorsehen. Eine soziale Politik kostet etwas und Bern soll sich das Leisten und kann sich das auch leisten. Wir sehen, dass eine hohe Verschuldung Probleme mit sich bringen kann und finden deshalb, dass wir auf der Einnahmeseite etwas ändern müssen und nicht auf der Ausgabenseite. Wir bedauern es darum ausserordentlich, dass unser Antrag auf eine Steuererhöhung abgelehnt worden ist, weil im Kanton Bern den Gemeinden ja nicht erlaubt ist, an der Progression zu schrauben, haben wir beantragt, dass von den Steuergeldern, die die Steuererhöhung hätte bringen können, 10 Mio. Franken an das Sozialamt hätte sollen zugesprochen werden. Weil ihr gegen die Steuererhöhung gestimmt habt, ziehen wir jetzt folglich den Antrag zurück, wie wir es angekündigt haben. Wir finden es ein Armutszeugnis, dass in einem der reichsten Länder der Welt nicht mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden für die Armutsbekämpfung respektive die Armutsprävention und setzen uns deshalb ein, dass die verschiedenen Anträge für den Ausbau der Leistungen beim Sozialamt, im Gesundheitsdienst, im Schulamt und bei Familien und Quartieren angenommen werden. Bei den meisten dieser Anträge handelt es sich tatsächlich auch um Armutsbekämpfung. Die Chancengleichheit soll gefördert werden. Das ist nicht zuletzt die Armutsprävention. Da kann und soll die Stadt Bern noch mehr machen, als sie schon tut.

Gerne gehe ich jetzt noch kurz auf einzelne Anträge ein, die unsere Fraktion eingereicht oder miteingereicht hat. Mit dem Antrag 40 der SBK-Minderheit soll das Budget der Fachstelle für Migration- und Rassismusfragen um 25'000 Franken erhöht werden, damit die Fachstelle mit aussenstehenden Expert*innen abklären kann, was es braucht, um das Partizipationspostulat "Haus der transkulturellen Begegnungen" umzusetzen, welches der Stadtrat ja angenommen hat. Es geht darum, eine umfassende Analyse vorzunehmen, was die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung und ihren Vereinen und

Communities in Bern sind. Die Fachstelle kann das nicht mit den bisherigen Mittel machen, deshalb eine einmalige Ausgabe von diesen 25'000 Franken im Budget. Beim Antrag 124, den wir zusammen mit der SP-JUSO und GB/JA! erst diese Woche eingereicht haben – ich nehme an, ihr habt es trotzdem gelesen –, geht es darum, die Not schlafstelle Pluto für Jugendliche und junge Erwachsene zu unterstützen. Das Pionierprojekt in der Länggasse braucht im nächsten Jahr 100'000.- Franken als Sicherungsmassnahme, damit das Pilotprojekt sicher weitergeführt werden und in die ordentliche Finanzierung des Kantons überführt werden kann. Das Team von Pluto ist unermüdlich daran, diese wichtige Aufbauarbeit zu leisten. Wenn wir nicht riskieren wollen, dass der Pilot aufgrund fehlenden Geldern vorzeitig eingestellt werden muss, müssen wir diesen Antrag unbedingt annehmen. Im besten Fall werden diese Gelder gar nicht gebraucht, falls alles reibungslos nach Plan läuft. Falls es aber zu Verzögerungen kommen sollte, braucht es einen Notgroschen, damit es nicht zu einem abrupten Stopp dieser wichtigen Institution kommt und sehr wahrscheinlich wird das Geld dann auch wieder zurückbezahlt, wenn der Kanton dann übernimmt. Also die Sparfüchse unter uns haben da nichts zu befürchten, wenn sie dem zustimmen. Wie gesagt, wir nehmen auch alle anderen Ausbauanträge an. Die Sparvorschläge der FDP, die den Betreuungsschlüssel 1 zu 6 in den städtischen Kitas und Tagesschulen wieder rückgängig machen wollen, lehnen wir es selbstverständlich ab und auch der Antrag 53, der die Deckelung der Betreuungssprachen im Altersbereich vorsieht. Merci.

Präsidentin: Danke, David. Für die FDP-JF-Fraktion, Nik Eugster.

Nik Eugster (FDP) für die Fraktion: Ich nehme kurz Stellung zuerst einmal zu unserem eigenen Antrag, der eben ja fordert, dass auf die Erhöhung des Betreuungsschlüssels von 1 zu 10 auf 1 zu 6 respektive auf die zusätzlich eingestellten Gelder in der Höhe von 1,3 Mio. Franken verzichtet werden soll. Hier muss ich betonen, dass es eben nur ein kleiner Teil dieser Kosten ist, der die Erhöhung des Betreuungsschlüssels respektive die niedrige Minderung auslösen sollte. Ein grosser Teil ist schon eingelöst worden. Am 17. Februar 2022 haben wir hier das Schulreglement verabschiedet, wo die Anpassung des Betreuungsschlüssels enthalten gewesen ist. Der Gemeinderat hat dann geschrieben, dass man von Mehrkosten von 40% ausgehen muss zu Lasten der Stadt Bern. Ausgehend von einer damaligen Lohnsumme von rund 11 Mio. Franken hat der Gemeinderat plus 40% gerechnet und ist inklusive Funktionskosten auf zusätzlich knapp 5 Mio. Franken gekommen. Im Budget 2023 sind schon zusätzliche 400 Stellenprozent eingestellt worden, also 50'000.- Franken, im AFP 2024 bis 2027 kann man zusätzlich 12 Stellen und im aktuellen AFP noch einmal 10,6 zusätzliche Stellen herauslesen. Also wenn man einmal nachrechnet, sind wir eigentlich schon weit über die 5' Mio. Franken hinaus. Sarah hat Recht, dass wir schon ein paarmal darüber geredet haben. Das stimmt, aber weil es eben um viel Geld geht, mehr als der Kanton fordert, finden wir, dass zumindest hier man noch einmal sagen müsste, es könnte ja auch irgendein Zwischending geben. Im Teenageralter ein Betreuungsschlüssel von 1 zu 10 reicht doch, wie eigentlich überall auch im Kanton. Darum lehnen wir den Leistungsausbau also nach wie vor ab, und haben darum auch den Antrag gemacht.

Nachher zu den anderen Anträgen, die die Direktion BSS betreffen, hier noch ein paar Kommentare. Zuerst zu den Anträgen der SBK-Minderheit, von der Fraktion GB/JA! und von der JUSO zur Erhöhung vom Budget der Fachstelle für Migrations- und den Rassismusfragen: Es gibt ja dort schon einen Leistungsausbau von 24'000 Franken. Wir finden das wirklich richtig und wichtig, aber aufgrund von der aktuellen Finanzlage ist auch leider nicht vielmehr möglich. Ebenfalls lehnen wir, vor allem aus finanzpolitischen

Gründen, die Aufstockung vom Unterstützungsbeitrag JeKi, die massive Erhöhung der Lernbegleitung, die Erhöhung vom Globalkredit für toj, die Aufhebung der Deckelung der Betreuungsgutssprachen, der Ausbau vom Angebot des digitalen Gleichgewichts, die Planungserklärung zum Präventionsprogramm «zWäg! Du seisch wo düre», die Budgeterhöhung der Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen, die Erhöhung vom Budget vom Gesundheitsdienst sowohl im Zusammenhang mit dem Programm "Zäme geits" wie auch die Planungserklärungen und Budgetanträge für einen Stellenausbau für eine Koordination von Eltern-Znüni oder für Stellen, die jetzt sollen Schüler-Kiosken koordinieren. Hinter vielen Anträgen stecken eigentlich wirklich wichtige und richtige Überlegungen, aber leider gilt auch hier, was eigentlich auch privat gilt. Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt und bei einzelnen Erhöhungen wie eben der von den Schülerkiosken oder die Koordination der Eltern-Znüni fragen wir uns, ob das wirklich die Aufgabe der Stadt sein muss, da noch wirklich zusätzliche Stellen zu schaffen. Und trotzdem, es gibt ja auch Anträge, die wir unterstützen und finden, da sollte die Stadt mehr Geld ausgeben und dafür vielleicht bei anderen Sachen weniger machen. Wir unterstützen zum Beispiel den SBK-Antrag, der fordert, dass das Budget um 220'000.- Franken erhöht wird, für dass die Förderbeiträge an Sportvereine wieder aufgenommen werden können. In den Berner Sportvereinen wird sehr viel getan, besonders für unsere Kinder und Jugendlichen, für ihre mentale Gesundheit, für die Integration, für die physische Gesundheit und das wird mit sehr vielen freiwilligen Gratisstunden gemacht, was wir dort fördern. Das kommt X-fach zurück und darum finden wir das eine gute Investition.

Ebenfalls werden wir den Vorstoss annehmen, der den Globalkredit um 100'000.- Franken erhöhen will, für die Jugend-Notschlafstelle Pluto. Es geht darum, dass so wichtige Projekte nicht schon zu Ende sind. Nein, im Gegenteil, es soll auf solide Basis gestellt werden. Die Nachfrage von Pluto ist, man muss es leider so sagen, die ist leider da. Sorgen wir also für das Angebot und die Sparfische, lieber David, werden zustimmen. Zumindest ein Teil der Fraktion wird die Planungserklärung unterstützen, die fordert, dass der Gemeinderat für die Planjahre 2026 bis 2028 genug Ressourcen soll zur Verfügung stellen, damit die Jugendhäuser angemessen bewirtschaftet und von Jugendlichen autonom genutzt werden können. Wir verfolgen momentan die Entwicklung vom Stellwerk, so eher kritisch und frage uns, ob dort eben die Jugendlichen und ihre Bedürfnisse genug involviert worden sind und damit das bei den Jugendhäusern nicht auch noch passiert ist die Planungserklärung keine schlechte Sache. Der Betrieb von Jugendhäusern ist eine Kernaufgabe der Stadt und sie muss auch genug Ressourcen haben und den Jugendlichen ihren Raum lassen, finden wir. Ebenfalls Sympathien haben wir für den SBK-Minderheitsantrag für die Aufstockung des Beitrags für das Programm "Schrittweise". Das Programm, das unterstützt Familien in kritischen Situationen sehr früh und begleitet sie. Je früher man interveniert und unterstützt, je effektiver ist es. Die Gelder, die hier gesprochen werden, können allfällige Mehrkosten später vermeiden. Ein Teil der Fraktion wird zumindest die Planungserklärung dort annehmen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Nik. Dann kommt Janosch Weyermann für die SVP-Fraktion.

Janosch Weyermann (SVP) für die Fraktion: Ich will vielleicht noch darauf zurückkommen auf das, was vorhin uns vorgeworfen worden ist. Wir, die damals Miteinreichenden gewesen sind vom Antisemitismusvorstoss. Ich möchte euch daran erinnern, dass genau eure Partei jemand hat ausschliessen müssen oder ab der Liste nehmen musste

wegen Antisemitismus. Und auch eure Partei immer wieder auffällt wegen antisemitischer Parolen. An allen unbewilligten Demonstrationen hat es Leute, die antisemitische Parolen verteilen. Einfach das als Hinweis. Uns als heuchlerisch hinzustellen, nur weil wir nicht für eine Stellenaufstockung sind, finde ich heuchlerisch. Merci.

Genau kommen wir zu den Anträgen: Wir von der SVP werden sämtliche Anträge ablehnen, die einen Stellenausbau vorsehen. Wir werden auch sämtliche Anträge unterstützen, die einen Ausbau verhindern oder rückgängig machen wollen, und deshalb werden wir ein paar wenige Anträge unterstützen. Das ist zum Beispiel der Antrag 47, wo es um die Budgeterhöhung von 90'000 Franken geht für die Lernbegleitung. In unseren Augen erscheint das sehr sinnvoll, dass man schaut das in allen Stadtteilen wirklich die Möglichkeit besteht für die Aufgabenhilfe, vor allem wenn man sieht, wie unterschiedlich die genutzt wird oder wie unterschiedlich die Verteilung ist. Das macht in unseren Augen durchaus Sinn. Ich habe selber einmal von der Aufgabenhilfe profitieren können und will das eigentlich keinem Kind verwehren müssen. Und was natürlich interessant ist, ich bin eigentlich aufgrund von der Begründung darauf gestossen, dass im Jahr 2003 die Aufgabenhilfe der Stadt Bern noch 440'000 Franken budgetiert hatte. Ich erinnere daran, dass 2003 die letzte SVP-Gemeinderätin Sozialdirektorin gewesen ist. Da sieht man eigentlich wie die letzten 20 Jahre die Stadt Bern auch asozial geworden ist. Und was ich auch noch sagen will als SVP-Fraktion, den anderen Antrag, den wir unterstützen, ist der mit der Erhöhung der Förderbeiträge der Sportvereine. Wir haben durchaus Sympathie dafür. Ich glaube, es muss belohnt werden, wenn man sich heute noch ehrenamtlich in einem Verein engagiert, vor allem in einem Sportverein. Und darum sind wir dann hier klar für eine Erhöhung. Und nachher will ich es natürlich nicht unterlassen, noch darauf hinzuweisen, dass natürlich die BSS die Direktion ist, die im Prinzip das grösste Budget hat, wenn man es vergleicht mit der PRD und der SUE. Das sind richtige Spardirektionen im Vergleich zur BSS. Also da hier gibt es wirklich viel Sparpotenzial und ich bin froh, hat zum Beispiel auch die Regierungsstatthalterin Ladina Kirchen, SP-Mitglied, vor 2 Tagen einer Beschwerde von uns Recht gegeben und im Prinzip auf einen Schlag 265'000.- Franken eingespart. Von dem her sieht man auch, bei euch tagt es langsam. Merci.

Präsidentin: Danke, Janosch. Dann für die GFL-Fraktion, Lukas Gutzwiller.

Lukas Gutzwiller (GFL) für die Fraktion: Die GFL-Fraktion wird die BSS-Anträge alle ablehnen. Ich spreche kurz zur Lernbegleitung. Die individuelle Lernbegleitung für Kinder und Jugendliche ist eine sehr wirksame Massnahme, um die Chancengleichheit in den Schulen zu erhöhen. Für die Fraktion GFL ist es umso wichtiger, dieser Massnahme dem Fachkräftemangel mittelfristig entgegenzuwirken. Je früher Kinder und Jugendlichen bei Bedarf ausserhalb der Schule gefördert werden können, umso einfacher wird es für sie sein, den Berufseinstieg zu schaffen. Auf nationaler Ebene setzt sich beispielsweise der Verein Allianz Chance Plus dafür ein. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion grosse Sympathien für den Antrag. Für uns ist aber auch wichtig, wie die Antragsstellenden es erwähnen, dass die Lernbegleitung vor allem auch in diesen Quartieren zugutekommt, wo der Bedarf am grössten ist und das ist tatsächlich nicht im Kirchenfeld. Es braucht also ganz klar eine Neuausrichtung des Leistungsvertrags Lernbegleitung, damit vor allem die Bedürftigen vom Angebot profitieren können und somit die Wirkung erhöht wird. Die Stadt soll sich dort engagieren, wo der Bedarf und das Potenzial am höchsten sind. Aus diesem Grund werden wir den Antrag ablehnen, verlangen aber vom Gemeinderat, dass er das Mandat möglichst bald neu ausrichtet

und allenfalls auch Mitbewerber wie zum Beispiel der Verein "beraber Bern" oder andere zulässt. Das Angebot soll auf die Zielgruppen spezifischer ausgerichtet werden. Es kann nicht sein, dass die Akteure einfach dort aktiv sind, wo die Arbeit am einfachsten ist. Sie müssen dort aktiv werden, wo der Bedarf am grössten ist. Es braucht also nicht nur eine Aufstockung, sondern eine Neuausrichtung. Erst wenn die erfolgt ist, sind wir bereit, das Budget aufzustocken. Noch zum Antrag Streichung der Tagesbetreuung mit dem hohen Betreuungsschlüssel. Den finden wir weiterhin übertrieben, der hohe Betreuungsschlüssel, darum werden wir dem uns bei dem Antrag enthalten. Auch noch ein Wort zur Fachstelle Antirassismus. Es wurde argumentiert, diese Stelle müsse aufgestockt werden, um gegen Antisemitismus zu kämpfen. Für uns ist das die genau gleiche Sache. Die Fachstelle soll sich auch um Antisemitismus kümmern und deshalb braucht es keine zusätzliche Aufstockung.

Präsidentin: Danke, Lukas. Für die SP-JUSO-Fraktion, Barbara Keller.

Barbara Keller (SP) für die Fraktion: Unsere Stadt soll weiterhin Chancengleichheit, soziale Sicherheit und Grundrechte von allen hier lebenden Menschen schützen. Die wachsende Bevölkerungszahl und die damit verbundenen stark wachsenden Schüler*innenzahlen bedingen, dass in gewissen Bereichen ein Ausbau nötig ist. Wir haben den Anspruch, eine Stadtpolitik zu gestalten, die allen Menschen ein chancengleiches und würdiges Leben garantiert. Wir haben den Anspruch, eine Chancengleichheit zu betreiben, die auch die Mehrheit der Menschen berücksichtigt, die keine starke Lobby haben und deshalb oft vergessen gehen. Gerade heute in Zeiten, wo die Mietpreise und die Lebenshaltungskosten steigen und Bern droht für viele unbezahlbar zu werden. Bildung, Chancengleichheit und ein starker Service Public sind zentral, um Armut zu bekämpfen. Bern muss den sozialpolitischen Spielraum nutzen und das machen wir. Fangen wir an mit der Jugendarbeit. Für die psychische Gesundheit von Jugendlichen nachhaltig zu stärken, braucht es vor allem Investitionen in die Sensibilisierung und Prävention. Offene Jugendarbeit begleitet die Jugendlichen auf dem Weg ins Erwachsen werden. Sie agiert vermittelnd zwischen den Jugendlichen in eine Bezugsgruppe und weiteren Anspruchsgruppen. Der Leistungsvertrag mit dem Trägerverein für offene Jugendarbeit TJO ist ein zentraler Bestandteil unserer städtischen Jugendarbeit, und wir fordern zusammen mit der GB/JA! und der AL-PdA-Fraktion eine Erhöhung des Globalkredits. Dieser stellt sicher, dass das aktuelle Angebot aufrechterhalten werden kann und insbesondere die aufsuchende Jugendarbeit in den 3 Stadtteilen weiterhin gewährleistet ist. Die Planungserklärung 52 fordert den Gemeinderat auf genügend Ressourcen zur Verfügung stellen, damit die Jugendhäuser angemessen bewirtschaftet werden können. Wieso haben wir das Geld für die Jugendhäuser gesprochen, wenn wir jetzt nicht schauen, dass sie entsprechend bespielt werden können. Ein weiteres grosses Thema sind die prekären Wohn- und Lebenssituationen von Jugendlichen. Es kommt immer wieder vor, dass junge Erwachsene zeitweise keinen sicheren Ort haben, um es irgendwohin zu gehen. Der Verein Rêves Sûrs hat die Versorgungslücke erkannt und mit Pluto eine Notschlafstelle für Jugendliche geschaffen. Die Notschlafstelle Pluto bietet Jugendlichen und junge Erwachsene von allen Geschlechtern im Alter zwischen 14 und 23 in Notsituationen kostenlos das Obdach, Schutz und Sicherheit. Pluto begleitet seine Nutzer*innen, anwaltschaftlich durch Fachpersonen von sozialer Arbeit und hilft ihnen auch, nachhaltige Lösungen zu finden. An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich beim Team von Pluto und Rêves Sûrs bedanken für ihre überaus wichtige Arbeit. Ich durfte bereits mehrmals Einblick haben und ihr beeindruckendes Engagement vor Ort leben. Die Stadt Bern hat bis jetzt keine monetären Beiträge für das Pilotprojekt

gesprochen. Wir beantragen mit den Fraktionen GB/JA! und AL-PdA 100'000.- Franken für den Betrieb von Pluto bis 2025 in das Budget 25 aufzunehmen und damit zu ermöglichen, dass der Übergang in den Regelbetrieb bestmöglich funktioniert. Aktuell wird die künftige Finanzierung ausgehandelt. Bis klar ist, wie das Angebot künftig finanziert wird, ist es nötig, dass die Stadt einspringt und den Fehlbetrag deckt. Daher bitten wir euch alle, diesen Antrag anzunehmen.

Ich bleibe noch gerade beim Thema Wohnen und komme zum GB/JA! Antrag 44 zur Aufstockung der Wohnberatungsstelle. Die Mieten sind für viele Leute der grösste Posten im Haushaltsbudget. Wir setzen uns deshalb konsequent dafür ein, dass die Mieten in Bern bezahlbar bleiben und genügend bezahlbare Wohnungen verfügbar sind. Aber es gibt Menschen für die ist es schwierig, an Wohnungen zu kommen. Viel schwieriger als für andere und geschweige dann eine bezahlbare und passende Wohnung zu finden. Deshalb gibt es in der Stadt die Wohnberatung. Mit der Wohnungsknappheit steigen natürlich die Anfragen, irgendwie logisch. Damit die Fachstelle der Nachfrage gerecht werden kann, sollen die Ressourcen aufgestockt werden. In diesem Sinn stimmen wir zu, denn es ist ein Menschenrecht, dass jeder Mensch angemessenen Wohnraum hat. Zur Lernbegleitung sage ich nicht viel. Das hat mein Vorredner sehr gut ausgeführt. Wir werden diese ebenfalls ablehnen. Gleichzeitig nehmen wir den Antrag der Sportvereine an, auch dazu sage ich nicht viel. Es wurde bereits mehrfach ausgeführt, wie wichtig die freiwillige Arbeit ist und dass wir diese entsprechend honorieren wollen. Jetzt komme ich zum Thema Kinderbetreuung und Chancengleichheit. Eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels geht Zulasten des Schulbetriebs, der Kinder, der Familie und nicht zuletzt des Personals. Für die SP-JUSO-Fraktion ist es essenziell, dass der Betreuungsschlüssel der Tagis bei 1 zu 6 beibehalten wird, und zwar für alle Kinder. So haben wir es 2022 entschieden, 2023 bestätigt und an dem werden wir nichts ändern. Einen Qualitätsabbau bei der Kinderbetreuung nehmen wir nicht hin und lehnen darum Antrag 101 und 102 entschieden ab. JeKi, "jedem Kind ein Instrument" ermöglicht einem Kind unabhängig von seiner Herkunft, seinem sozialen Umfeld und seiner finanziellen Mitteln Musikunterricht zu erhalten. Den Kindern wird also ein barrierefreier Einstieg in die Welt der Musik gewährt. Wir sind überzeugt, dass das Programm einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit leistet und wollen, dass es endlich flächendeckend in der Stadt zum Fliegen kommt und nehmen deshalb die Planungserklärung der SBK-Minderheit an. Kommen wir zum Antrag 57 der SBK-Minderheit: Digitale Medien sind ein Thema, die zurzeit alle bewegt, sowohl Eltern, Schulen und Gesellschaft. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, was ein gesunder Umgang mit digitalen Medien ist und genau das soll das digitale Gleichgewicht für die Jugendlichen erlernbar machen, nicht nur Jugendliche, auch Lehrpersonen und Eltern werden sensibilisiert. Dieses Angebot gibt es bereits heute, aber es ist beschränkt zugänglich, weil schlichtweg nicht alle Schulen vom Angebot profitieren können. Deshalb nehmen wir den Antrag an, damit es flächendeckend möglich ist.

Ich komme zur Fachstelle für Migration- und Rassismusfragen. Wir werden hier den Antrag der JUSO annehmen, der verlangt, dass die Fachstelle mit zusätzlichen Ressourcen von 142'000 Franken ausgestattet wird. Die Fachstelle hat den Auftrag, die Themen und die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung und Personen mit Rassismuserfahrung aufzugreifen. Bis jetzt ging es aber mehr um Personen mit Migrationshintergrund und um jene, die nach der Definition des BFS dazugehören. Es fehlen aber Angebote für Menschen, die beispielsweise Antisemitismus oder antimuslimischen Rassismus erfahren. Ebenfalls werden wir den Antrag der SBK-Minderheit annehmen, der verlangt das Budget, um weitere 25'000.- Franken aufzustocken. Wir haben auch ein entsprechendes Postulat. Wir lehnten den Prüfungsbericht damals ab und wollten,

dass die Bedürfnisse der Migranten besser eruiert werden. Damit das gemacht werden kann, braucht es auch Ressourcen und die wollen wir damit sprechen. Kommen wir jetzt zum Antrag 59, Aufstockung der Stellenprozente der Fachstelle für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung: Die Fachstelle hat sich neue Schwerpunkte gesetzt, um sich auch für Menschen und deren psychische Gesundheit einsetzen zu können. Wenn sie aber nicht über mehr Geld verfügen, heisst das, dass sie bei anderen Themen wie zum Beispiel beim behindertengerechten Bauen oder dem Verkehr zurückfahren müssen. Ziel wäre, dass diese Fachstelle auch innerhalb der Verwaltung andere Stellen befähigen kann. Zudem gibt es viele Verbände und Fachorganisationen, die sich gerade bei verkehrsspezifischen Themen enorm auskennen. Wir sind also der Meinung, dass eine Aufstockung der Stellenprozenten heute nicht den Menschen mit Behinderungen zugutekommen würde. Wir lehnen diesen Antrag also ab. Wir glauben, dass bei den bestehenden Ressourcen dennoch mehr Wirkung erzielt werden kann, indem andere verwaltungsinterne Stellen sensibilisiert werden und die Fachstelle bei anderen Projekten wie dem Verkehr oder dem Bau spezifisch mit existierenden Fachstellen zusammenarbeitet. Generell lehnen wir Aufstockungen ab, die nicht klar für einen bestimmten Zweck begründet sind. Uns ist es ein Anliegen, dass gerade im sozialen Bereich das Geld wirklich den Menschen zugutekommt, weil die Bildung, Chancengleichheit und ein starker Service Public zentral sind, um Armut zu bekämpfen und die Lebensqualität der Menschen zu steigern. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Barbara. Dann kommen wir zu den Einzelvoten: Sarah Rubin.

Sarah Rubin, Einzelvotum: Wie schon angekündigt, werde ich jetzt noch über den Gesundheitsdienst und den Anträgen dazu sprechen. Wir alle wissen, dass gelingende Prävention viel besser funktioniert als Therapie und so zynisch, dass es klingt, am Ende kostet es auch weniger. Im August haben wir hier über den Bericht zu einem Postulat der SP diskutiert: "Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen." Dort haben die Einreichenden unter anderem gesagt, ich zitiere: "Gerade präventive Angebote an Schulen seien wichtig und können stationäre Aufenthalte verhindern. Präventionsprogramme müssen Kinder und Jugendliche früh erreichen. Die Schutzfaktoren können so gestärkt werden, und es müssen auch die Erwachsenen im Umfeld frühzeitig einbezogen werden." Deshalb zählen wir darauf, dass die SP, aber auch alle anderen, denen die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen am Herzen liegt, alle unsere Anträge zum Gesundheitsdienst unterstützen. Besonders wichtig ist uns das Programm "Schrittweise" zur frühen Förderung mit Familieneinbezug. Es ist wissenschaftlich erwiesen, das hat schon Nik gesagt, je früher, desto besser. Gerade auch wenn die Familie einbezogen wird, so kann man am meisten erreichen langfristig. Auch sehr wichtig ist, dass das Programm «zWäg! Du seisch wo düre», ein Angebot in der achten Klasse, genau dort, wo es beginnt, mit dem Übertritt zwischen Regelschule und Ausbildung. Dazu gibt es ein weiteres SP-Zitat zur erwähnten Sitzung im August: Im Übergang der obligatorischen Schule in die Berufswelt könnte die Stadt Bern noch mehr leisten. Da muss unbedingt mehr in die Prävention investiert werden. Wenn man an einem Ort sicher nicht sparen, sondern mehr investieren sollte, dann ist es in die Präventionsarbeit gegen psychische Krankheiten. Okay, jetzt komme ich noch zum Antrag der Fachstelle für Menschen mit Behinderung. Dort bin ich nicht gleicher Meinung wie meine Vorrednerin. Nach wie vor kann die Fachstelle ihrem komplexen Auftrag nicht annähernd gerecht werden. Es ist ein Fakt, dass das Thema politisch untergeht und die Schweiz wurde von der UNO dafür gerügt. Es muss vorwärtsgehen, was aber mit dem vorhandenen Budget der Fachstelle nicht möglich ist. Wir finden, dies

sei ein trauriges Zeugnis für die Stadt Bern, und in der Stadt Bern wird die Vielfalt doch so hochgehalten. Das könnten wir mit der Annahme dieses Antrags heute Abend ändern. Jetzt bin ich fertig. Merci.

Präsidentin: Merci Sarah. Dann kommt als nächstes Sofia Fisch.

Sofia Fisch, Einzelvotum: Ich werde zuerst unseren Antrag zur Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen begründen und danach noch auf die Anträge eingehen, wo wir anders stimmen als die SP. Also zuerst zur Fachstelle: Die Fachstelle hat den Auftrag, Themen und die Bedürfnisse der Migrationsbevölkerung und von Personen mit Rassismuserfahrung aufzugreifen. Um Themen und Bedürfnisse von Personen mit Rassismuserfahrung aufzunehmen, die nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gemäss der Definition vom BFS gehören, fehlt es aber heute an der Finanzierung. Die anteilmässige Finanzierung der Fachstelle ist an den Anteil von Personen mit Migrationshintergrund nach Definition des BFS geknüpft. Es ist aber hoffentlich uns allen klar, dass es also noch ganz viele andere Leute gibt, die auch Rassismuserfahrungen oder Diskriminierungserfahrungen machen in dem Bereich, die eben nicht zu dieser Gruppe gehören.

Die Stadt Bern braucht eine Fachstelle, die Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit leistet, die sich an alle Personen richtet, die Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus oder weitere Diskriminierungsformen in der Stadt Bern erleben. Für das braucht es eine Erhöhung des Globalkredits von 142'000 Franken. Mit diesem Betrag können die nötigen Personalkosten für die 80% Stelle gedeckt werden und Sachkosten für Projektgelder von 30'000 Franken bereitgestellt werden. Das ist das, was die Fachstelle braucht, damit sie ernsthafte Arbeit leisten kann und es eben nicht zu einer Alibiübung wird. Es ist nichts Neues, aber es zeigt sich heute wieder, dass es den Bürgerlichen nicht darum geht, die Bekämpfung von Antisemitismus voranzutreiben. Es geht ihnen nicht um die Betroffenen, sie zeigen es heute Abend eben gerade wieder, dass ihre Vorstösse zu diesem Thema nichts anderes sind als eine Alibiübung. Ich komme wirklich nicht ganz daraus. Sie fordern in ihrem Vorstoss die Schaffung einer Stelle, sind aber nicht bereit, die Finanzierung dafür zu übernehmen. Ja, bei eurer Politik muss ich nicht drauskommen.

Weiter werden wir die Anträge 47 und 48 annehmen, wo es um die Erhöhung des Budgets für die Lernbelehrbegleitungen vom GBV geht. Unser Bildungssystem ist ungerecht. Als Massnahme für soziale Gerechtigkeit ist die Annahme dieser Anträge zentral. Auch die Anträge, die den Gesundheitsdienst betreffen, werden wir alle annehmen. Wir erleben im Moment eine psychische Gesundheitskrise und das betrifft insbesondere junge Menschen. Auf städtischer Ebene haben wir die Möglichkeit der Prävention und genau diese Möglichkeit müssen wir jetzt dringend nutzen. Zudem werden wir den Antrag zur Erhöhung des Budgets der Fachstelle für Gleichstellung von Menschen mit Behinderung annehmen. Für die Umsetzung von der UNO-Behindertenrechtskonvention sind nämlich auch wir auf kommunaler Ebene verantwortlich und der UNO-Ausschuss nimmt uns in die Pflicht, uns als Schweiz, aber auch uns als kommunalen Parlament und sagt, sprecht mehr finanzielle Ressourcen. Ich finde, es ist mehr als heuchlerisch, wenn man sagt und propagiert man ist für Inklusion, ist nachher aber nicht bereit, die eigene Verantwortung wahrzunehmen, wo nämlich hier beim Staat liegt und die Gelder zu sprechen.

Präsidentin: Merci, Sofia. Dann kommt Ueli Jaisli.

Ueli Jaisli, Einzelvotum: Ich äussere mich da zu 2 Anträgen und vor allem geht es in erster Linie da um die Lernbegleitung, die ich persönlich absolut befürworte. Ich erlebe das tagtäglich an meinem Wohnort, und zwar im Kleefeld, und dort ist es einfach so, dass die Kinder, die das machen, dass die es einfach nachher auch ein bisschen leichter in der Schule haben. Das Problem ist einfach, dass es einfach zu wenig bekannt ist. Ich habe schon mit Eltern gesprochen, dass es das gibt, dass sie ihre Kinder dort schicken können, und dass sie dort unterstützt werden. Es sind auch Eltern, die nicht eine höhere Schulbildung haben, denen es gar nicht möglich ist, eben ihre Kinder nachher in Sachen Aufgaben und Ausbildung begleiten zu können. Ich finde es absolut richtig, dass man da Geld spricht, die 90'000.- Franken, die finde ich absolut sinnvoll eingesetzt. Vor allem muss man einfach schauen, und das ist auch hier so erwähnt, dass das ganze Angebot eigentlich auch etwas niederschwelliger wird und vor allem muss man sich einfach auch darum kümmern, dass eine bessere Bekanntmachung bei den Eltern stattfindet, damit ihre Kinder so eine Unterstützung erhalten können und dann nachher entsprechend auch in den Schulen besser mitkommen. Das brauchen wir, wenn wir integrativ sein wollen, wenn wir die Chancengleichheit wirklich wahrnehmen wollen. Das braucht so etwas und ich finde das einfach für unsere Kindern, vor allem für die ausländischen Kindern – wenn ich das so sagen darf –, finde ich das völlig angebracht, wenn man da die Chancengleichheit von der Stadt her fördert und die 90'000 Franken spricht. Genau um dasselbe geht es bei den Förderungsbeiträgen der Sportvereine. Ich sehe auch bei uns jeweils auf dem Fussballplatz oder auf dem Volleyballfeld, wie wertvoll es ist, wenn verschiedene Leute aus verschiedenen Nationen, also respektive hauptsächlich Jugendliche, zusammenspielen und ein Team bilden können – egal ob es alles Schweizer oder eben es aus verschiedenen Nationen Leute sind, ich finde es eben sehr interessant – und nachher zusammen ein Ziel erreichen können. Das finde ich sehr wertvoll und hilft eigentlich auch, den Dialog nachher zu verbessern unter diesen verschiedenen Kulturen, die wir dort haben. Ich finde es völlig angebracht, dass man einfach die 220'000.- Franken, die das kosten wird, dass man das auch nachher einsetzt im Bezug eben auf die integrative Förderung von diesem Zusammenleben. Und das ist sicher auch Geld, das sinnvoll so angelegt wird. Danke.

Präsidentin: Danke, Ueli. Wenn es keine Einzelvoten mehr gibt, hat Gemeinderätin Franziska Teuscher das Wort. Kannst du dich noch anmelden, bitte?

Franziska Teuscher, Direktorin BSS: Als Sozialbildungs- und Sportdirektorin danke ich euch für eure Voten und auch für die Anträge, die zu meiner Direktion gestellt worden sind. Sie zeigen mir, dass für euch die Politikbereiche wichtig sind. Ob ihr jetzt an gewissen Orten andere Schwerpunkte setzen wollt oder nicht, das ist weniger wichtig für mich. Sondern wichtig ist, dass ihr euch mit diesem Thema auseinandersetzt, denn ich finde, dass die Sozialpolitik und die Bildungspolitik die Schlüssel des Erfolgs unserer erfolgreichen Stadt Bern und ihrer Entwicklung sind, insbesondere auch für Familien. Zu den Anträgen kann ich es kurz machen. Aus fachlicher Sicht spricht eigentlich fast bei keinem Antrag etwas dagegen. Fachlich sind sie grossmehrheitlich berechtigt, aber man muss eben sagen, die Stadt hat nicht nur Sozial-, Bildungs- und Sportpolitik, wir haben auch Klimapolitik, Verkehrspolitik, Kulturpolitik und so weiter und so fort und wir brauchen eben auch eine ausgewogene Finanzpolitik. Und darum ist es halt für den Gemeinderat auch immer ein Abwägen zwischen diesen Perspektiven, die sich eben auch zum Teil widersprechen, was man in ein Budget oder in einer AFP aufnehmen kann und daher bitte ich auch für meine Direktion, dass ihr dem Gemeinderat folgt. Ich komme zum Antrag 124 beim Sozialamt für Pluto: Der Gemeinderat hat diesen Antrag

nicht behandeln können, weil er noch nicht vorgelegen ist. Viele von uns hier im Stadtrat sind mit der SBK Pluto besuchen gegangen und ich bin dort auch dabei gewesen. Ich glaube, wir haben es alle sehr beeindruckend gefunden. Wir konnten die Notwendigkeit dieses Angebotes auch nachvollziehen, und deshalb erlaube ich mir hier aus meiner persönlichen Sicht als Sozialdirektorin etwas zu sagen und hier in diesem Sinn ein wenig abweichend vom Gemeinderat, weil er zu diesem Antrag nicht Stellung nehmen konnte. Aber ich bin sicher der Gemeinderat würde den Antrag, der hier gestellt ist, auch unterstützen, denn es geht um die Ermächtigung, die wir beim Kanton gestellt haben und der Kanton noch nicht behandelt hat. Und diesen 100'000.- Franken sind, wie gesagt worden ist, eigentlich eine Versicherung das Pluto auch seine Pilotphase ausfinanzieren und das Projekt abschliessen kann. Ich habe von meinen Fachstellen keine Zeichen, dass man da Zweifel hat, dass der Kanton die Ermächtigung erteilen wird und von dem her geht man wirklich nicht so ein grosses Risiko ein. Kein Risiko geht man natürlich nie ein bei einer Ermächtigung, die noch nicht gesprochen ist. Aber im Idealfall kann man hier sagen, dass die Stadt den ganzen Betrag, in die Ermächtigung einbringen kann, auch die 100'000 Franken, die ihr heute vielleicht sprechen werden.

Ich komme zum Schulamt und zur Lernbegleitung: Dort möchte ich einfach dem Sprecher der GFL sagen, wir sind daran, die Neuausrichtung der Lernbegleitung zu machen. Das wird sich im nächsten Leistungsvertrag abbilden. Wir werden sie ganz neu ausrichten, damit sie noch niederschwelliger und noch besser den Kindern und den Jugendlichen zugutekommt. Zur Tagesbetreuung, zu den Anträgen, glaube ich, 101 und 102, Betreuungsschlüssel: Ich kann die Argumentation nicht ganz nachvollziehen, wenn man sagt, ja, im Zyklus 3 haben das die Jugendlichen nicht nötig. Ich habe auch so ein bisschen leichte Töne gehört, dass man das eher lustig findet, dass man im Zyklus 3 Kinder unterstützen will. Ich kann ihnen einfach sagen, das sind genau die Kinder, die vorher in die Tagesbetreuung gegangen sind, wo sie auch den Betreuungsschlüssel 1 zu 6 gehabt haben. Das sind eben nicht die Kinder, die wohlbehütet in einer Familie aufwachsen können, das sind Kinder, die manchmal kein soziales Netz haben in der Freizeit. Das sind Kinder, die keine Unterstützung haben, wenn sie eine Bewerbung für eine Lehrstelle schreiben müssen und von dem her bin ich voll und ganz davon überzeugt, dass es auch Sinn macht, im Zyklus 3 der 1 zu 6 Schlüssel anzuwenden und wenn ihr sparen wollt, müsst ihr nicht mit dem Zyklus 3 kommen, weil im Zyklus 3 haben wir vor allem Kinder, die in der Tagesbetreuung angemessen gemeldet sind, nämlich nur 5%, das macht praktisch nichts aus. Wir haben im Zyklus 2 43% und wenn man jetzt sagt, ja es geht nicht um die, doch um die geht es, falls man jetzt den Betreuungsschlüssel heruntersetzen würde, könnten wir es nämlich im Zyklus 2 auch nicht mehr umsetzen. Wir haben es erst im Zyklus 1 umgesetzt. Und hier für uns in der Stadt Bern gehört Unterricht und die Tagesbetreuung zusammen. Wir wissen alle Kinder lernen nicht nur im Schulunterricht, sie lernen auch in der Freizeit mit ihren Freunden und darum ist der Schlüssel 1 zu 6 so ganz ein wichtiges Element in der Umsetzung von der Chancengerechtigkeit. Aber ich muss euch auch noch ein formales Zitat sagen: Wenn ihr den Betreuungsschlüssel ändern wollt, könnt ihr diesen nicht im Budget ändern. Das ist einfach der falsche Ort. Dann müsst ihr eine Reglementsänderung beantragen. Dann diskutieren wir hier im Rahmen einer Reglementsänderung darüber. Der Gemeinderat ist verpflichtet, aufgrund des Reglements den Schlüssel 1 zu 6 umzusetzen. Ich komme noch zum Gesundheitsdienst, zu den Anträgen 57 und 63 für das Planjahr: Hier geht es um ein Projekt digitales Gleichgewicht. Das ist auch für den Gemeinderat ein ganz wichtiges Projekt. Aber hier kann ich euch sagen, dass es nicht nötig ist, dass ihr diesem Antrag im Rahmen des Budgets zustimmt. Die SBK hat die

Weiterentwicklung der Schulinformatik behandelt am Montag vor einer Woche und in ihrer Medienmitteilung hat sie auch festgehalten, dass sie dieses Angebot auf allen Schulstufen und in allen Klassen umsetzen will. Der Antrag wird euch im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Schulinformatikkredits auch noch gestellt hier im Stadtrat und wir werden das Anliegen, das jetzt in diesen 2 Anträgen drin ist mit dem Kredit der Schulinformatik so umsetzen können. Danke vielmals.

Präsidentin: Merci, Franziska, dann kommen wir wieder zu den Abstimmungen. Das hat ja vorher sehr gut funktioniert, das machen wir einfach genau so weiter. Wir sind auf Seiten Nummer 7 und wir fahren fort mit dem Antrag Nummer 40, der ist unterhalb vom Antrag Nummer 100. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 40 der SBK-Minderheit.

Abstimmungen Direktion BSS

Antrag

40 SBK-Minderheit

Budget, BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen

Das Budget 2025 ist um Fr. 25'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 056

2023.FPI.0096: Antrag 40

Annahme

Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Der Antrag Nummer 41 ist zurückgezogen. Ist das richtig? Dann kommen wir zu Antrag Nummer 42 der JUSO.

Antrag

42 JUSO

Budget, BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassismusfragen

Die Fachstelle für Migrations- und Rassismusfragen sei mit zusätzlichen Ressourcen von 142'000 CHF auszustatten, um ihre Antirassismuarbeit auszuweiten auf Menschen die gemäss Definition des Bundesamtes für Statistik (BFS) nicht zur "Bevölkerung mit Migrationshintergrund" gehören.

Abstimmung Nr. 057

2023.FPI.0096: Antrag 42

Annahme

Ja	39
Nein	32
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 43 der JUSO.

Antrag

43 JUSO

Planjahr, BSS 300_Direktionsstabsdienste_Fachstelle_für_Migrations_und_Rassis-
musfragen

Die Fachstelle für Migrations- und Rassismusthemen sei mit zusätzlichen Ressourcen von 142'000 CHF auszustatten, um ihre Antirassismusthemenarbeit auszuweiten auf Menschen die gemäss Definition des Bundesamtes für Statistik (BFS) nicht zur "Bevölkerung mit Migrationshintergrund" gehören.

Abstimmung Nr. 058

2023.FPI.0096: Antrag 43

Annahme

Ja	40
Nein	31
Enthalten	2

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 44 der GB/JA!.

Antrag

44 GB/JA!

Budget, BSS 310_Sozialamt

Das Budget der Wohnberatungsstelle soll um Fr. 80'000 erhöht werden.

Abstimmung Nr. 059

2023.FPI.0096: Antrag 44

Annahme

Ja	39
Nein	33
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Der Antrag Nummer 45 der AL-PdA, der ist zurückgezogen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 124 der AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA!.

Antrag

124 AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA!

Budget, BSS 310_Sozialamt

Der Globalkredit ist um Fr. 100'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 060

2023.FPI.0096: Antrag 124

Annahme

Ja	44
Nein	29
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir kommen zu Antrag Nummer 46 der GB/JA!.

Antrag
46 GB/JA!
Planjahr, BSS 310_Sozialamt
Das Budget der Wohnberatungsstelle soll um Fr. 80'000 erhöht werden.

Abstimmung Nr. 061

2023.FPI.0096: Antrag 46

Annahme

Ja	39
Nein	33
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Es gibt eine Gegenüberstellung, und zwar der Antrag Nummer 47 der SBK. Wer den bevorzugt drückt Grün. Wer den Antrag Nummer 48 der SBK-Minderheit bevorzugt, drückt Rot.

Antrag
47 SBK
Budget, BSS 320_Schulamt
Das Budget ist um Fr. 90'000.- zu erhöhen, damit Kinder und Jugendliche aus allen Stadtteilen die Lernbegleitung des GVB (Gemeinnütziger Verein der Stadt Bern) besuchen können.
48 SBK-Minderheit
Budget, BSS 320_Schulamt
Das Budget ist, um Fr. 140'000 zu erhöhen, damit Kinder und Jugendliche auch in der Oberstufe die Lernbegleitung des GVB (Gemeinnütziger Verein der Stadt Bern) besuchen können.

Abstimmung Nr. 062

2023.FPI.0096: Antrag 47 vs. Antrag 48

Antrag 47 obsiegt

Ja	51
Nein	22
Enthalten	0

Präsidentin: Der obsiegende Antrag ist der Antrag Nummer 47 der SBK. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 47.

Abstimmung Nr. 063

2023.FPI.0096: Antrag 47

Ablehnung

Ja	26
Nein	46

Enthalten	1
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 101 der FDP/JF.

Antrag

101 FDP/JF

Budget, BSS 320_Schulamt

Auf die Erhöhung des Personals Tagesbetreuung aufgrund des Betreuungsschlüssels 1:6 für alle Kinder ist zu verzichten. Es sind entsprechend keine zusätzlichen Gelder einzustellen. Das Budget ist um Fr. 1'300'000.00 zu kürzen.

Abstimmung Nr. 064

2023.FPI.0096: Antrag 101	
Ablehnung	
Ja	18
Nein	41
Enthalten	15

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 49 der SBK-Minderheit.

Antrag

49 SBK-Minderheit

Planjahr, BSS 320_Schulamt

JeKi: Der Betrag für JeKi sei in jedem Planjahr 26-28, um Fr. 150'000 aufzustocken, damit im 2028 die Fr. benötigten Ressourcen zusammenkommen, die nötig sind, damit JeKi flächendeckend eingeführt werden kann.

Abstimmung Nr. 065

2023.FPI.0096: Antrag 49	
Annahme	
Ja	41
Nein	33
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 102 der FDP/JF.

Antrag

102 FDP/JF

Planjahr, BSS 320_Schulamt

Auf die Erhöhung des Personals Tagesbetreuung aufgrund des Betreuungsschlüssels 1:6 für alle Kinder ist zu verzichten.

Abstimmung Nr. 066

2023.FPI.0096: Antrag 102	
---------------------------	--

Ablehnung

Ja	17
Nein	41
Enthalten	14

Präsidentin: Ihr habt den Antrag abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 50 der SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA.

Antrag

50 SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA

Budget, BSS 330_Familie_und_Quartier

Der Globalkredit ist um Fr. 300'000 für den Leistungsvertrag mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (toj) zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 067

2023.FPI.0096: Antrag 50

Annahme

Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 51 der SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA.

Antrag

51 SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA

Planjahr, BSS 330_Familie_und_Quartier

Der Globalkredit ist für die Planjahre 2026 bis 2028 um Fr. 300'000 für den Leistungsvertrag mit dem Trägerverein für die offene Jugendarbeit in der Stadt Bern (toj) zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 068

2023.FPI.0096: Antrag 51

Annahme

Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 52 der SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA.

Antrag

52 SP/JUSO, GB/JA, AL/PdA

Planjahr, BSS 330_Familie_und_Quartier

Der Gemeinderat stellt für die Planjahre 2026 bis 2028 ausreichend Ressourcen zur Verfügung, damit die Jugendhäuser angemessen bewirtschaftet und von Jugendlichen autonom genutzt werden können.

Abstimmung Nr. 069

2023.FPI.0096: Antrag 52	
Annahme	
Ja	46
Nein	27
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 53 der SBK-Minderheit.

Antrag

53 SBK-Minderheit

Planjahr, BSS 330_Familie_und_Quartier

Die Deckelung des Betrags im Globalbudget, der für die Betreuungsgutsprachen im Altersbereich reserviert ist respektive die Kontingentierung dieses Betrags soll aufgehoben werden. Stattdessen soll der Betrag im Globalbudget jedes Jahr prozentual an die Anzahl der bezugsberechtigten Menschen angepasst werden.

Abstimmung Nr. 070

2023.FPI.0096: Antrag 53	
Annahme	
Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 54 der SBK-Minderheit.

Antrag

54 SBK-Minderheit

Budget, BSS 370_Gesundheitsdienst

Das Budget des Gesundheitsdienstes sei um Fr. 162'500.- aufzustocken, in allen 8. Klassen der Stadt Bern das wissenschaftlich fundierte Präventionsprogramm "Zwäg! Du seisch wo düre" durchgeführt werden kann.

Abstimmung Nr. 071

2023.FPI.0096: Antrag 54	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 55 der SBK-Minderheit.

Antrag

55 SBK-Minderheit

Budget, BSS 370_Gesundheitsdienst

Das Budget sei, um Fr. 50'000 aufzustocken, dass 30 zusätzliche Stellenprozente für das "Gesundheitsfördernde Schulhausznüni mit Elternmitwirkung" gesprochen werden können.

Abstimmung Nr. 072

2023.FPI.0096: Antrag 55

Ablehnung

Ja	20
Nein	54
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über der Antrag Nummer 56 der SBK-Minderheit.

Antrag

56 SBK-Minderheit

Budget, BSS 370_Gesundheitsdienst

Das Budget des Gesundheitsdienstes sei um Fr. 62'500.- zu Gunsten der Familienbegleitung und des Programms "schritt:weise" aufzustocken.

Abstimmung Nr. 073

2023.FPI.0096: Antrag 56

Ablehnung

Ja	20
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über Antrag Nummer 57 der SBK-Minderheit.

Antrag

57 SBK-Minderheit

Budget, BSS 370_Gesundheitsdienst

Das Budget soll um Fr. 125'000 ausgebaut werden, um das Angebot "Digitales Gleichgewicht" in allen Schulen durchführen zu können.

Abstimmung Nr. 074

2023.FPI.0096: Antrag 57

Annahme

Ja	40
Nein	34
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 58 der SBK-Minderheit.

Antrag
 58 SBK-Minderheit
 Budget, BSS 370_Gesundheitsdienst
 Das Budget soll um Fr. 35'000 ausgebaut werden, um das Angebot "Pausenkioske in Zusammenarbeit mit toj" in allen interessierten Schulen durchführen zu können.

Abstimmung Nr. 075

2023.FPI.0096: Antrag 58	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	52
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 59 der SBK-Minderheit.

Antrag
 59 SBK-Minderheit
 Budget, BSS 370_Gesundheitsdienst
 Das Budget der Fachstelle Gleichstellung für Menschen mit Behinderungen sei um Fr. 160'000.- zu erhöhen bzw. die Stelle um 120 Stellenprozente aufzustocken.

Abstimmung Nr. 076

2023.FPI.0096: Antrag 59	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	51
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummern 60 der SBK-Minderheit.

Antrag
 60 SBK-Minderheit
 Planjahr, BSS 370_Gesundheitsdienst
 Das Budget des Gesundheitsdienstes sei in jedem Planjahr um Fr. 162'500.- aufzustocken, so dass im Planjahr 2028 insgesamt 650'000 Franken mehr für das wissenschaftlich fundierte Präventionsprogramm "Zwäg! Du seisch wo düre" zur Verfügung steht als heute, so dass dieses in allen 8. Klassen der Stadt Bern durchgeführt werden kann.

Abstimmung Nr. 077

2023.FPI.0096: Antrag 60	
Ablehnung	
Ja	21
Nein	53
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 61 der SBK-Minderheit.

Antrag
 61 SBK-Minderheit
 Planjahr, BSS 370_Gesundheitsdienst
 Es sei in den Planjahren 2026-2028 Fr. 50'000 einzustellen, um die zusätzlichen 30 zusätzlichen Stellenprozente für das "Gesundheitsfördernde Schulhausznüni mit Elternmitwirkung" langfristig zu sichern.

Abstimmung Nr. 078

2023.FPI.0096: Antrag 61	
Ablehnung	
Ja	22
Nein	51
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 62 der SBK-Minderheit.

Antrag
 62 SBK-Minderheit
 Planjahr, BSS 370_Gesundheitsdienst
 Das Budget des Gesundheitsdienstes sei jährlich bis und mit dem Planjahr 2028 um Fr. 62'500.- zu Gunsten der Familienbegleitung und des Programms "schritt:weise" aufzustocken.

Abstimmung Nr. 079

2023.FPI.0096: Antrag 62	
Ablehnung	
Ja	20
Nein	54
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 63 der SBK-Minderheit.

Antrag
 63 SBK-Minderheit

Planjahr, BSS 370_Gesundheitsdienst

Das Budget soll in den Planjahren 2026-28 um Fr. 125'000 ausgebaut werden, um das Angebot "Digitales Gleichgewicht" in allen Schulen durchführen zu können.

Abstimmung Nr. 080

2023.FPI.0096: Antrag 63

Annahme

Ja	39
Nein	35
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind bei Antrag Nummer 64 der SBK-Minderheit.

Antrag

64 SBK-Minderheit

Planjahr, BSS 370_Gesundheitsdienst

Das Budget soll in den Planjahren 2026-28 um Fr. 35'000 ausgebaut werden, um das Angebot "Pausenkioske in Zusammenarbeit mit toj" in allen interessierten Schulen durchführen zu können.

Abstimmung Nr. 081

2023.FPI.0096: Antrag 64

Ablehnung

Ja	20
Nein	52
Enthalten	1

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 65 der SBK.

Antrag

65 SBK

Budget, BSS 380_Sportamt

Das Budget ist um CHF 220'000.- für die Wiederaufnahme der Förderbeiträge an Sportvereine zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 082

2023.FPI.0096: Antrag 65

Annahme

Ja	54
Nein	16
Enthalten	3

SUE inklusive Sonderrechnung

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind durch mit den Anträgen der BSS. Dann kommen wir zur nächsten Direktion. Die PRD ist auf morgen verschoben, und deshalb kommt jetzt die SUE inklusive Sonderrechnung. Und ich erteile der Kommission das Wort. Für die RWSU, Mirjam Roder.

Mirjam Roder für die RWSU: Die Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt hat an ihrer Sitzung im August ausführlich über die Ergebnisse der Delegationsbesuche bei der SUE diskutiert. Zu diskutieren gab vor allem die Motion zur Umbenennung der Fremdenpolizei. Das Polizeiinspektorat hat ausgeführt, dass es für eine solche Namensänderung eine Vertragsanpassung braucht und dass der Kanton Interesse daran hat, die Kompetenzen der Stadt zu übernehmen. Diese könnten dazu führen, dass die Stadt bei Vertragsverhandlungen die Kompetenzen der Fremdenpolizei verlieren würde. Die Kosten der Namensänderung wurden auf eine halbe Million geschätzt. Weil es aber der RWSU ein grosses Anliegen ist, dass die Kompetenzen der Fremdenpolizei in der Stadt bleiben und nicht an den Kanton überführt werden und uns das Vorgehen zu riskant ist, hat die RWSU entschieden, keinen entsprechenden Antrag zur Einstellung der Kosten der Namensänderung zuhanden des Stadtrates zu verabschieden. Hingegen sind aus der RWSU 2 gleichlautende Anträge beim EKS zuhanden vom Stadtrat verabschiedet worden, einer für das Budget und einen für die Planjahre 2026 bis 2028. Und zwar geht es darum, einen Unterstützungsbeitrag im Umfang von jährlich 10'000.- Franken an die feministische Friedensorganisation Frieda, ehemals Christlicher Friedensdienst (cfd) für die Koordination der Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen" wieder in das Budget aufzunehmen. Ich sage wieder, weil das einer Planungserklärung und einer Motion entspricht, die vom Stadtrat überwiesen worden sind. Was der Gemeinderat jetzt aber wieder aus dem Budget streichen wollte, das mit der Begründung, dass die Stadt über die Personalressourcen schon einen Beitrag an die erwähnte Kampagne leistet. Wer sich aber ein bisschen mit NGOs auskennt, weiss, wie schwierig es ist, Mittel zu beschaffen und wie viel Effort hinein investiert werden muss. Und noch viel schwieriger ist es, Mittel für Aktivitäten zu beschaffen, die eine gewisse politische Sensibilität haben. Vor dem Hintergrund, dass das Thema Gewalt gegen Frauen für die Stadt Bern ein so wichtiges Thema ist, hat die Kommission gefunden, dass es ein falsches Signal ist, auf die Umsetzung einer überwiesenen Planungserklärung zu verzichten, dies auch vor dem Hintergrund, dass es ein sehr kleiner Betrag ist, der aber sehr viel bewirken kann, was man schon daran sieht, dass die Kampagne in den letzten Jahren gewachsen ist und eine wichtige nationale Ausstrahlung hat. Abschliessend kann ich sagen, dass die RWSU euch einstimmig empfiehlt, das Budget der SUE anzunehmen und der AFP 2026 bis 2028 von der SUE zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Danke.

Präsidentin: Danke, Mirjam. Dann kommen wir zu den Fraktionserklärungen. Gibt es Fraktionserklärungen? Anna Leissing für die GB/JA!-Fraktion.

Anna Leissing (GB) für die Fraktion: Wir reden hier über das Budget der SUE, die Mittel für Dienststellen mit recht unterschiedlichen Aufgaben bereitstellt. Ich will die Arbeit des Bauinspektorats, von Schutz und Rettung Bern, des Polizeiinspektorats und des Tierparks nicht schmälern, wenn ich mich an dieser Stelle auf 2 Dienststellen konzentriere, wo Anträge dazu bestehen und das, auch weil das für uns 2 Dienststellen sind, die wichtige Themenbereiche abdecken und wo wir ein grosses Interesse daran haben, dass genügend Ressourcen dafür zur Verfügung stehen. Fangen wir beim Amt

für Umweltschutz an. Neben Umwelt- und Gewässerschutz ist das AFU für die Rahmenstrategie nachhaltige Entwicklung und die Energie- und Klimastrategie zuständig, und hat entsprechende Leistungsindikatoren, die über den Fortschritt hinsichtlich der Bekämpfung der Klimakrise absolut zentral sind. Einerseits geht es um die Emissionen bis 2025, und wir wissen, dass wir gemäss Klimareglement auf 3,14 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr sein müssen. Es kommen Leistungsindikatoren zum Ausbau von Fernwärme, Reduktion von Gasanschlüssen und die Installation von Wärmepumpen dazu. Jetzt ist es so, dass diese Ziele oder diese Indikatoren nur dann erreicht werden können, wenn verschiedene Akteur*innen inner- und ausserhalb der Stadtverwaltung zusammenspannen und ihren ganzen Spielraum ausnutzen und damit auch das AFU seinen Spielraum ausnutzen kann, um die Akteur*innen dahingehend zu beraten und zu koordinieren. Und damit komme ich zu den Anträgen Nummer 76 und 77 der GB/JA!-Fraktion. Es geht hier genau um eine Tätigkeit des AFU, die für die Erreichung der Klimaziele absolut essenziell ist. Es geht darum, private Hauseigentümer*innen und Liegenschaftsverwaltungen bezüglich Sanierungen zu beraten. Das ist zentral, weil die Stadt selber wenige Gebäude hat, die sie energie-politisch sanieren und damit vorwärts machen kann.

Die Präsidentin bittet um mehr Ruhe.

Danke. Darum ist es wichtig, dass man in diese Transformation eben auch die privaten Liegenschaftsbesitzer einbezieht. Kürzlich bin ich und einige andere hier im Raum an einer Tagung gewesen zu sozialverträglichen Sanierungen und da sind 2 Sachen recht deutlich herausgekommen: Erstens, Heizungersatz, energetische Sanierungen, Solaranlagen etc. sind absolut notwendig zum Klimaziel erreichen. Die Stadt hat selber aber wenig Gebäude und muss darum koordinieren mit privaten Akteur*innen auf dem Immobilienmarkt. Und dazu kommt, dass für sämtliche Gebäude in der Stadt Bern einen Grossteil in den nächsten Jahren Sanierungen anstehen. Es ist dringend nötig, energetische Sanierungen durchzuführen, denn rund 80% des ganzen Bestands in der Stadt Bern ist sanierungsbedürftig. Hier kann die Stadt über die Beratung die Entwicklung begleiten, auch fördern und herausfordern, Hausbesitzer*innen Anreize aufzeigen, Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigen, Expertisen teilen und Akteuren*innen vernetzen. Das sind alles Sachen, die helfen können, in diesen Sanierungen vorwärtszumachen. Und dann kommt noch der zweite Punkt ins Spiel, der aus der Sicht der GB/JA!-Fraktion fast noch wichtiger ist in diesem Zusammenhang. Und das ist der Begriff sozialverträglich, denn es ist klar, dass die Sanierungen anstehen und es ist absolut zentral, dass das nicht wenig Verdienende abhängt und aus der Stadt verdrängt. Das bedeutet, dass man mit privaten Liegenschaftsbesitzern schauen muss, wie man die Sanierung machen kann, damit sie eben nicht zum enormen Ansteigen von Mietzinsen führen, dass sie nicht zu Leerkündigungen führen müssen, dass keine Totalsanierungen nötig sind. Was gäbe es für kreative und innovative Beispiele, auf die man sich beziehen könnte, wie man Sanierungen sozialverträglich durchführen kann. Und eine solche Stossrichtung, wenn man das anstreben will, könnte eben auch durch eine ausgebaute Beratung des AFU in Koordination mit anderen Stellen der Stadt abgedeckt werden. Deshalb ist es für uns wirklich zentral, dass wir das Beratungsangebot frühzeitig ausbauen. Es wird ein zentrales Element sein der Energie- und Klimastrategie und darum beantragen wir, dass wir bereits im Budget 2025 einen Betrag einstellt und nachher ab 2026 klar eine ausgebaute Beratung zur Verfügung stellen kann. Hier muss ich noch eine Formalität anmerken zu diesen beiden Anträgen. Also das ist klar, die gehören zusammen und es geht darum, beim AFU eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Weil aber im 2025 davon

voraussichtlich etwa die Hälfte beansprucht oder belastet wird, sind nur 75'000.- Franken budgetiert und ab 2026 dann 150'000.- Franken, die nötig sind für die zusätzliche Stelle.

Ein zweiter Antrag, der relevant ist in Punkto Klimakrise, ist der Antrag der FDP, Nummer 113. Es ist klar, dass die GB/JA!-Fraktion diesen Antrag ablehnen wird. Vielleicht trotzdem einfach noch ganz kurz eine Begründung. Wir sind uns wohl alle einig – also es sind keine News –, dass nachhaltige Ernährung oder klimaverträgliche Ernährung ein essenzieller Teil für die Erreichung der Klimaziele ist. Es sind etwa 15% bis 20% von allen Emissionen, die durch Ernährung verursacht werden. Die Stadt Zürich hat, das noch genauer beziffert für ihr Gebiet. Bei ihnen sind es etwa 2 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, die auf die Ernährung zurückgehen. Und auch wenn man davon ausgeht, dass man natürlich nicht sämtliche Emissionen, die mit der Ernährung verbunden sind, abschaffen kann, hat die Stadt Zürich aber auch berechnet, dass wenn alle Einwohner*innen der Stadt Zürich sich nur an 2 Tagen der Woche pflanzlich ernähren würden, dass 90'000 Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen würde. Das heisst, umgerechnet auf pro Kopf sind das 0,2 Tonnen und wenn wir anschauen, was wir in der Stadt Bern erreichen müssen, nämlich eine Reduktion von 1,28 Tonnen seit den Emissionen, die wir 2023 noch gehabt haben, dann sind 0,2 Tonnen nicht nichts, die man einsparen könnte, rein durch 2 Tage pro Woche pflanzliche Ernährung von sämtlichen Bewohner*innen der Stadt Bern. Um dort hinzukommen, braucht es die Koordination. Es braucht Sensibilisierung. Es müssen verschiedene Akteurinnen und Akteure mitspielen, mitziehen, wie Schulen, Verwaltungsstellen, die Bevölkerung. Dazu braucht es die Fachstelle nachhaltige Ernährung, die ausserdem schon die ganzen Grundlagen für klimaverträgliche Ernährung ausgearbeitet hat. Es geht jetzt darum, das Konzept umzusetzen. Diese Fachstelle jetzt zu streichen wäre also nicht nur inhaltlich-politisch falsch, sondern auch ziemlich ineffizient.

Und dann komme ich noch zu den Anträgen Punkto Amt für Erwachsenen- und Kinderschutz, nämlich Anträge 78 und 79 der RWSU. Es ist gesagt worden, es geht um 10'000 Franken für Frieda, die feministische Friedensorganisation, früher die CFD. Wir haben den Betrag letztes Jahr gesprochen. Der Gemeinderat hat das wieder herausgestrichen. Das ist aus unserer Sicht recht unverständlich, wenn man schaut, was Frieda für eine absolut zentrale Rolle einnimmt in dieser Koordination der Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen". Die Stadt Bern, die geschlechtsspezifische Gewalt so hoch auf der Agenda hat und nachher nicht bereit ist, einer absolut zentralen Organisation in dem Thema 10'000 Franken pro Jahr für die Koordination von dieser Kampagne zu sprechen, ist aus unserer Sicht nicht verständlich. Wir möchten sie alle einladen, die Superarbeit von Frieda zu honorieren und dem Antrag zuzustimmen. Die 10'000 Franken sind für Frieda, als NGO, als kleine NGO, extrem viel Wert und für die Stadt Bern wirklich Peanuts. Und dann noch der letzte Antrag 114 der SP-JUSO, dem werden wir auch zustimmen. Es macht Sinn, dass man für die Fachstelle häusliche Gewalt und Stalking realistische Planungsgrundlagen schafft und ein entsprechendes Budget anpasst, um dort wirklich ein bedarfsgerechtes Angebot an Gewalt und Stalking anbieten zu können. Wir bitten sie deshalb, die Anträge der GB/JA!, der SP-JUSO und der RWSU anzunehmen und den Antrag der FDP abzulehnen. Danke vielmals.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann kommt Matteo Micieli für die AL-PdA-Fraktion.

Matteo Micieli (PdA) für die Fraktion: Bei der SUE ist es relativ simpel wie immer, wir nehmen alle Anträge und Planungserklärungen der GB/JA!, der RWSU und der SP-JUSO an und der Antrag der FDP lehnen wir ab und ich glaube, unsere Haltung ist hier

allen klar. Dass es proaktive und zielgruppengerechte Beratung von Hauseigentümer*innen braucht, das ist irgendwie sinnvoll und logisch. Energetische Sanierungsformen sind wichtig und ebenso – und das ist, glaube ich für uns als Fraktion auch sehr wichtig – soziale Abfederung. Wir haben ein zumindest zum Teil ambitioniertes Klimareglement, das wir erreichen wollen und so etwas würde zeigen, dass wir das auch versuchen zu erreichen. Wir haben aber auch einen sozialen Auftrag und wir sind in der Stadt in der Pflicht zu schauen, dass Hauseigentümer*innen verantwortungsvoll mit den Mieter*innen umgehen und solche Sanierungen abgedeckt werden können.

Dass wir den RWSU-Antrag annehmen, muss ich, glaube ich, eigentlich nicht weiter erklären. Die Anträge haben wir ja letztes Jahr auch eingereicht und die Planungserklärung und beides ist relativ klar angenommen worden. Jetzt kann man sagen, dass es ein bisschen unser Fehler ist, dass wir geglaubt haben, dass die Planungserklärung irgendetwas bringt, das tut uns leid, und dass sich dann die Stadt auch dazu überwinden würde, die 10'000.- Franken jährlich locker zu machen. Wir können diesen Antrag auch jedes Jahr wieder einreichen. Dafür sind wir ja auch da. Es steht in der Antragsbegründung, aber das viele Geld, das Frieda offenbar, laut dem Gemeinderat, hat und deshalb diese Planungserklärung nicht umsetzen will, ist zweckgebunden und das heisst – auch für den Gemeinderat – sie dürfen es für die Kampagne nicht brauchen. Die Kampagne ist aber wichtig und deshalb setzen wir es doch einfach um, was wir letztes Jahr schon beschlossen haben. Den Antrag der SP-JUSO unterstützen wir natürlich auch, damit eine Fachstelle nicht nur einfach auf dem Papier gut klingt, braucht es in der Nachfrage entsprechend Geld und Ressourcen. Und das gilt eigentlich für jede Fachstelle. Vielmehr muss man da nicht dazu sagen. Nachher noch schnell zum FDP-Antrag: Der bis jetzt praktisch einzige Inhalt, der ihr für eure Wahlkampagne auf die Beine gestellt habt auf Instagram und Twitter, ist irgendwie einfach das Gegenteil zu fordern, was die Linken fordern. Also weil die Linken gegen Videoüberwachung sind, setzt ihr euch für eine freie Wahl vom Heimweg ein, wo immer da genau der Zusammenhang ist und offenbar ist der Heimweg nachher immer über die Schützenmatte und darum braucht es auf der Schütz Videokameras.

Und ein bisschen dasselbe sehe ich jetzt auch bei dem Antrag, den ihr da macht im Budget. Und zwar habt ihr einen Antrag gemacht, in dem ihr auf Gemeindeebene versprecht, dass alle ihr eigenes Menü wählen können. Auf dem Grill auf dem Foto auf Instagram ist irgendwie ein ungewürztes Poulet und ein paar Peperoni zu erkennen, sieht so halb fein aus, aber wenn man das auswählen will, kann man das gerne auswählen, das ist niemandem verboten. Und in der Unterschrift schreibt ihr nachher, dass die links-grüne Mehrheit etwas dagegen hat, wenn die Leute am Buskers, am Stadtfest oder in Restaurants ihr Essen selber auswählen wollen. Also ihr macht eigentlich auf lokaler Ebene den Wahlkampf mit Nahrung, mit Nahrungsmitteln, mit Essen, was auch immer und wollt euch eigentlich gegen die Bevormundung wehren, dieser links-grünen Stadt, die das Leben lebensunwürdig macht. Und gleichzeitig bekämpft ihr mit dem Argument, dass es auf Gemeindeebene sinnlos ist, irgendwie so eine Fachstelle zu haben, die Fachstelle und sagt, das muss, wenn schon der Kanton und der Bund irgendwie machen und sicher nicht die Gemeinde. Also ihr macht einerseits zwar die Politik damit, oder das definiert ein bisschen euer Inhalt und gleichzeitig sagt ihr nachher, dass macht auf Gemeindeebene keinen Sinn und deshalb wollen wir es jetzt nicht. Also ihr müsst euch ein bisschen für etwas entscheiden. Ich habe nichts gegen Populismus per se, aber das ist dann schon ein bisschen zu einfach irgendwie. Ja, das ist alles.

Präsidentin: Merci, Matteo. Einen Moment, es gibt noch einen Ordnungsantrag von Janosch Weyermann.

Janosch Weyermann (SVP): Merci vielmals, ich möchte es nicht künstlich verlängern. Ich würde den Antrag stellen, dass wir heute Abend noch SUE fertig behandeln. Reto Nause ist vorhin extra von zuhause nochmal in die Stadt gekommen, damit wir das noch fertig machen können und wir morgen nicht um 9.05 Uhr gerade mit den Abstimmungen starten müssen, sondern morgen noch etwas Zeit für die TVS haben. Merci.

Ordnungsantrag
Weyermann

Die Sitzung ist nach 22.30 Uhr fortzusetzen, bis die Direktion SUE zu Ende beraten und darüber abgestimmt ist.

Präsidentin: Merci, Janosch. Wir stimmen ab und wenn die Hälfte zustimmt, dann werden wir heute SUE-Direktion noch beenden.

Abstimmung Nr. 083

2023.FPI.0096: Ordnungsantrag

Annahme

Ja	37
Nein	22
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Darf ich um Ruhe bitten weiterhin, sonst wird es etwas anstrengend hier vorne. Als nächstes kommt Simone Richner für die FDP/JF-Fraktion.

Simone Richner (FDP) für die Fraktion: Offenbar macht die FDP ganz viel richtig, dass sie heute so viel in dieser Budgetdebatte genannt wird, insbesondere von unserer links-grünen Seite. Merci vielmals für die Aufmerksamkeit. Ich bin überzeugt, dass wir hier sehr kompetent sind, insbesondere mit unserer Gemeinderatskandidatin. Zurück zu den SUE-Anträgen. In der aktuellen finanziellen Lage der Stadt Bern ist es wichtiger denn je, dass wir genau schauen, wo wir die Steuergelder einsetzen. Wir müssen Prioritäten setzen und die Finanzen der Stadt nicht überlasten. Die FDP/JF-Fraktion legt darauf Wert, dass sich die Stadt auf ihre Kernaufgaben konzentriert und dort handelt, wo es wirklich nötig ist und darum auch unseren Antrag übrigens. Dann komme ich gerade zu unserem Antrag, zur Streichung der Fachstelle für nachhaltige Ernährung. Die nachhaltige Ernährung ist ein wichtiges Thema, aber in der aktuellen Situation müssen wir uns auch auf wesentliche Aufgaben der Stadt konzentrieren, eben die sogenannten Kernaufgaben. Und da gehört die Ernährung leider nicht dazu. Das wir uns zwangsläufig mit der Ernährung beschäftigen, ist dank euren Anträgen, einfach das auch noch einmal, um es in die Erinnerung zu rufen. Es ist nicht unsere Idee, ein Verbot an unsere Bevölkerung zu verlegen. Deshalb beantragen wir die Streichung dieser Fachstelle. Zur Beratung von Eigentümer*innen von Liegenschaften: Auch dort ist es grundsätzlich eine gute Sache, aber auch hier gibt es genug Private, aber auch kantonale Stellen oder Bundesstellen, die das schon anbieten. Insofern muss die Stadt nicht auch noch hinein preschen. Zu der Finanzierungskampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen", etwas, was mir sehr wichtig ist und wo wir unbedingt für das Engagement eigentlich eintreten,

aber wir müssen die finanzielle Förderung von einzelnen NGOs, wie Frieda, kritisch betrachten. Es gibt viele wichtige Organisationen, die in diesen Bereichen tätig sind und es wäre nicht gerecht, dass die Stadt nur eine Organisation bevorzugt und unterstützt. Das schafft Ungleichgewicht und macht die NGOs von einer Stadt abhängig. Das ist langfristig nicht in unserem Interesse. Deshalb lehnen wir beide Anträge ab. Noch zur Anpassung der Planungsgrundlage bezüglich häuslicher Gewalt und Stalking. Die Beratungsstelle für häusliche Gewalt und Stalking leistet extrem wichtige Arbeit, finden wir, die für die betroffenen Direkthilfe bedeutet. Die nähere Nachfrage zeigt, dass es nötig ist, eine Planungsgrundlage dafür realistisch anzupassen. Wir müssen sicherstellen, dass die Beratungsstelle genügend Ressourcen hat und ihre wichtige Aufgabe ohne Einschränkungen erfüllen kann. Deshalb wird die FDP/JF dem Antrag mehrheitlich zustimmen. Merci vielmal.

Präsidentin: Merci, Simon. Für die SP-JUSO-Fraktion, Judith Schenk.

Judith Schenk (SP) für die Fraktion: Ich mache es ganz kurz, dann kann man wahrscheinlich sogar noch vor 22.30 Uhr nach Hause. Die Fraktion SP-JUSO lehnt die Anträge 76 und 77 der GB/JA! ab. Die Beratung von Hauseigentümern, damit sie ihre Immobilien nachhaltiger ausrüsten, wäre bestimmt ein wertvolles nice to have, aber für ein freiwilliges Beratungsangebot für private Hauseigentümer sehen wir die Hauptkompetenz nicht in der Stadtverwaltung. Die entsprechenden Kompetenzen sind aber in der Bauwirtschaft vorhanden. Der Antrag 113 der FDP/JF zu der Abschaffung der Beratungsstelle für nachhaltige Ernährung lehnen wir ab. Ich würde mich an meine Vorredner*innen anlehnen, weil Wissen zur Ernährung schliesslich alle betrifft. Selbstverständlich nehmen wir die RWSU-Anträge 78 und 79 für die Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen" an. Wie dringend, dass das ist, ist uns in den letzten Tagen einmal mehr sehr eindrücklich vorgeführt worden. So wie auch unseren Eigenantrag 114 für Beratung bei häuslicher Gewalt und Stalking, damit die Fachstelle, wie es mein Vorredner Matteo bereits gerade gesagt hat, auch umgesetzt werden kann und wir in der Stadt das Minimum an Verantwortung gegen jegliche Gewalt übernehmen können.

Präsidentin: Merci, Judith. Wenn es keine Fraktionserklärungen mehr gibt, sind wir bei den Einzelvoten: Paula Zysset.

Paula Zysset, Einzelvotum: Wir möchten als JUSO gerne nochmal kurz die Zeit nutzen, auch wenn es schon spät ist, um die Relevanz von unserem Antrag 114 zu begründen. Die Planungsgrundlage im AFP zur häuslichen Gewalt- und Stalking-Beratungen ist für die Jahre 2025 bis 2027 bei 390 und damit um fast 100 Beratungen tiefer als es die Rechnung für das Jahr 2023 ausweist. Würde das wirklich in der Realität so stark zurückgehen, wäre das natürlich ein gutes Zeichen, aber wir wissen alle, dass das nicht der Fall ist. Diese Beratungen werden wahrscheinlich sogar zunehmen, weil die Sensibilität für diese Themen steigt und sie auch durch die Stadt mit Projekten wie „Tür an Tür, wir schauen hin“ gefördert werden. Wie also die tiefe Zahl in den AFP kommt, ist schleierhaft und die Finanzierung dieser Beratungen ist deshalb auch nicht genügend abgesichert. Wenn der Gemeinderat dieses Thema ernst nehmen will, ist es unbedingt nötig, dass man in Zukunft genauer auf die effektiven und aktuellen Zahlen schaut und die Planungsgrundlage entsprechend anpasst. Nur so können auch genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, damit die Fachstelle auch ihre anderen Aufgaben erfüllen kann und dort nicht zurückstecken muss, zum Beispiel bei der Prävention. Wir

bitten euch, dieser Planungserklärung zuzustimmen. Zum Budget Antrag 76 und dazugehörigen Planungserklärung vom GB/JA! werden wir im Gegensatz zu unserer Fraktion zustimmen. Es ist ein Fakt, dass man Hauseigentümer*innen nicht zwingen kann, ihre Immobilien energetisch zu sanieren. Man kann eigentlich nur im Sinne einer proaktiven Beratung auf sie zu gehen, um sie dazu zu ermutigen. Genau dies fordert auch der Antrag. Wir haben bei der Bekämpfung der Klimakrise keine Zeit mehr, das auf später zu verschieben und müssen alle Wege, die sich bieten, nutzen. In diesem Sinn werden wir auch diesen beiden Anträgen zustimmen.

Präsidentin: Merci. Paula. Dann kommt Anna Leissing.

Anna Leissing, Einzelvotum: Ich will auch nicht künstlich verlängern. Ich will nur ganz schnell auf etwas reagieren, die Simone vorher gesagt hat, nämlich dass man da eine einzelne NGO herauspickt, wenn man Frieda die 10'000 Franken spricht. Ich möchte wirklich betonen, dass es hier nicht darum geht, dass Frieda einfach besonders eine gute Lobby hat und darum jetzt 10'000 Franken bekommt. Die 10'000 Franken sind explizit für die Koordination von dieser Kampagne "16 Tage gegen Gewalt" und in dieser Kampagne sind sehr viele Organisationen, die in dem Thema aktiv sind, involviert und Frieda bekommt die 10'000 Franken für die Koordinationsfunktion. Und das ist nicht das gleiche, wie wenn man einfach irgendeine Organisation herauspickt. Merci.

Präsidentin: Danke, Anna. Dann kommen wir zum Votum des Gemeinderates Reto Nause.

Reto Nause, Direktor SUE: Ich kann im Namen des Gemeinderates sagen, dass der Gemeinderat alle Aufstockungs- und Kürzungsanträge zum Budget der SUE ablehnt. Ich will zuerst auf die Energieberatung der Stadt Bern zu sprechen kommen. Die Energieberatung, die ist vorbildlich. Wir haben im Gesetz eine Bestimmung verankert, wo wir jeden Heizungsersatz in der Stadt Bern wissen, wie er erfolgt. Und jeden Heizungsersatz in der Stadt Bern erfolgt im Moment eigentlich erneuerbar. Und das bedeutet, dass das, was die Energieberatung anbietet, dort, wo wir die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer unterstützen können, funktioniert und gut funktioniert. Ich komme auf die Fachstelle nachhaltige Ernährung und auf den Kürzungsantrag der FDP. Dort bitte ich euch, diesen abzulehnen. Die Fachstelle nachhaltige Ernährung arbeitet sehr eng zusammen mit den Produzenten. Das sind die Bauern aus der Region, liebe SVP. Das ist der Markt, den die Produkte der Bauern nachher absetzt, also saisonal, regional und nachhaltig. Das wird von dieser Fachstelle propagiert und umgesetzt und so erzielen wir gute Erfolge. Darum bitte ich euch, die Kürzung nicht zu vollziehen. Was die Kampagne "16 Tage gegen die Gewalt an Frauen" angeht, das machen wir schon lange, da unterstützen wir als EKS schon lange die Kampagne. Wir sind einfach der Auffassung, wir machen als Stadt genug und wir wollen nicht 10'000 Franken einfach an eine Frieda ausschütten, sondern wir machen das eigentlich gut als Stadt und möchten nicht hier Externe noch mit Geld beglücken. Ich danke euch, wenn ihr dem Gemeinderat folgen.

Präsidentin: Danke, Reto. Wir werden als nächstes über die Anträge abstimmen der SUE. Die sind auf der Antragsliste auf Seite 17, ab Antrag Nummer 76. Nachher gibt es noch ein Rückkommen und am Schluss noch ein paar Infos für morgen. Wir starten mit der Abstimmung über den Antrag Nummer 76 der von GB/JA!.

Abstimmungen SUE inklusive Sonderrechnung

Antrag

76 GB/JA

Budget SUE 220_Amt_für_Umweltschutz

Im Budget 2025 sind CHF 75'000.00 (0.5 FTE) für die proaktive und zielgruppengerechte Beratung von Hauseigentümer*innen und Liegenschaftsverwaltungen in der Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 084

2023.FPI.0096: Antrag 76

Ablehnung

Ja 22

Nein 49

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 77 der GB/JA!-Fraktion.

Antrag

77 GB/JA!

Planjahr SUE 220_Amt_für_Umweltschutz

Ab dem Planjahr 2026 sind insgesamt CHF 150'000.00 (1 FTE) für die proaktive und zielgruppengerechte Beratung von Hauseigentümer*innen und Liegenschaftsverwaltungen in der Stadt Bern einzustellen.

Abstimmung Nr. 085

2023.FPI.0096: Antrag 77

Ablehnung

Ja 20

Nein 52

Enthalten 0

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 113 der FDP/JF.

Antrag

113 FDP/JF

Planjahr, SUE 220_Amt_für_Umweltschutz

Die Fachstelle für nachhaltige Ernährung und die von ihnen ausgeführten Aufgaben seien ersatzlos zu streichen.

Abstimmung Nr. 086

2023.FPI.0096: Antrag 113

Ablehnung

Ja 17

Nein 53

Enthalten	0
-----------	---

Präsidentin: Der Antrag ist abgelehnt. Wir sind bei Antrag Nummer 78 der RWSU.

Antrag

78 RWSU

Budget, SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz

Im Budget 2025 sind CHF 10'000.00 für die Koordination der Präventionskampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen" einzustellen.

Abstimmung Nr. 087

2023.FPI.0096: Antrag 78	
Annahme	
Ja	45
Nein	26
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir sind beim Antrag Nummer 79 der RWSU.

Antrag

79 RWSU

Planjahr, SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz

Im AFP 2026 – 2028 und ff. sind jährlich CHF 10'000.00 für die Koordination der Kampagne "16 Tage gegen Gewalt an Frauen" einzustellen.

Abstimmung Nr. 088

2023.FPI.0096: Antrag 79	
Annahme	
Ja	44
Nein	27
Enthalten	0

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Wir stimmen ab über den Antrag Nummer 114 der SP-JUSO.

Antrag

114 SP/JUSO

Planjahr, SUE 280_Amt_für_Erwachsenen_und_Kindesschutz

Die Planungsgrundlage zu «Häusliche Gewalt und Stalking Beratung» ist an die tatsächliche Nachfrage der Beratungen anzupassen und das Budget entsprechend zu erhöhen, damit andere Aufgaben der Fachstelle Häusliche Gewalt und Stalking Beratung nicht zurückgestellt werden müssen.

Abstimmung Nr. 089

2023.FPI.0096: Antrag 114	
Annahme	

Ja	42
Nein	28
Enthalten	1

Präsidentin: Ihr habt den Antrag angenommen. Es gibt einen Rückkommensantrag der FDP-JF-Fraktion. Und zwar zum Antrag Nummer 124, das ist der Antrag zu Pluto. Sie haben dort falsch abgestimmt und deshalb ist der Antrag, ob es ein Rückkommen gibt. Bei der Hälfte der Stimmen würden wir noch einmal über diesen abstimmen.

Abstimmung Nr. 090

2023.FPI.0096: Rückkommen	
Annahme	
Ja	63
Nein	7
Enthalten	0

Präsidentin: Ihr habt den Rückkommensantrag angenommen. Wir stimmen noch einmal über den Antrag Nummer 124 ab.

Antrag

124 AL/PdA, SP/JUSO, GB/JA!

Budget, BSS 310_Sozialamt

Der Globalkredit ist um Fr. 100'000 zu erhöhen.

Abstimmung Nr. 091

2023.FPI.0096: Antrag 124	
Annahme	
Ja	52
Nein	12
Enthalten	5

Präsidentin: Der Antrag ist angenommen. Dann sind wir am Ende der Debatte heute angelangt. Es sind mehrere Fragen gekommen, was man machen kann mit Laptops und anderen Materialien, die man hier hat. Die dürft ihr hierlassen, aber bitte nicht auf dem Pult. Also Laptops müsst ihr selber entscheiden, aber andere Materialien würde ich bitte nicht auf dem Pult lassen, sondern unter dem Pult verstauen. Die Sitzung geht morgen um 9 Uhr weiter mit dem Vizepräsidenten Tom Berger und wir sind wirklich sehr, sehr schnell vorwärtsgekommen. Mal schauen, ob wir uns dann am Nachmittag noch sehen und ja, ich wünsche euch auch eine sehr gute Debatte morgen. Einen schönen Abend.

Verschoben und eingereicht

Verschobene Traktanden

Der Stadtrat unterbricht die Beratung von Traktandum 3 und verschiebt die Fortsetzung auf die Sitzung von Freitag, den 13.09.2024 um 9.00 Uhr.

Eingereichte Vorstösse

Anlässlich der heutigen Sitzung wurden folgende Vorstösse eingereicht:

Es wurden ausserdem folgende Anträge eingereicht:

1. Kleine Anfrage Béatrice Wertli (Mitte), Janosch Weyermann (SVP): Widerrechtliche Auszahlungen der Stadt Bern an Kriminelle?
2. Kleine Anfrage Béatrice Wertli (Mitte), Janosch Weyermann (SVP): Fondslösung für Überbrückungshilfe – wer bestimmt über diese Fonds?
3. Motion Fraktion GB/JA! (Franziska Geiser / Seraphine Iseli, GB): Aufarbeitung der Geschichte von versteckten Kindern von Saisoniers in der Stadt Bern
4. Motion Fraktion GB/JA! (Ursina Anderegg, GB): Autofreie Altstadt

Schluss der Sitzung: 22.33 Uhr.

Namens des Stadtrats

Die Präsidentin

04.11.2024

X 

Signiert von: VALENTINA ACHERMANN

für das Protokoll

08.11.2024

X 

Signiert von: ANITA FLESSENKÄMPER

Redaktion: Clara Rüsi